



Politische Berichte

Nummer 6 / 13. Jahrgang

13. März 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Erste Warnstreiks gegen das provokatorische 3,5-Prozent-Angebot. ÖTV zögert noch.

Seit zwei Monaten ist der Tarif für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgelaufen, zweimal haben die öffentlichen Arbeitgeber kein Angebot unterbreitet, und was Seiters jetzt in der dritten Verhandlungsrunde geboten hat, ist eine schlichte Provokation: 3,5 Prozent lineare Erhöhung, 75 DM mehr Urlaubsgeld, 60 DM höhere Ausbildungsvergütung. Alles deutet darauf hin, daß die öffentlichen Arbeitgeber in der Auseinandersetzung mit der ÖTV die vielbeschworene Trendwende der Lohnentwicklung durchsetzen wollen. Der öffentliche Dienst bietet sich dafür an, weil den Dienstherrn mit Beamtenrecht und besonderen Dienstrecht ein zusätzliches Instrument zur Unterdrückung und Spaltung des Tarifkampfes zur Verfügung steht und es angesichts der geschaffenen schwierigen Finanzlage insbesondere der Kommunen der ÖTV nicht gelungen ist, gegenüber der bürgerlichen Lohnsenkungspropaganda aus der politischen und ideologischen Defensive herauszukommen.

Das Angebot ist selbst von der offiziellen Preissteigerungsrate weit entfernt. Für Februar wurde bereits aus drei Bundesländern ein beschleunigter Preisanstieg gemeldet. In Bayern erreichte die Teuerungsrate 4,7 Prozent, in Hessen 4,6 Prozent, in NRW schnellte sie von 3,9 auf 4,3 Prozent.

Dabei ist die offizielle Preissteigerungsrate der Statistischen Ämter immer weniger Ausdruck der wirklichen Verteuerung des Lebens. So berichtet der „Stern“ unter dem Titel „Die Preislüge — wie wir über die wahre Inflation getäuscht werden“, daß sich ein Einkauf im Supermarkt um 16 bis 23 Prozent verteuert habe. Nach Aussagen eines Sprechers des Rings Deutscher Makler sind die Mieten in Ballungsräumen um 10 Prozent, bei Neuvermietungen gar um 30 Prozent (und mehr) gestiegen.

Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank konstatiert für das letzte Quartal 1991 einen Zuwachs der Konsumentenkredite um 17 Prozent, obwohl die Banken im Januar für Ratenkredite durchschnittlich saftige 15 Prozent Zinsen kassiert haben. Zynisch kommentiert die Deutsche Bundesbank: „Offensichtlich haben die privaten Haushalte ihre Verbrauchsgewohnheiten zum Teil nicht der verhaltenen Entwicklung des verfügbaren Einkommens angepaßt.“ Tatsächlich kommt in der Entwicklung der Konsumentenkredite viel deutlicher als in der geschönten

Tarife Öffentlicher Dienst: Seiters will Trendwende

offiziellen Preissteigerungsrate zum Ausdruck, wie dramatisch die Teuerung viele Haushalte bereits getroffen hat, denn wer zahlt schon freiwillig 15 Prozent Zinsen, wenn die Anschaffung eventuell noch zu verschieben wäre.

Deshalb muß dringend dazu geraten werden, die jetzt zu erkämpfenden Tarifabschlüsse nicht in erster Linie an der offiziellen Teuerungsrate zu messen. Für ganz, ganz viele liegt die Teuerung weit über dieser offiziellen Marke.

Das erklärt die Heftigkeit und Zähigkeit der Tarifauseinandersetzungen, das erklärt auch, daß in der ÖTV die Auseinandersetzung über die 9,5-Prozent-Forderung weitergeht. Sie ist ein innergewerkschaftlicher Kompromiß an der untersten Unterkannte.

Insofern ist es schon dreist, wenn die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies nach dem provokativem Seiters-Angebot 8000 Gewerkschafter in die Essener Grugahalle einbestellt, um ihnen zu eröffnen, daß die ÖTV nicht kompromißlos auf ihrer Forderung beharren werde. Immer das richtige Wort zum richtigen Zeitpunkt, Frau Doktor! Noch zum Zeitpunkt, als selbst der Standesverband DAG Warnstreiks im öffentlichen Dienst begonnen hat — sicherlich auch unter dem unterstützenswerten Aspekt des solidarischen Kampfes mit den Bankangestellten — versucht der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV),

die ÖTV in Fesseln zu halten. „Wir suchen keinen Konflikt, aber wir sind auf jede Form der Auseinandersetzung vorbereitet.“ Jetzt gelte es, Kräfte zu sammeln, um sie um so gezielter einsetzen zu können, wenn sie wirklich gebraucht würden, erklärte Wulf-Mathies in Essen. Ob es dem gHV allerdings gelingen wird, die ÖTV-Mitglieder bis zum nächsten Verhandlungstermin von Warnstreik-Aktionen abzuhalten, ist sehr zweifelhaft. Obwohl es keinen offiziellen Aufruf gibt, ist es bereits vereinzelt zu Warnstreikaktionen, organisiert von ÖTV-Betriebsgruppen, gekommen.

Für den nächsten Verhandlungstermin, den 19./20. März, wird die Große Tarifkommission zusammengerufen. Vieles deutet darauf hin, daß dann das Scheitern erklärt werden wird mit der Folge, daß aufgrund der dann wahrscheinlichen Schlichtung für ca. drei Wochen Friedenspflicht herrscht. Wie ein Schlichtungsspruch aussehen wird, darüber läßt sich bereits der Kölner Stadt-Anzeiger aus: „Denn ein Schlichter ... kann nicht an der besorgniserregenden Finanzlage der öffentlichen Haushalte vorbeigehen. Das unterscheidet diese Tarifrunde etwa von der im Bankbereich.“ Tatsächlich wird die Schlichtung auf nichts anderes hinauslaufen, als daß die konzertierte Anti-Lohnkampagne von Kapitalisten, Politik und Wissenschaft dann auch noch durch

einen Schlichtungsspruch untermauert wird. Ob die ÖTV dann noch die Kraft aufbringen kann, gegen den Schlichtungsspruch anzustreiken, erscheint äußerst zweifelhaft. Deshalb hätten Warnstreiks in den kommenden Tagen große Bedeutung. Mit Sicherheit würden sie Einfluß auf den Schlichtungsspruch haben.

Das Lager der Dienstherrn unterschiedlicher politischer Couleur bildet nach wie vor einen monolithischen Block. Nur feinste Haarrisse sind zu erkennen. So hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Scharping erneut die diesjährige sozialdemokratische Variante bekräftigt; die unteren Einkommensgruppen überproportional anzuheben. Bisher haben allerdings alle sozialdemokratischen Verfechter dieser Forderung es peinlichst vermieden, auch nur eine Andeutung über die Höhe eines eventuellen Mindestbetrages zu machen! Doch jeder Betrag unter 250 DM würde diese traditionelle Forderung ihres Inhalts berauben, einen Damm gegen die Verelendung zu errichten. Ein Mindestbetrag von über 250 DM würde aber mit Sicherheit große Unterstützung finden und der Spaltungspolitik der Dienstherrn — zu hohe Einkommensverbesserungen würden zwangsläufig eine Einschränkung kommunaler Leistungen nach sich ziehen — ein Stück weit den Boden entziehen können. — (kar)

Bundeswehreinsätze: CDU lockt die SPD

Mit einem frech als „Kompromißangebot“ bezeichneten Vorschlag will CDU-Generalsekretär Rühle ausloten, wie weit die SPD bei Bundeswehreinsätzen im Ausland mitgezogen werden kann. Sein Plan: Durch Grundgesetzänderung sollten grundsätzlich alle Bundeswehreinsätze im UNO-Rahmen, also auch Kampfeinsätze, möglich gemacht werden. Zugleich wolle sich die Union mit der SPD verständigen, vorerst nur „Blauhelm-Einsätze“ durchzuführen. Begründung: In direkte Kampfeinsätze müsse die BRD „organisch wachsen“, die Öffentlichkeit müsse für solche Einsätze erst Schritt für Schritt präpariert werden. Der SPD-Abgeordnete Gansel bezeichnete diesen Plan, gemeinsam mit der SPD die Öffentlichkeit wieder auf Krieg und Tote unter Beteiligung deutscher Truppen hinzuführen, auch noch als „Schritt in die richtige Richtung, wenn er ehrlich gemeint ist.“

Quelle: Die Welt, 6. und 7.3. — (rü)

„Helsinki Watch“ meldet kroatische Massaker

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation „Helsinki Watch“ hat in einem ausführlichen Schreiben an den kroatischen Präsidenten Tudjman mehrere Massaker kroatischer Militär- und Polizeikräfte an Serben und Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee enthüllt und eine strenge Bestrafung der Schuldigen verlangt. Vor einigen Wochen hatte die Organisation auch an die serbische Regierung einen solchen Bericht — hier insbesondere über Untaten der Tschetnik-Verbände — geschickt. Der Bericht nennt namentlich über einhundert von kroatischen Einheiten ermordete, erstochene, erschlagene Serben. Hinzukommen zahlreiche „Verschwundene“.

Quelle: FAZ, 3.3. — (rü)

Gemeinsame Veranstaltung zur Landtagswahl

BWK, DKP, Ökologische Linke, PDS/LL u.a. in Baden-Württemberg haben eine gemeinsame Veranstaltung „Hat die Linke eine Wahl?“ vor den Landtagswahlen am 5. April vereinbart. In der Einladung heißt es: „Zu dieser Landtagswahl kandidiert keine linke Partei. Dies ist bezeichnend für die Situation der Linken. Sie ist gekennzeichnet von Zersplitterung ... Stehen nicht alle linksorientierten Kräfte, ob Parteien oder Gruppen, die den triumphierenden Kapitalismus ablehnen, vor neuen ungeklärten Fragen? Zur Diskussion über diese Fragen unter den Linken wollen wir einen Beitrag leisten. Einige Themenvorschläge: Wie verhalten wir uns am 5.4.? Welche Möglichkeiten gibt es für uns nach der Landtagswahl politisch einzugreifen? Wie können wir verhindern, daß wieder eine Situation ohne linke Wahlalternative eintritt?“ — (alk)

DAG protestiert gegen Versicherungspläne

Wir haben bereits über die Absicht der Bundesländer berichtet, bisher bundeseinheitliche Sozialversicherungen zu regionalisieren, dabei die ausländische Wohnbevölkerung in eine besondere Rentenkasse zu schieben, den Einfluß der Monopole auf das Versicherungsgeschäft zu erhöhen und den Ausgleich zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern zu schwächen. Inzwischen hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) protestiert. Opfer einer Regionalisierung wären die Versicherten der norddeutschen Länder und vor allem die der neuen Bundesländer. Die DAG vertritt dabei allerdings eher einseitig Angestellteninteressen: Die bisher einheitlichen (und relativ niedrigen) Beitragssätze in den Ersatzkassen würden bei einer Regionalisierung ähnlich weit auseinanderklaffen wie jetzt schon bei den Ortskrankenkassen. Die DAG weist darauf hin, daß die Reform auch die Berufsgenossenschaften schwächen würde, wenn sie statt wie bisher branchenspezifisch regional organisiert würden. Handelsblatt, 2.3. — (alk)

Deutsche Waffen gegen Kurden

Während die Besatzungen von Bundeswehrhubschraubern im Irak als UN-„Friedensmission“ (angeblich u.a. zum „Schutz der Kurden“) vor den Kameras posieren (Bild), rüstet sich im türkisch besetzten Kurdistan die türkische Armee mit den enormen Waffenmengen (u.a. aus NVA-Beständen), die die Bundesregierung der Türkei in letzter Zeit lieferte, für neue Massaker an den Kurden. Ein Interview mit dem Kurdistan-Komitee auf Seite 3. — (rü)



Regierung will Jagd auf Anwälte

Verfassungswidrige Angriffe gegen „unwürdige“ Anwälte

Die Regierungsparteien haben seit dem 3.10.90 die ehemalige DDR-Justiz von der Spitze bis zur Bezirks-(Landgerichts)-ebene nahezu vollständig „gesäubert“. Wer nicht sowieso gegangen war, wurde einjährigen Gesinnungsprüfungen unterworfen: Vorlage der von der Modrow-Regierung ausgehändigten Personalakten, SED-Parteikarriere, Stasi-Kontakte, Republikfluchtverurteilungen. Wer keine vollständige Akte hatte oder eines der anderen Kriterien nicht erfüllte, durfte noch bis Sommer 1991 BRD-Recht sprechen, flog dann aber. Im Ergebnis ist z.B. am Kreisgericht Rostock kein einziger ehemaliger Jurist übernommen worden. Wer wie dessen ehemaliger geschäftsführender Richter sodann einen Antrag auf Zulassung zur Anwaltschaft stellte, wurde hingehalten.

Parallel zu der Hetzkampagne gegen Ost-Anwälte wegen angeblicher „Stasitätigkeit“ hat die Bundesregierung jetzt am 9. Januar 1992 den „Entwurf eines Gesetzes zur Prüfung von Rechtsan-

waltszulassungen ...“ (1) vorgelegt. Sechs Jahre lang sollen danach die Justizverwaltungen im Anschlußgebiet an den Standesorganisationen vorbei in alten Stasi- und Gerichtsakten wühlen und Anwälte und Notare wegen „Unwürdigkeit“ schassen dürfen.

Es handelt sich um den erneuten Versuch, über die Schärfung der „Unwürdigkeitsklauseln“ der §§ 7 Nr. 5 Bundesrechtsanwaltsordnung und 7 Nr. 2 Rechtsanwaltsgesetz alle Anwälte im Bundesgebiet auf kriecherische „Organe der Rechtspflege“ zu drücken. Das hatten zuvor die Nazis versucht, danach Strauß, Stoltenberg und der Bundesgerichtshof von 1977 bis 1983 bei einem zugelassenen Anwalt und einem Anwaltsbewerber, denen Mitgliedschaft in linken Organisationen sowie politische Verurteilungen als „unwürdiges Verhalten“ vorgehalten wurde. Die Nichtzulassung des Assessors hob das Bundesverfassungsgericht am 8.3.83 wieder auf: Die Anwaltschaft sei stets auch „Refugium“ für Juristen gewesen, die

aus dem Staatsdienst ausscheiden mußten oder „sonstwie in Gegensatz zu den leitenden Kreisen geraten“ seien, auch deshalb, weil es Mandanten gäbe, die das zu schützen wüßten. Nichtzulassungen oder Rücknahmen verstießen gegen Artikel 12 GG, wenn mehr als eine gewissenhafte Berufsausübung verlangt werde (2). In einem Zusatzvotum hob damals Verfassungsrichter Simon (SPD) hervor, daß die „Unwürdigkeits“-Gummiklausel im Ständerecht nur dem Schutz von Mandanten bei Parteiverrat oder Unterschlagungen diene; alles andere sei „repressiver Staatsschutz“.

Darum geht es: Über die rechtswidrige, rückwirkende Vernichtung der DDR-Justiz soll Leuten mit linker Vergangenheit, aber auch jeder anderen politischen Opposition der Rechtsbeistand ihrer Wahl genommen werden und die Anwaltschaft zum Staatsknüttel umgeformt werden. Zu Recht hat der Deutsche Anwaltsverein Bedenken geäußert.

Quellen: (1) Bundesrats-Drucksache 20/92; (2) BVerfG-I-BvR 1078/80 — (ped)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

GNN GmbH, Postfach 260 226, 5 Köln 1

Aktuell in Bonn

Noch mal 5 Mrd. für Vertriebene?

Fünf Milliarden DM als „symbolische Entschädigung“ fordert der Bundesvorsitzende der revanchistischen „Landmannschaft Schlesien“, Hupka, von der Bundesregierung für die angeblich „1,5 Millionen Heimatvertriebenen in den neuen Bundesländern“. Über eine solche Pauschalzahlung, mit der sich die „Vertriebenenverbände“ Gefolgsleute im Osten kaufen wollen, habe es schon 1991 Gespräche zwischen den Vertriebenenverbänden und dem Finanzministerium gegeben, behauptet Hupka. Finanzminister Waigel müsse nun auch der entsprechenden Zahlung zustimmen. Aus dem Finanzministerium verlautet, eine solche Zusage gebe es nicht.

Mieter-Protest in Bonn

Für den 12. März hat der Landesverband Brandenburg des Deutschen Mieterbundes zu einer Sternfahrt nach Bonn aufgerufen. Die Aktion soll ein Protest sein gegen die Situation von Alt-Mietern im Anstellungsgebiet, insbesondere gegenüber Westlern, die die „Rückgabe“ von Häusern usw. fordern. Die Aktion soll auch einen Gesetzentwurf der Landesregierung von Brandenburg unterstützen, den diese im Bundesrat eingebracht hat und der insbesondere eine Verlängerung und Verbesserung des Kündigungsschutzes für Mieter vorsieht. Der Mieterbund fordert mit seiner Aktion in Bonn u.a.: Keine neue Mieterhöhungen in den neuen Ländern, Verlängerung des erweiterten Kündigungsschutzes um fünf Jahre, konkrete gesetzliche Regelungen für die Entschädigung der von Mietern erbrachten Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten.

Möller: „Subventionsabbau“

Wohl auch mit Blick auf die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst hat sich Wirtschaftsminister Möller auf einen noch stärkeren „Subventionsabbau“ eingesetzt. Im Bundeshaushalt seien drastische Kürzungen nötig, die notfalls auch über Einsparungen im Sozialbereich erfolgen müssten. Alle Subventionen müssten geprüft, Sozialgesetze wo nötig eben geändert werden. Neue Leistungen — gemeint sein dürfte u.a. die Pflegeversicherung — seien auf keinen Fall mehr möglich. Unterstützt wurde Möller von dem Vorsitzenden des „Sachverständigenrats“, Prof. Schneider. Auch die Bundesbank drängt seit längerem auf noch stärkere Eingriffe in die Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Blüms Pflegeversicherung dürfte damit von FDP und Kapitalisten endgültig hin sein.

Teuerung steigt wieder

In Hessen lag die Teuerung im Februar bei 4,6 Prozent (Jahresrate), gegenüber 4,1 Prozent im Vormonat. In NRW stieg die Teuerungsrate auf 4,3 Prozent, in Bayern auf 4,7 Prozent. Die stärksten Steigerungen treten weiter im Bereich

der Wohnungsmieten auf, in Hessen stiegen diese „durchschnittlich“ um 6,8 Prozent. Zu beachten ist dabei, daß die durchschnittliche Teuerungsrate immer weniger die Realität wiedergibt: Wer z.B. eine Wohnung hat und behalten kann, kommt mit viel geringeren Mietersteigerungen davon als der, der aus Arbeitsmarktgründen umziehen muß.

Menschenrechtskonferenz zu teuer

Bonn hatte sich 1991 erfolgreich um den Zuschlag für die kommenden Menschenrechtskonferenz der UNO bemüht. Diese sollte 1993 in Berlin stattfinden. Am 5.2. sagte das Bundeskanzleramt die Abhaltung der Konferenz ab. Einziges Argument: „Zu teuer“. Die Konferenz hätte Bonn rund 100 Millionen Mark gekostet — allein für die letzte BRD-Wirtschaftsmesse „Techno-92“ in Seoul blätterte Bonn 150 Millionen Mark hin. Der wahre Grund dürfte sein: Auf der Konferenz hätten Menschenrechtsverletzungen der BRD (Asylrecht, keine Entschädigung für Zwangsarbeiter) zur Sprache kommen können.

SPD-Anfrage zu AIDS-Infektionen

Eine kleine Anfrage der SPD an die Bundesregierung, die am 20.2. veröffentlicht wurde, spricht von „Konturen und Umfang eines neuen Medizinskandals“. Die Anfrage geht davon aus, daß bis 1985 über 60 Prozent der Bluter durch verseuchte Plasmapräparate mit Aids infiziert wurden und daran bis heute etwa 400 bis 500 Bluter gestorben sind. Die SPD fragt an, wie dies passieren konnte, obwohl die Bundesregierung im September 1983 erklären ließ, es seien wirksame Maßnahmen ergriffen worden, „um eine mögliche Ausbreitung von Aids über Blut- und Blutplasma-Präparate wirksam zu unterbinden.“

Thyssen erpreßt Bonn wg. Transrapid

1,6 Milliarden Mark an Steuermitteln wurden für die Magnetbahn Transrapid bereits ausgegeben. Weitere 400 Millionen Mark sind eingeplant. Auch vorgesehen ist, daß der Bau einer „ersten Anwendungsstrecke im neuen Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Dennoch droht nun das Transrapid-Entwicklungsunternehmen Thyssen mit dem „Ausstieg“ aus dem Projekt. Grund: Thyssen will noch mehr Geld aus Bonn und möglichst eine staatliche Garantie für die erste Betreiberstrecke. Rein privat betrieben lohnt sie sich offensichtlich nicht.

Was kommt demnächst?

Am 12.3. beraten die Ministerpräsidenten u.a. über Kohls Plan, einen „nationalen“ Hörfunk zu schaffen. Am 13. März berät der Bundestag über die Wohnungssituation. Am 18. März beraten die Innenstaatssekretäre über eine schärfere Verfolgung angeblicher „Verneinungskriminalität“, insbesondere im Zuge des Umtauschs Ostmark in DM-West. Am 19./20.3. sollen die nächsten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst stattfinden. Vom 30. März bis 3. April ist der polnische Staatspräsident Walesa zu Besuch in der BRD.

Metallkapitalisten: Reallohnsenkung als Programm

Franz Steinkühler kann sich nicht erinnern, daß die Arbeitgeber „jemals so aggressiv wie heute gefordert haben, die Arbeitnehmer müßten Reallohnverluste hinnehmen“. Das sei eine neue Qualität der Auseinandersetzung, die „Klassenkampf“ sehr nahe käme. Der Grund sei darin zu suchen, daß die Arbeitgeber nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa von der „sozialen“ zur „freien“ Marktwirtschaft übergehen wollten. (1)

Die DGB-Gewerkschaften haben auf dem DGB-Bundeskongreß 1990 noch jede grundsätzliche Kritik an der Ostexpansion des Kapitals unterdrückt und mit der „Entschleunigung zur deutschen Einheit“ den Staatsvertrag mit der DDR toleriert. Die Gewerkschaften können diesen sozialchauvinistisch gefärbten Kurs nicht fortsetzen. Sie spüren, daß das deutsche Kapital mit seiner erpresserischen Kolonialpolitik im Osten soziale und wirtschaftliche Barrieren einreißt, was unweigerlich zu einem schweren Rückschlag für die Sozialpolitik und Tarifpolitik im Westen führt.

Der enorme Schub von Entlassungen in Ostdeutschland — die Sozialdemokraten errechnen inzwischen eine tatsächliche Arbeitslosigkeit von über 35 % — und fortschreitende soziale Erosion und Elend in Osteuropa wirken direkt auf das Lohnniveau. Die westdeutsche Wirtschaftspolitik zielt darauf, dieses Lohngefälle im Osten zu erhalten und spekuliert auf die Rückwirkungen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) geht davon aus, daß die Angleichung des ostdeutschen Lebensstandards an das Westniveau etwa 20 Jahre dauern werde. Dabei unterstellt das DIW ein langfristiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real 2 % im Westen und von 7 % im Osten Deutschlands ab 1993.

In der Druckmaschinenmontage bei MAN — ein gehobener Facharbeiterbereich — findet sich inzwischen neben einem westdeutschen Monteur der Leiharbeiter der jugoslawischen Firma Monting. Er kommt nur einschließlich der Auslöse netto in etwa auf das Niveau des Westdeutschen. Ferner findet sich der nach ostdeutschem Metalltarif entlohnte Monteur aus dem von MAN übernommenen Plamag-Werk in Plauen. Er erhält etwa 40 % vom Effektivlohn des westdeutschen Monteurs. Ferner findet sich neuerdings der tschechoslowakische Monteur mit unter sieben DM die Stunde, das ist etwa ein Viertel des Lohns des westdeutschen Monteurs. Ferner gibt es seit längerem die Zwischenfertigung in Ungarn. Inzwischen bietet sich für bayerische Hersteller auch die Tschechoslowakei für die Metallbearbeitung an für Löhne unter zwei Mark.

Die Kapitalisten kalkulieren, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis dieser unterschiedliche Status der Arbeitskräfte nicht nur die Gesamtlohnsumme senkt,

sondern auch den Tarif. Dazu wollen sie auf jeden Fall den unterschiedlichen Status verfestigen. Die Gewerkschaften müssen sich mit der Frage befassen, ob das überhaupt legal ist. Interessant in diesem Zusammenhang der vorliegende Entwurf einer EG-Richtlinie, die sich gegen das Lohndumping richtet. Diese stark umkämpfte Richtlinie würde bei Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EG im arbeitsrechtlichen Kernbereich immer das Recht des fremden Landes zur Geltung bringen, nicht z.B. den Niedriglohn des Entsenderlandes. Dabei würden wesentliche Rechtsvorschriften und tarifvertragliche Vereinbarungen, die in dem fremden Land für das betreffende Gewerbe Geltung hätten, zur Anwendung kommen. Darunter die maximale Tages- und Wochenarbeitszeit, Ruhezeiten, Bestimmungen zur Sonntags- und Nachtarbeit, bezahlter Mindesturlaub bzw. Tarifurlaub, Mindestlohnsätze bzw. Tarife einschließlich der Überstundensätze, aber ohne Vergütungen im Rahmen von betrieblichen Systemen ... (4)

Angesichts des Lohngefälles in der EG und im Osten und des permanenten Angebotsdrucks auf dem Arbeitsmarkt — Faktoren, die über viele Jahre wirken sollen — werden die Kapitalisten zu dem Versuch übergehen, direkte Nominallohnsenkungen durchzusetzen.

Unter der Überschrift „Der hohe Preis der Wiedervereinigung“ zitiert das Handelsblatt das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn: „Selbst unter Bedingungen kräftigen Wirtschaftswachstums werden die Verteilungskämpfe in Westdeutschland in den 90er Jahren im wesentlichen Kämpfe um die Verteilung von Einkommensverlusten sein. Bei sinkenden Realeinkommen werden die Tarifparteien die westdeutsche Erwerbsbevölkerung zu immer neuen Produktivitätssteigerungen motivieren müssen. Dies stellt für sie eine völlig neue Herausforderung dar.“ (6)

Auf diese trostlose — aber brutal ernst gemeinte — Perspektive, die hier den Gewerkschaften gewiesen wird, reagiert die IG Metall in verschiedener Hinsicht. Die eine Reaktion lautet: Reallohnabbau kommt nicht in Frage. Hierbei wird allerdings zu wenig darüber gesprochen, was über den Inflationsausgleich hinaus nötig ist, um Reallohnabbau zu verhindern. Ferner müßte sich die IG Metall weit kritischer und genauer mit der Inflationsrate auseinandersetzen, denn es gibt verschiedene Inflationsraten und sie wirken unterschiedlich und obendrein sind sie oft noch gefälscht. Aber immerhin, es ist eine Kampfpозиtion:

„Die IG Metall hat wenige Tage vor Beginn der Tarifverhandlungen für die rund vier Millionen Beschäftigten in der westdeutschen Metallindustrie umfangreiche Protestaktionen angekündigt. Das heißt, daß wir bereits vor einem möglichen Streik versuchen werden, so

viel Sand wie nur irgend möglich in das betriebliche Getriebe zu streuen“, sagte der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Klaus Zwickel im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP. Den Arbeitgebern solle damit schnell deutlich werden, „daß die IG Metall nicht bereit ist, Reallohnabbau zu akzeptieren“. Die Streikkassen sind nach Zwickels Angaben prall gefüllt. Ein Arbeitskampf könne „ausreichend lange“ durchgehalten werden.“ (7)

Die andere Reaktion der IG Metall ist der Versuch, auch für 1993 und spätere Jahre — also im strategischen Sinne — die Löhne zu halten. Dabei ist zu befürchten, daß die Kapitalisten die Vollendung der 35-Stunden-Woche blockieren oder keinen Lohnausgleich mehr zugestehen wollen. Außerdem können sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich verschlechtern. Aus dieser Notlage tut sich scheinbar für die IG Metall ein Fluchtweg auf. Steinkühler: „Der strategische Hebel ist ... nicht die Senkung der Arbeitskosten, sondern die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Effektivierung des Fertigungsprozesses ... Der praktische Ansatz für die Steigerung der Produktivität kann ... nicht allein in der Produktion liegen, sondern schließt mehr Effizienz bei Innovationsfähigkeit und fertigungsge-rechter Konstruktion, Arbeitsorganisation und Technikgestaltung, Qualifizierung und kooperativer Betriebs- und Unternehmensorganisation sowie bei Motivation und Beteiligung als Kernpunkte der Management- und Mitbestimmungskonzeptionen ein.“ (8)

Das Angebot der IG Metall lautet also: Produktivitätssteigerung statt Lohnsenkung. Das soll sich sogar human und kreativ vollziehen. Es ist aber höchste Vorsicht geboten, denn auch die 35-Stunden-Wochen-Kampagne wurde mit humanen Zielen verbunden, aber ein Ende vom Lied sind rasant gestiegene Maschinenlaufzeiten. Sie sind in Westdeutschland seit 1984 bis heute um 7,3 Stunden auf durchschnittlich 58 Stunden/Woche gestiegen, davon allein seit 1989 um 4,3 Stunden. (9)

Die Kapitalisten wollen noch weiter gehen. IBM-Henkel: „Wir sind in der skurrilen Situation, daß innerhalb der IBM weltweit nur noch die IBM Deutschland praktisch 90 % ihrer gesamten Gehaltserhöhung leistungsunabhängig, gleichmäßig verteilt und nur noch 10 Prozent für Anreize einsetzen kann“ ... Mittlerweile bestehe sogar die „verrückte Situation“, daß in Polen — wo die IBM eine Tochter habe — ebenso wie in Ungarn und der CSFR leistungsgerechter bezahlt werde als in Deutschland.“ (10)

Quellenhinweis: (1) Quick 6.2. 1992; (4) Handelsblatt 9.10. 1991; (6) HB 11.2.; (7) HB 2.3.; (8) Die Zeit 31.1.; (9) Ausg. Allgemeine 25.2.; (10) HB 20.2.; — (cls/pef, AGM — aus: Nachrichtenheft Stahl- und Metallindustrie 6/92, gekürzt)

Keine „Kultur- und Sozialsteuer“ für Nicht-Kirchenmitglieder!

Mit der Überschrift „Weg mit der Kirchensteuer“ hatte die Berliner Zeitung „B.Z.“ am Sonntag am 23.2. die Forderungen von Bundestagsabgeordneten der CDU, FDP und der SPD zusammengefaßt. FDP-Lüder: Das Engagement der Kirchen werde größer, wenn sie sich um die Einnahmen selber kümmern müßten. Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugendliche, Frau Niehuis, SPD: Die Kirchen verstießen gegen Verfassungsnormen, gegen die Gleichberechtigung und gegen den Schutz der Familie, weil die katholische Kirche kirchliche Positionen für Frauen verweigere und den Priestern die Ehe verbiete. Der Staat dürfe nicht durch die Dienstleistung des Kirchensteuereinzugs Beihilfe zu verfassungswidrigem Verhalten der Kirchen leisten. Der CDU-Abgeordnete Romer wollte die Abschaffung der Kirchensteuer „ernsthaft prüfen“ und sie umwandeln in eine Kultur- und Sozialsteuer für alle.

Nach Kritik aus der CDU — Kohl wies sofort eine Abschaffung der Kirchensteuer zurück — und nachdem Bischöfe ihre „Bestürzung“ verkündet hatten, betonte der Bundestagsabgeordnete

Romer schnell: „Dies sei keine ‚Aktion‘ gegen die Kirchensteuer“ und entfaltete dann, worum es der CDU geht: Die Nichtkirchenmitglieder sollen zusätzlich besteuert werden. Romer: „Er habe bereits mit einer Frage an die Bundesregierung auf den Mißstand hingewiesen, daß in steigendem Maße Nicht-Kirchenmitglieder kirchliche Einrichtungen nutzen, ohne sie finanziell mitzutragen. Eine Kultur- und Sozialsteuer könne von Kirchenmitgliedern weiter an die Kirche und von Konfessionslosen an den Staat gezahlt werden.“

Die CDU tut hier so, als ob der Staat mit der Kirchensteuer eine für alle gültige öffentliche Abgabe eintreibe, die viele nur nicht zahlen. In Wirklichkeit lassen die Kirchen mit staatlicher Hilfe — unter Verstoß gegen die Trennung von Staat und Kirche — die Mitgliedsbeiträge eintreiben. Die CDU zielt gegen die zunehmenden Kirchenaustritte (1991 waren es 300.000, die nachdenken sollen, ob der Austritt sich lohnt, wenn sie danach eine Kultursteuer zahlen) und bezieht sich darauf, daß in den früheren DDR-Ländern nur ein Drittel der Bewohner Kirchenmitglieder sind.

Herr Romer stellt in seiner Erklärung die Wirklichkeit auf den Kopf! Die Kirchen zahlen von ihren jährlich 13 Mrd. DM Kirchensteuereinnahmen (alte Bundesländer) nur rund eine Milliarde für öffentliche soziale Zwecke. Der Rest geht an innerkirchliche Zwecke, z.B. Pfarrergehälter. Die Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime, die der Fuchtel der Kirchen unterstehen (keine Tarifverträge) werden zwischen 80 und 100 % vom Staat, Kommunen und Ländern bezahlt. Darüber hinaus finanziert die öffentliche Hand mit jährlich 9 Mrd. DM innerkirchliche Einrichtungen.

Die Kirche hat einen großen Magen. Wenn ihr die Mitglieder von der Kirchensteuerliste gehen, warum sollen die lohnabhängigen Steuerzahler sie weiter mästen? Wenn die Kirche enger an den Staat gebunden wird und auf diesem Weg ihre Macht in der Gesellschaft ausdehnt, hat das bisher immer zur verstärkten Gängelung im Leben der einzelnen Menschen und zu Staatskirchen-Despotismus geführt.

Quelle: Presseerklärung des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA), 26.2. 1992 — (gba)



Der FDP-Abgeordnete Dieter Thomae, Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Bundestags, fordert eine „zweite Gesundheitsreform“ noch in diesem Jahr. Ab Anfang 1993 sollten Kranke für Medikamente, Zahnersatz, Massagen und Krankengymnastik mehr bezahlen, als sowieso schon vorgesehen. Nur dann sei eine weitere Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge vermeidbar. Kurz zuvor hatten die Ortskrankenkassen deutliche Fehlbeträge für 1991 gemeldet. Am stärksten angestiegen sei bei den AOKs die Zahlung von Krankengeld, nach Auskunft des Verbandes Folge der weiter zunehmenden Zahl an längerfristigen Erkrankungen — Indiz für eine allgemeine Verschlechterung des Gesundheitszustandes insbesondere von Leuten mit niedrigen Einkommen.

Frage: Vor einigen Wochen hat es heftige Angriffe auf die PKK in der bürgerlichen Öffentlichkeit gegeben wegen des Brandanschlags auf ein Kaufhaus in Istanbul. Tenor: Die PKK verfolge eine „terroristische Politik“ in den türkischen Gebieten, attackiere unbewaffnete Zivilisten usw. Unser Eindruck ist umgekehrt: Türkische Reaktionäre versuchen, auch durch Einsatz von Provokateuren, den kurdischen Befreiungskampf in einen Kampf von Kurden gegen Türken zu verdrehen, während die PKK versucht, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Deshalb unsere Frage: Gibt es eine Richtlinie für den Kampf in den türkischen Gebieten? Zum Beispiel: Sich auf keine Provokationen einlassen, bewaffnete Aktionen nur gegen den türkischen Sicherheitsapparat u.ä.?

Kurdistan-Komitee: Da unser nationaler Befreiungskampf die Türkische Republik (TR) direkt angreift, dem türkischen Staat sowohl im politischen als auch im militärischen Bereich effektive Schläge zufügt und die Kolonie Kurdistan die Existenzgrundlage für den türkischen Staat ist, fördert dieser Kampf gleichzeitig den Kampf des türkischen Volkes um Demokratie. Folglich ist es offensichtlich, daß die Befreiung des türkischen Volkes nur durch diesen revolutionären Kampf möglich ist. Aus diesem Grund wurde der Kampf und die Organisation in den türkischen Metropolen intensiviert und wird in der Zukunft weiter intensiviert werden. Dies ist notwendig, um die Gewalttätigkeit und die Massaker der TR zu verhindern oder zu bremsen.

Unser Kampf im türkischen Teil ist überwiegend politisch. Der militärische Aspekt ist nur zur Unterstützung notwendig. Deshalb wird es nicht zu einem Kampf zwischen Türken und Kurden kommen, ganz im Gegenteil wird das türkische Volk die Gelegenheit haben, nicht mehr zu der grenzenlosen Unterdrückung und den Praktiken der TR zu schweigen, sondern auf der Seite dieses revolutionären Kampfes Stellung zu beziehen.

Folglich werden politische, militärische, ökonomische Vereine und Institutionen und Personen, die zu dem kolonialfaschistischen Staat gehören, Ziel der Angriffe sein. Dies ist zum Wohl des türkischen Volkes. Es ist der Versuch, das türkische Volk, das im Kampf um Demokratie dringend eine Führung braucht, zu unterstützen, und wir sind fest davon überzeugt, daß das türkische Volk dem mit Sympathie begegnen wird.

Frage: In der Türkei gewinnen pantürkische Kräfte, d.h. Verfechter einer „großen Türkei“ bis weit in die frühere Sowjetunion hinein, an Einfluß. Bei den Wahlen zum Parlament erzielten die „Nationale Volkspartei“ (MHP) und die „Wohlfahrtspartei“ (RP) Stimmengewinne. Manche Zeitungen sprechen hier sogar vom „Ende des Kemalismus“. Was bedeutet eine solche Entwicklung für den kurdischen Befreiungskampf? Generalsekretär Öcalan hat die MHP und die RP als die „legalen Bastionen des Spezialekrieges“ bezeichnet. Gibt es Anzeichen für eine Spaltung der türkischen Bourgeoisie, die das kurdische Volk in seinem Befreiungskampf nutzen kann?

Kurdistan-Komitee: Die TR hat nichts gegenüber dem expansionistischen Charakter des Osmanischen Reiches verloren. Im Gegenteil, sie hat dessen Expansionismus dem Zeitalter entsprechend modernisiert, hat weiterhin seine Funktion erfüllt. „Pantürkismus“, „Türkisch islamische Synthese“, „RP“ oder „MHP“ — egal unter welchem Namen sie auftreten — sie widerspiegeln die kemalistische Realität der Türkei. Der Traum dieser Kräfte ist es, sich weiter auszudehnen, mehr Völker zu unterdrücken und Länder zu kolonialisieren, sich noch mehr zu bereichern und sich noch mehr dem Imperialismus anzubiedern, um die Lebensdauer der TR zu verlängern.

Dies versuchen sie, mit dem Spezialekrieg zu realisieren. Der Spezialekrieg ist notwendig, um das Aufwachen der Völker zu bringen. Natürlich braucht der Spezialekrieg Bastionen. Denn der Spezialekrieg kann nicht offen durchgeführt werden. Er braucht ständig Masken und Tarnung. Das sind die türkische Presse, Universitätskreise, wissenschaftliche Institutionen und die genannten Parteien. Während die TR auf der einen Seite sich jeglicher Art des Terrors bedient, um Kurdistan nicht zu verlieren, bemüht sie sich auf der anderen Seite darum, sich auf Mittelasien und die Golfregion auszudehnen, um ihre Wirtschaftslage

„... sollte von der deutschen Regierung unsere Anerkennung erwartet werden“

Interview mit dem Kurdistan-Komitee Köln über die Entwicklung in Kurdistan und die Politik der BRD

zu stabilisieren. Dies geschieht aus Profitinteressen und schaden den Völkern.

Und egal, wie oft sie sich spalten, den Kemalismus werden sie nicht überwinden. Es werden keine Spaltungen zum Wohlergehen der Völker stattfinden.

Frage: Die PKK hat für dieses Frühjahr die Errichtung einer provisorischen Kriegsregierung angekündigt. Gleichzeitig hat Generalsekretär Öcalan die Bildung eines kurdischen Nationalparlamentes angekündigt. Wie soll das Parlament gebildet werden? Welche Kräfte sollen und können sich beteiligen? Und wie werden die mit dem Imperialismus und den Kolonialregimes kollaborierenden Kräfte reagieren?

Kurdistan-Komitee: In der zu bildenden Kriegsregierung und dem Nationalparlament kann jede Kraft und Person teilnehmen, die die Interessen des kurdischen Volkes unterstützt und den Anti-imperialismus und Antikolonialismus auch in ihrer Praxis als Grundsatz vertritt. Die Kriterien sind: Aufrichtigkeit, Patriot zu sein, Anstand, die Kollaboration mit der TR als Verrat zu betrachten, den Kampf gegen die Kollaboration als eine existentielle Notwendigkeit festzustellen und sich tatsächlich um die Befreiung des kurdischen Volkes zu bemühen.

BRD-Waffen gegen Kurden

Die enormen Waffenmengen, die die Bundesregierung u.a. aus NVA-Beständen in die Türkei geliefert hat, kommen jetzt im türkischen Kolonialkrieg gegen die Kurden zum Einsatz. Nach Berichten, die dem Kurdistan-Komitee in Köln vorliegen, wurde u.a. in sechs Dörfern in der Provinz und nahe der Provinzhauptstadt Sırnak (den Dörfern İskveren, Yekmat, andas, Şenova, Kumçatı und Cevizdüzü) hunderte von NVA-Kaschnikow an „Dorfschützer“ ausgehändigt. Gleichzeitig wurde bei türkischen Bataillonen beobachtet, daß diese mit Waffen aus der BRD (NVA- und Bundeswehrwaffen) neu ausgerüstet werden. Es handelt sich um:

- das Bataillon von Şenova
- das Gendarmeriebataillon von Silopi
- das Bataillon von İskizce (zwischen Sırnak und Cizre)
- das Aufklärungsbataillon von Cizre
- das Grenzbataillon von Cizre
- das Gendarmeriebataillon von Cizre.

Gleichzeitig wurde beobachtet, daß in diese Gebiete große Mengen an Panzerwagen verlegt wurden. — (rül)

hen. Auf welche Weise sie errichtet werden, werden wir alle gemeinsam im Jahr 1992 tagtäglich anhand der Praxis beobachten können. Auch ihr werdet dann die Möglichkeit haben, es zu verfolgen.

Frage: Welche nächsten Aufgaben haben das Nationalparlament und die provisorische Regierung? Und was kann die Solidaritätsbewegung hier zu ihrer Unterstützung tun?

Kurdistan-Komitee: Eine Kriegsregierung oder ein Nationalparlament wird für unser Volk dieselbe Bedeutung haben wie für andere Völker. Nur, bei uns werden sie dem Kriegszustand entsprechend sein und sich die Demokratie und den Willen des Volkes als Grundsatz nehmen.

Frage: In Südkurdistan halten die Kräfte um Talabani und die KDP an ihrer Kollaboration mit den Imperialisten fest. Gleichzeitig hungert das kurdische Volk in den Bergen in Südkurdistan. Wie entwickelt sich unter diesen komplizierten Bedingungen der Einfluß der PAK und damit die Widerstandslinie, die den Kampf um Befreiung im Vertrauen auf die eigene Kraft organisiert?

Kurdistan-Komitee: Die Situation der Reformisten und kollaborierenden Kreise in Süd-Kurdistan ist offen. Sie scheinen sich mit der TR geeinigt zu haben und ihre Autorität, wie sie es selbst auch erklären, hat im Vergleich zur Vergangenheit kein großes Gewicht mehr. Die Widerstands- und Revolutions-Linie der PAK hat in wichtigem Maße das Volk beeinflusst. PAK entwickelt sich immer mehr zu einer wichtigen Kraft in Süd-Kurdistan. Unser Volk wird von Tag zu Tag Zeuge der gefährlichen Beziehungen der kurdischen Kollaborateure und unserer Feinde.

Unser Volk hat wichtige Lehren aus der Praxis der Kollaborateure gezogen, und der Angriff der TR, der mit ihnen abgesprochen war, zeigt noch einmal deutlich diese Realität.

In der vor uns liegenden Phase wird die PAK im Süden eine aktivere Rolle einnehmen und somit die revolutionäre Dynamik sein. Unter den kollaborierenden Kräften haben wir einige Freunde, die aber energisch gegen die Linie der Kollaboration sind. Diese könnten an den Wahlen am 3. April teilnehmen (gemeint sind die von der „Kurdistan-Front“ ausgerufenen „Wahlen“ in Süd-Kurdistan, die vor allem den Zweck verfolgen, die Bildung einer kurdischen Kriegsregierung zu verhindern, Anm. d. Red.), um eine Opposition gegen diese Linie zu bilden. Diese Situation ist ein Resultat der Intervention der PAK. Den Forderungen und Wünschen unseres Volkes wird durch die Praxis der PAK Ausdruck verliehen.

Frage: In der BRD gehen die „Kurdenprozesse“ in Düsseldorf und Celle ununterbrochen weiter. Einige Angeklagte sind aus dem Verfahren ausgeschieden, gegen andere dauert das Verfahren endlos an, weitere Verfahren werden vorbereitet. Was kann aus eurer Sicht geschehen, um eine Einstellung dieser anhaltenden Quälerei der Angeklagten und die Einstellung der Prozesse zu verhindern? Sollte nicht mehr geschehen, um die Verschwörung der türkischen Geheimdienste und der türkischen Konsulate in der BRD in den 80er Jahren und die zahlreichen Provokationen und Komplote, die von dort aus gegen kurdische Organisationen in der BRD gestartet wurden, in die Öffentlichkeit zu bringen und auch in den Prozess einzuführen? Schließlich gibt es immer noch die Behauptung, dieser und jener Kurde sei „von der PKK ermordet“ worden, während der türkische Geheimdienst und der westdeutsche Geheimdienst ungeschoren bleiben.

Kurdistan-Komitee: Die türkisch-deutsche Zusammenarbeit ist allgemein bekannt. In diesem Zusammenhang hat die ARGK im vergangenen Monat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die deutsche Regierung als Kriegspartei in der Türkei ansieht. Wenn ihr diese Erklärung lesen, werdet ihr die Antwort auf eure Frage finden. Ihr werdet auch interpretieren können, warum dieser Prozeß eröffnet wurde und immer noch andauert. Mit der Eröffnung dieses Prozesses beabsichtigte die deutsche Regierung, die PKK zu vernichten. Aber die Entwicklungen haben ihr politisches Ansehen beeinträchtigt. Jetzt ist sie an einem Punkt angelangt, an dem sie eine Einstellung des Prozesses nicht eingestehen kann. Denn die ganze Welt konnte diesen ungerechten Prozeß beobachten. Kurz gesagt, sie hat diesen Prozeß verloren. Es gibt keinen mehr, der nicht über die Zusammenarbeit des MIT (türkischer Geheimdienst) mit dem deutschen Geheimdienst Bescheid weiß. Das heißt, die deutsche Regierung ist die Hauptunterstützerin des Spezialekriegs. Wenn sie weiterhin auf ihrer Haltung beharrt, wird unser Kampf ihre Angriffe erwidern.

Frage: Es gibt verschiedene Anzeichen, daß in Kreisen der BRD-Sicherheitsorgane eine neue Repression gegen kurdische Vereine vorbereitet wird. Was kann aus eurer Sicht geschehen, um die Legalität der kurdischen Vereine und Institutionen in der BRD gegen eine solche Repression zu verteidigen?

Kurdistan-Komitee: Die Angriffe, die ihr erwähnt, sind nicht neu. Wenn die deutsche Regierung ihre Angriffe auf unsere Vereine und Institutionen intensiviert, wird sie sich selbst schaden. Wie es in der Türkei und in Kurdistan zu beobachten ist, ist unser Verhältnis zum Volk wie das Verhältnis der Fische zum Wasser. Auch in Deutschland ist das der Fall. Das heißt, unsere Vernichtung ist

nur durch die Vernichtung des ganzen kurdischen Volkes möglich. Ist das aber möglich? In der vor uns liegenden Zeit sollte von der deutschen Regierung unsere Anerkennung erwartet werden, statt unsere Vereine und Institutionen anzugreifen. Denn, wie auch die ARGK in ihrer Erklärung deutlich macht, falls die deutsche Regierung auf ihrer gegenwärtigen Haltung beharrt, wird ihre Existenz in der Türkei attackiert werden. Sie wird einen Zustand herbeiführen, den sie nicht verkraften kann. Kurz gesagt, wenn die Angriffe zunehmen, wird sie der Verlierer sein. Sie sind diejenigen, die imperialistische Interessen haben, was haben wir denn zu verlieren? Die, die etwas zu verlieren haben, sollten sich den Kopf zerbrechen.

Zuletzt wollen wir folgendes sagen: Zu unserem heutigen Stand sind wir durch grenzenloses Bemühen gekommen. Der Preis ist unser Blut, unser Leben. Wir hatten von Null angefangen. Unser Kampf ist der Kampf eines Volkes, das jahrtausendlang verleugnet, von der Menschengemeinschaft ausgeschlossen, seiner menschlichen und demokratischen Rechte enteignet war. Es ist die Wiedergeburt, die Auferstehung eines Volkes. Wir führen einen Kampf um Menschenwürde. Dies ist ein berechtigter, legitimer Kampf. Wir verlangen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch unserem Volk zuerkannt wird. Dabei möchten wir erwähnt haben, daß die Unterstützung unseres Kampfes ein Beitrag zur Menschlichkeit, dagegen die Angriffe auf unseren Kampf der größte Angriff auf die Menschlichkeit sein wird. Mit dieser Überzeugung sagen wir noch einmal: Ganz gleich wer in welchem Maße den Kampf unseres Volkes um Selbstbestimmung angreift, unser Volk wird diesen Kampf um Menschlichkeit, Demokratie und Freiheit gewinnen.

— (rül)

„Wir werden also Schritte in Richtung Regierungsbildung unternehmen“

Interview der Zeitung „Yeni Ülke“ mit PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan (Auszüge)

Yeni Ülke: Sie sagen, Ihr größtes Ziel für 1992 ist die Gründung der Kriegsregierung in Botan-Behdinan. Wie werden Sie diese Kriegsregierung organisieren?

Öcalan: Wir sehen diese Regierung nicht als eine gewöhnliche Regierung, sondern als eine Notwendigkeit, eine Suche nach einer Lösung, einem Ausweg für diesen Teil Kurdistans, in dem ein Machtvakuum besteht. Tatsächlich ist sowohl die Autorität des Iraks als auch die der Türkei sehr geschwächt. Der Irak hat überhaupt keine militärische Autorität mehr. Die Türkei besitzt zwar eine militärische Autorität, diese zeigt jedoch schon deutliche Auflösungserscheinungen. Politische Autorität besitzt sie überhaupt nicht. Eine revolutionäre Volksmacht kann eine Antwort auf dieses Vakuum sein. Daher ist es realistisch, wenn wir diese Parole ausgeben. Die Regierung gründen wir nicht selbst. Wir sagen, daß die Kurden in diesem Gebiet selbst eine revolutionäre Volksregierung gründen müssen. Nachdem es diese Parole gibt, werden die Aktivitäten sich diesbezüglich schnell entwickeln. Es wird eine Teilvolksmacht hier und dort, auf diesen Bergen, in jedem Dorf entstehen. Ich gebe mal Cizre oder Silopi als Beispiel. Hier befinden sich schon 90 Prozent der Macht in den Händen des Volkes. In gewissem Sinne gibt es dort schon so etwas wie eine Volksdemokratie. Aber daraus ist noch keine Regierung geworden. Wir werden also Schritte in Richtung einer Regierungsbildung unternehmen. Ich glaube, daß diese Entwicklungen 1992 ganz schön schnell zunehmen werden. Die Kurden als Volk mit der Politik bekannt zu machen, das politische Vakuum selbst auszufüllen, mehr Bewußtsein über ihre eigene Macht zu erlangen, Organisation und sogar Schaffung von so etwas ähnlichem wie befreiten Gebieten — solche Entwicklungen werden 1992 sehr schnell zunehmen ...

Yeni Ülke: Wenn ein Nationalparlament gegründet wird, wird es den Kurden im Süden dann erlaubt sein, in dieses Nationalparlament einzuziehen?

Öcalan: Wir betrachten das Nationalparlament als etwas weitgefaßtes. Der Nationalkongreß, das sind Aktivitäten, die sich 1992 rasant entwickeln werden. Wir sagen, daß ein Nationalparlament für die Kurden jetzt unumgänglich geworden ist ... Wir haben jetzt eine immense Volksbewegung und eine Guerillabewegung. Daher ist die Zeit für die Gründung einer Volksvertretung überfällig. Noch dazu gibt es für die Kurden die wichtige nationale Frage und die Frage der Freiheit. Es ist sehr schwer und auch riskant, Lösungen für diese Fragen herbeizuführen, ohne die Form der Nationalvertretung oder anderer Institutionen dafür zu haben. Angefangen von der Nationalvertretung bis hin zu anderen Einrichtungen auf allen Ebenen werden wir eine schnelle Entwicklung durchmachen. Die national-ökonomischen, politischen, kulturellen und Klassen-Zusammenschlüsse werden sich 1992 entwickeln, sie bilden sich schon jetzt heraus. Außerdem werden wir alles auf einer starken internationalistischen Basis machen. Wir werden auf gar keinen Fall in engstirnigen Nationalismus verfallen. In einem solchen Zusammenhang wird in Kurdistan das demokratischste Nationalparlament geboren werden. Wir laden das kurdische Volk dazu ein. Gleichzeitig mit unseren Aufrufen dazu unternehmen wir auch vorbereitende Schritte. Wir werden versuchen, auf einer freien Basis das kurdische Volk als Nation um die Nationalversammlung zu sammeln. Sie wird für alle Kurden offen sein. Sie wird offen sein für die Kurden in unserem Land, für die Kurden im Ausland, für die Kurden in allen Teilen Kurdistans. Eine solche Vertretung wird eine Lösung im Rahmen von Gesetzen für die Fragen der na-

tionalen und gesellschaftlichen Befreiung des kurdischen Volkes bringen. Für alle, die sich auf dieser Grundlage beteiligen wollen, werden die Türen garantiert offen stehen. Es ist nicht an die Vorherrschaft einer einzigen Partei gedacht, die Vertretung wird demokratisch sein, aber sie beinhaltet die Prinzipien der nationalen Befreiung und der Freiheit ... Das Volk wird Delegierte bestimmen. Also nicht von oben nach unten, meiner Meinung nach müssen die am revolutionären Kampf teilnehmenden Volksmassen ihre eigenen Vertreter entsenden ... Also, wir sind gegen ein Modell, in dem der eine Großgrundbesitzer oder der andere Stammesfürst als Vertreter kommt. Wir sind auch gegen ein Modell, das für diese Partei oder eine andere Partei eine bestimmte Anzahl von Vertretern festlegt. Es ist das Volk, das im Kampf sein Blut vergießt, das gefordert wird, das den Kampf unterstützt. Also muß es auch das Volk sein, das gewählt wird ... Unter Berücksichtigung der Besonderheiten Kurdistans können auch bestimmte Personen, Parteivertreter oder, falls es diese geben sollte, Stammesvertreter berufen werden. Aber die eigentliche und Hauptrolle muß das Volk spielen ...

Yeni Ülke: Gut, kann es denn nach der Gründung der Nationalvertretung eine Vertretung auf diplomatischer Ebene oder zum Beispiel in den Vereinten Nationen geben?

Öcalan: Es können einige Schritte zu einer Anerkennung auf internationaler Ebene unternommen werden. In die Vereinten Nationen hineinzukommen, wäre zunächst mit dem Status eines politischen Beobachters möglich, später dann in Verbindung mit den Entwicklungen der internationalen Lage könnten wir auch Mitglied werden. Wir befinden uns heute schon in einer Lage, die nicht schlechter ist als die der Palästinenser

Das vollständige Interview ist abgedruckt in: Kurdistan-Report, Februar 1992

Die Nahostkonferenz ist auch in ihrer vierten Runde Anfang März nicht vorangekommen. Ohnehin heftig umstritten, was ihre Möglichkeiten für eine gerechte Lösung des Palästina-Problems angesichts ihrer Instrumentalisierung durch US-Imperialisten und Zionisten angeht, wird sie beständig begleitet von zionistischen Provokationen: so der Bombardierung palästinensischer Widerstandsgruppen in Südlibanon, der fortwährenden Folterung und Ermordung palästinensischer Kämpfer sowie der stets wiederholten Erklärung, die weitere Kolonisierung der 1967 besetzten Westbank und Gaza-Streifen (die schon jetzt rund 70 % dieses Landes betrifft) in keinem Fall einstellen zu wollen. Als einzige „Verhandlungsmasse“ seitens der Zionisten, aber auch der USA, die erstere publikumswirksam durch Kreditzugsdrohungen zu einer Einstellung neuer Siedlungsbauten drängen wollen, stellt sich immer deutlicher eine „Homeland-Lösung“ heraus: eingeschränkte Autonomierechte für die Palästinenser, um die Kritik der UNO u. a. zum Schweigen zu bringen. Den jüngsten palästinensischen Vorschlag, in den 1967 besetzten Gebieten eine Übergangsregierung wählen zu lassen, die innerhalb von drei Jahren einen Plan für den endgültigen Status der Gebiete entwirft, lehnten die zionistischen Verhandlungsteilnehmer kategorisch ab.

Der palästinensische Widerstand ist zersplittert und geprägt vom Erstarken islamisch-fundamentalistischer Kräfte. Die palästinensische Linke, vor allem die PFLP, wirft der PLO-Führung vor, mit ihren Zugeständnissen im Zuge der Konferenz (was die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation und den sofortigen Siedlungsstopp als Mindestvoraussetzung angeht) gegen Beschlüsse der letzten Tagung des Palästinensischen Nationalrats zu verstoßen und dadurch die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes zu verraten. Auch die Vereinigte Nationale Führung (VNF) der Intifada erklärte, erfolgversprechende Verhandlungen könnten nur von der PLO selbst geführt werden. In der palästinensischen Linken wird weiterhin die Verstärkung des — auch bewaffneten — Widerstands gegen die Zionisten propagiert, um die Intifada zu neuem Leben zu erwecken. Wir dokumentieren — stark gekürzt — palästinensische Positionen zur Konferenz. — (uga)

Interview des palästinensischen Delegationsmitglieds, Saeb Erekat, in der Al Fajr, Januar 1992

„Frage: Wie steht es um die Verhandlungen?“

Erekat: Zu Beginn der Verhandlungen hat die palästinensische Delegation ... umfassend ihre Sicht des Friedensprozesses dargelegt ... , zusammengefaßt: 1. Bekräftigung der Einheit des palästinensischen Volkes und Bestätigung, daß die PLO die einzig legitime Vertretung dieses Volkes ist; 2. Festhalten des palästinensischen Volkes am Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit; 3. Bekräftigung

Einige palästinensische Positionen zu den Aussichten der Nahostkonferenz

tigung der Legitimität der Intifada und ihrer Fortsetzung ...; 4. Billigung der Resolutionen 181 (Teilungsbeschuß), 194 (Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr), 242 und 338 der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der UNO; 5. das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, auf die Errichtung eines unabhängigen Staates und auf Rückkehr in die Heimat; 6. internationale Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung von 1988; 7. Anerkennung der o. g. Punkte als Grundlage für Verhandlungen, da sie ... die internationale Legalität bilden; 8. Ausführung des Sicherheitsratsbeschlusses 242, d. h. israelischer Rückzug aus allen Gebieten, die 1967 besetzt wurden — einschließlich Jerusalems; 9. sofortige Beendigung aller Siedlungsaktivitäten; diese stellt eine Bedingung für die Fortsetzung des Friedensprozesses dar; 10. Anerkennung, daß Ostjerusalem gemäß internationalen Resolutionen Teil der besetzten Gebiete ist; 11. die Anknüpfung der Übergangsphase an die endgültige Phase, deren Grundlage der Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten ist; 12. Festhalten am Recht der Flüchtlinge von 1967 und der Deportierten auf Rückkehr ...“ (nach: *Palästina-Bulletin*, 7.2.92)

Arafat am 13.2.92 vor der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf

„Es sollte heute klar sein, daß wir uns für den Weg einer friedlichen politischen Lösung entschieden haben ... , weil wir an die Notwendigkeit glauben, eine gerechte und umfassende Lösung für den Konflikt zu finden ... , die ihre Grundlagen in der internationalen Legitimität, den Prinzipien internationalen Rechts und den Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrates hat ... Jede Interimsphase muß kurz und begrenzt sein; es wird eine solche Phase nur unter internationalem Schutz ... geben, um (unser Volk) in die Lage zu versetzen, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und faire Wahlen durchzuführen ... So kann eine Lösung gefunden werden, die dem namibischen Modell entspricht und eine solide Grundlage für die Verwirklichung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Souveränität unseres Volkes ... darstellt. Nur so kann die jordanisch-palästinensische Konföderation in Einklang mit den Entscheidungen unseres Palästinensischen Nationalrats erreicht werden ...“ (nach: *Palästina-Bulletin*, 21.2.92)

Interview mit Maha Nassar, Vorsitzende der Union Palästinensischer Frauenkomitees, im August 1991

„Frage: Was erwartest Du von der sogenannten ‚Internationalen Friedens-

konferenz‘ auf palästinensischer und arabischer Ebene?“

Nassar: Wenn Du Dir die gegenwärtige politische Situation ansiehst, wenn Du die Erklärungen von Shamir hörst, dann wirst Du sehen, daß diese Konferenz für die PalästinenserInnen nichts bringen wird ... Von palästinensischer Seite wird immer nur verlangt, mehr und mehr Zugeständnisse zu machen. Es gibt drei Aspekte, die uns in diesem Zusammenhang wirklich Sorgen machen ... Die Syrer haben ... das Prinzip ‚Land for peace‘ anerkannt, und sie akzeptieren die Rolle der USA ... Diese Haltung Syriens und auch anderer arabischer Staaten führte dazu, daß auch Jordanien dieser Konferenz zustimmen mußte. Bilaterale Verhandlungen Israels mit seinen Nachbarn werden also auf Kosten des palästinensischen Volkes ausgetragen. Zum rechtlichen Rahmen dieser Regionalkonferenz ist zu sagen: Es gibt keinerlei rechtliche Sicherheiten. Nur die palästinensische Seite soll Zugeständnisse an Israel machen ... Der rechtliche Rahmen der Konferenz räumt uns keine Möglichkeit zu irgendeiner wirklichen Beteiligung ein ...“ (nach: *Palästina-Info* Nr. 18, Oktober 1991)

Antworten von Dr. George Habash,

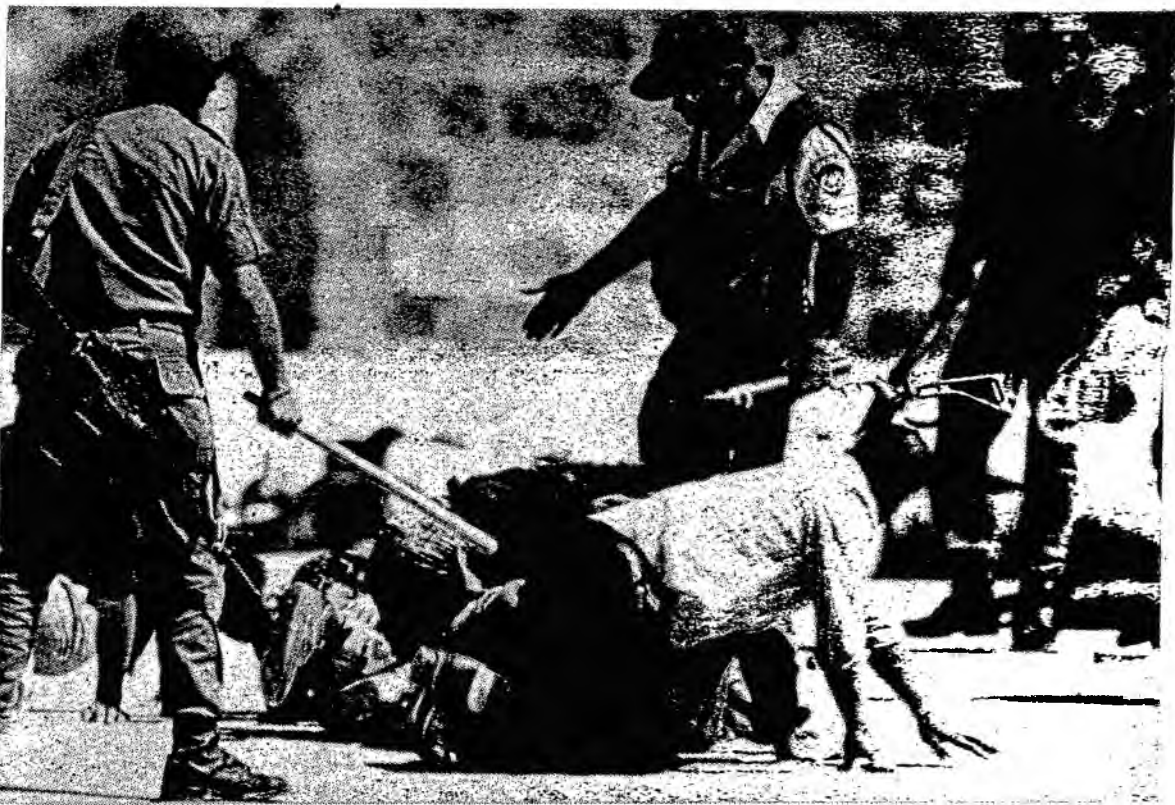
Generalsekretär der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), auf Fragen der Al Hadaq, November 1991

„Die politische Rolle und das Repräsentationsrecht der PLO aufzugeben, ist, in Form und Inhalt, ein Zugeständnis, das das nationale Programm betrifft ... Worin sonst läge die Bedeutung des Bestehens der USA auf der Formel einer gemeinsamen (palästinensisch-jordanischen) Delegation? ... Mehr noch, die Gefahren hören hier nicht auf, denn Strategie und Taktik der USA und Israels basieren auf fortgesetzter Unterdrückung und Erpressung zur endgültigen Liquidierung unserer nationalen Sache ...“

Was passierte, ist etwas sehr Gefährliches, das mehr als 50 % des palästinensischen Volkes betrifft. Ich meine die Erfahrung unseres Volkes in den 1948 besetzten Gebieten, seit diese als ‚israelische Araber‘ gesehen und behandelt werden. Bei Zugrundelegung dieses Standards wäre jede in Jordanien lebende Person ein Jordanier usw. Die politische Bedeutung dessen liegt darin, die Einheit des palästinensischen Volkes und ihre Sache zu zerstören ... Einige palästinensische Kreise nehmen an der Konferenz teil, basierend auf ihren Illusionen, daß wir etwas mit den Verhand-

lungen erreichen könnten. Andere unterstützen die Teilnahme auf der Basis, daß uns nichts zwingen kann weiterzuverhandeln, wenn wir unseren Rechten nicht näherkommen ...

Eine andere Gruppe rief zur Teilnahme auf der Basis der Resolution der 20. PNC-Tagung auf. Da gibt es eine weitere Meinung, am besten von der PFLP ausgedrückt, die auf wissenschaftlicher und präziser Analyse basiert. Diese sieht, bei dem gegebenen Machtungleichgewicht, das sich in Israels Begünstigung am Verhandlungstisch ausdrücken wird, nicht die Möglichkeit, lediglich einige unserer legitimen Rechte auszuwählen ... Insgesamt bin ich sicher, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Befürwortern und Gegnern der Madrid-Konferenz zweitrangig sind, wenn sie mit den Hauptwidersprüchen zum zionistischen Feind verglichen werden ... Wir dürfen nicht zulassen, daß Israel die Reihen unseres Volkes durchbricht. Wir sind weiter aufgerufen, den Kampf gegen die Besatzung zu intensivieren, bis die allgemeine Ursache beseitigt ist und sich eine neue Option präsentiert, den Slogan von Freiheit und Unabhängigkeit auszudrücken.“ (nach: *Democratic Palestine*, Nov./Dez. 1991; eig. Übersetzung)



Wer ist C. A. Perez? Hintergründe des Putsches in Venezuela

bedingt durch die leicht verklärten Erinnerungen an seine erste Regierungszeit, in der es dem Land durchweg alle Bevölkerungsschichten betreffend besser ging, und natürlich machte er auch die üblichen großen Versprechungen. Dem einstigen Höhenflug der Erdölpreise und anderen glücklichen Umständen hatte auch das OPEC-Mitglied Venezuela seinen Wohlstand zu verdanken und weniger einer besonders unternehmungstüchtigen Bourgeoisie, was es bis heute grundlegend von anderen lateinamerikanischen Ländern unterscheidet. Die fröhlichen Konsumgewohnheiten der klitzekleinen Oberschicht haben sich selbst auf die übrigen Bevölkerungsschichten übertragen. Seit Ende der siebziger Jahre jedoch ist die ökonomische Entwicklung tendenziell rückläufig, bedingt durch sinkende Einnahmen aus den Rohstoffexporten. Heute gibt es kaum noch eine Mittelschicht, und drei Viertel der sehr jungen Bevölkerung lebt in Armut.

Trotzdem bleibt Venezuela um einige elementare Probleme ärmer als andere südamerikanische Länder, sind die Voraussetzungen ungleich günstiger, kann man keineswegs von einem richtigen Entwicklungsland sprechen. Es ist eher

unterbevölkert, auch wenn die Zentrale Caracas nicht diesen Eindruck vermitteln kann. Es gibt ein übergroßes Nahrungsmittelangebot, trotz totaler Vernachlässigung der Landwirtschaft zugunsten der Rohstoffausbeutung und -verwertung, wobei aber ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung sich eine ausreichende Ernährung nicht mehr leisten kann. Es gibt durchaus eine vorzeigbare heimische Industrie, das wahrscheinlich noch beste Straßennetz Südamerikas, Schulen, Universitäten, medizinische Grundversorgung und zumindest auf dem Papier viele soziale Errungenschaften ... kurz, im Prinzip Voraussetzungen, die auch durch den Ölboom bedingt, der Allgemeinheit zugutekamen und das Land immer noch für viele Arbeitsemigranten der gesamten Region anziehend macht.

In der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Krise offenbart sich vielmehr die Unfähigkeit der einheimischen Bourgeoisie, die Geschicke des eigentlich außerordentlich begünstigten Landes zu meistern. Die skrupellose Bereicherung, Korruption und Verschwendungssucht der kleinen Oligarchie von wenigen einflußreichen Familien und ihrer politischen Stellvertreter sind selbstver-

stündlich immer weniger friedlich zu vermitteln, wo man wie im alten Rom das Schmarotzertum bis in die untersten Klassen solange fördern konnte, wie es genug zu verteilen gab, und sich so relativ ruhige und stabile politische Verhältnisse erkaufen konnte.

Abgesehen von einem mehr halbherzigen Ansatz zu Beginn der sechziger Jahre gab es praktisch nie eine Guerilla oder andere hoffnungsvolle befreiende Bewegungen, die sich auf eine entsprechende Resonanz der Massen hätten berufen können. Alle Versuche, die Verhältnisse tatsächlich zu verändern, konnten sehr schnell isoliert und unterdrückt werden oder sind sehr rasch verbürgerlicht und integriert worden. Der große Verstaatlicher und Bürokrat von einst, Präsident Perez, arbeitet heute unter der Losung: Reprivatisierung, Entstaatlichung, Einsparung der öffentlichen Ausgaben. Es muß nicht wundern, daß es gerade bei den schlecht bezahlten, aber bewaffneten Formationen der Staatsmacht eine gewisses Unruhepotential gibt, das von Rechts leicht in Marsch zu setzen ist. Privilegien und goldene Epauletten sind für schlichte Gemüter durchaus eine feine Sache, satt machen sie nicht, und nicht jede öffent-

liche Position erlaubt zum Ausgleich die ungehinderte Bereicherung durch Bestechlichkeit.

Ganz entfernt könnte man die Lage des Landes mit der Entwicklung in Osteuropa vergleichen, wo jeder einzelne unter den gegebenen Umständen leidet, aber sich selbst nur schwer anders verhalten kann, die wirklichen politischen Alternativen eigentlich erst entwickelt werden müssen, die Linke aber noch nicht als Hoffnungsträger für einen radikalen Wandel akzeptiert wird. Bis dahin, so ist zu befürchten, können solche Zwischenfälle eher die Rufe nach einem „starken Mann“ verstärken, der den Saustall auszumisten verspricht. Der leicht angegraute CAP scheint, wie der Putschversuch zeigt, zumindest bei Teilen des Militärs nicht geeignet für einfache Problemlösungen. Über 300 Tote gab es bereits kurz nach Antritt des Präsidenten Perez, 1989, als die Staatsmacht unter Demonstranten gegen Preiserhöhungen ein Massaker anrichtete. Man kann sich gut vorstellen, was man erst ganz rechts außen unter „Problemlösungen“ versteht.

Es ist schwer vorhersehbar, ob es CAP und der bürgerlichen Demokratie genutzt hat, das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die abgewirtschafteten Wahlvereine zurückzuholen, oder ob es schon so schlimm steht, daß auch militärische Abenteurer bereits mit größerer Übereinstimmung bei der Bevölkerung rechnen können. Beides kann man befürchten! — (haddock)

In der Nacht zum Dienstag, dem 4. Februar, und im Verlauf des Tages scheiterte der Sturm von Fallschirmjägern auf die Präsidentenresidenz in Caracas: Carlos Andres Perez, kurz CAP genannt, sprach von einem Mordversuch auf seine Person. Er scheint Grund zu haben, sich persönlich zu fürchten. Seit in den sechziger Jahren das Militär freiwillig die Macht abgab, haben sich regelmäßig zwei politisch-programmatisch nur wenig voneinander abweichende Parteien, in etwa vergleichbar mit CDU und SPD, an der Regierung abgelöst. Beide sind bezogen auf das Land mit knapp 20 Millionen Einwohnern unverhältnismäßig mitgliederstark und gleichermaßen korrupt.

Präsident Perez kommt aus dem sozialdemokratischen Lager, der Action Democratica (AD), ist einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale und tritt gern außenpolitisch als moderater Vermittler zwischen dem armen Süden und dem reichen Norden auf. Die von ihm einst inszenierte Verstaatlichung der Ölindustrie hat ihn persönlich zu einem der reichsten Männer des Landes gemacht. Auch in der Landwirtschaft soll er als Großgrundbesitzer und Viehbaron nicht eben am Hunger-tuch gehen. Als CAP 1988 als erster Präsident wiedergewählt wurde, er regierte bereits in den frühen siebziger Jahren, geschah dies zu einer Zeit, in der sinkende Weltmarktpreise den früher relativ hohen Lebensstandard des Landes nahezu aufgezehrt hatten.

Die Wiederwahl von Perez war eher

BRD-Jugoslawienpolitik im Widerspruch zur EG

Vor zwei Wochen war Außenminister Genscher in Kroatien und Slowenien und besah sich dort die Früchte deutscher Teilungs- und Herrscher-Politik. Wie ein Kolonialherr vom unterworfenen Volk ließ er sich in Kroatien feiern und vermerkte mit Wohlwollen, wie Straßen, Plätze und Cafés mit seinem Namen ausgestattet werden. Auf die Frage, wie er sich dabei fühle, antwortete er, daß dies doch nur ein Ausdruck davon sei, „daß die Menschen Gerechtigkeit wollen“. Selbstverständlich wird die Huldigung angenommen und mit Weihrauch der Anteil der BRD an der Spaltung Jugoslawiens und dem angehetzten Bürgerkrieg umweht. Die Völker aufeinanderzuhetzen, ist doch wohl die tatsächliche Intention der deutschen Gerechtigkeitspolitik.

Wenn auch die deutschen Kolonialherren sich im beherrschten Lande noch sonnen können, so ist der Durchmarsch der deutschen Südosteuropapolitik unter den EG-Konkurrenten längst noch nicht durchgesetzt. Hatte es nach dem 15. Januar (Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch EG-Institutionen) zunächst den Anschein, daß sich deutsche Politik auf breiter Front behauptet, sieht es doch in Wirklichkeit ein wenig anders aus. So beschwerten sich die kroatischen

und slowenischen Satrapen bei Genscher, daß die Sanktionen der EG noch nicht aufgehoben worden wären. Flugs wittert die FAZ daraufhin eine „offene Sabotage einzelner Elemente in der EG-Bürokratie“, und wahrscheinlich stehe Großbritannien hinter der Aktion. Auch hört man, daß die Niederlande trotz offizieller Anerkennung von Slowenien und Kroatien keineswegs den slowenischen Paß als Dokument akzeptiert. In Italien kursieren Pläne der deutschen Regierung, in denen von einem „Festsetzen an der Adriaküste“ die Rede ist und von der Absicht, den slowenischen Hafen Kopar zu einem deutschen Freihafen auszubauen. Die Bundesregierung wies natürlich umgehend diese Enthüllungen der italienischen Presse als falsch zurück und beteuert ihre Unschuld. Es war ja nur die „Gerechtigkeit“, wie wir schon hörten, oder wie es Graf Lambsdorff ausdrückte, eine Verwicklung der BRD in die jugoslawischen Krise, um das „strategische Gut“ Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Zur Zeit tagt wieder die EG-Friedenskonferenz zu Jugoslawien, was die BRD-Politiker dazu veranlaßt, Kreide zu fressen. Aber die Verstrickungen deutscher Interessen in der Region sind zu offensichtlich, als daß die Konkurrenz schweigen kann. — (hav)

Antifaschistischer Streik war ein Erfolg

Etliche hunderttausend Menschen in allen Landesteilen Schwedens beteiligten sich am 21. Februar am einständigen Generalstreik gegen rassistische und faschistische Gewalt. Um Punkt 10.00 Uhr läuteten überall Kirchenglocken den Streik ein, zu dem 280 Organisationen und Verbände aufgerufen hatten, nachdem sich in den letzten Monaten faschistische Gewalttaten gegen Ausländer, ermutigt durch die Stimmengewinne der Faschisten bei den letzten Parlamentswahlen, gehäuft und zwei Immigranten durch Schüsse getötet worden waren. Nach Berichten der antifaschistischen Bewegung *Stoppa Rasismen* nahmen 320.000 Schüler an den Aktionen teil, die Schulen wurden geschlossen, an vielen Orten Massendemonstrationen durchgeführt. In Stockholm brachten die Bus- und U-Bahn-Fahrer den öffentlichen Nahverkehr zum Erliegen; auch in den Krankenhäusern und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes fanden Solidaritätsaktionen statt. Als besonders bedeutsam bezeichnen Berichte von *Stoppa Rasismen* die Streikwelle in den Industriegebieten. In Göteborg beispielsweise legten mehr als 13.000 Volvo-Beschäftigte die Arbeit nieder, trotz Drohungen des Volvo-Managements.

Auch die 5.000 Beschäftigten des Volvo-Werkes in Umea streikten, viele nahmen an der Demonstration in der Stadt teil. In Sodertälje, einer Stadt, die als Hochburg der terroristischen Organisation „Weißer Arischer Widerstand“ (VAM) gilt, beteiligten sich 3.000 Beschäftigte der Saab-Scania-Lastwagenfabrik am Streik.

In den größeren Städten schlossen auch viele Geschäfte eine Stunde lang. Am Abend nahmen Tausende an Demonstrationen in Stockholm, Göteborg, Malmö und anderen Städten teil. Die größte Demonstration fand mit mehr als 10.000 Menschen in Göteborg statt. In dem Ort Kristineberg ganz im Norden des Landes gingen 400 Menschen gegen Rassismus auf die Straße.

Genaue Zahlen über die Beteiligung an den Aktionen gibt es nicht. Bekannt ist aber, daß sich mehr als 70 % der ausländischen Bevölkerung beteiligten, das allein sind mehr als 500.000 Menschen. Eine wichtige politische Erfahrung war, daß der Widerstand gegen rassistische und faschistische Gewalt in der organisierten Arbeiterbewegung einen großen Rückhalt hat.

Quellen: Nach Berichten aus Schweden, Lokalberichte Hamburg Nr. 5 — (scc)

Türkei: 49 Abgeordnete gegen Kurdistan-Politik

49 Abgeordnete des türkischen Parlaments, die meisten von ihnen aus Kurdistan und aus der Partei HEP, aber auch einzelne Abgeordnete aus Ankara, Izmir und Istanbul und von anderen Parteien, haben einen Aufruf zum Waffenstillstand unterzeichnet. Am 19.3. soll das Parlament über eine weitere Verlängerung des Ausnahmezustands in den kurdischen Gebieten beraten und entscheiden. In dem Aufruf heißt es, daß der Ausnahmezustand die Menschenrechte verletzt und den Samen der Feindschaft zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk gesät hat. „Heute ist der dringendste Schritt, der unternommen werden muß, die in den Lauf eingeführten Kugeln zurückzuholen und das Feuer einzustellen. Unser Volk wird noch mehr terrorisiert, mittlerweile ist die Rede von Massakern. In unserer Region, in der Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit herrschen, sind die Menschen in einer solchen Situation, daß sie noch vor Brot erst einmal die Sicherheit für ihr Leben fordern müssen. Das Blut der Bauern und Arbeiter von Botan, Serhat, Diyarbakir, das die 20-jährigen Ahmets, Mehmeds aus der Agäis, Anatolien,

Trakia oder vom Schwarzen Meer vertrieben, hat in der ganzen Türkei zu einem Rückschritt geführt und die Saat der Feindschaft gesät, die das türkische wie das kurdische Volk, die Brüder sind, vernichten kann. Diese Saat darf nicht aufgehen. Dafür müssen wir alle tun, was zu tun ist... Die kurdische Frage kann nicht mit Gewalt und Unterdrückung gelöst werden.“

Am Ende des Aufrufs werden einige Forderungen aufgestellt:

- Eine Generalamnestie, die alle Folgen des 12. Septembers beseitigt,
- Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands,
- Abschaffung der undemokratischen Gesetze und Erlassene, vor allem des Anti-Terror-Gesetzes,
- Abschaffung des Dorfschützersystems,
- Beendigung der Folter und der einer Menschenjagd gleichkommenden Morde und Aufklärung der bisher erfolgten Morde.

In der vergangenen Woche demonstrierten mehrere tausend Menschen in Istanbul offen ihre Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf. — (rül)

Internationale Umschau



Mitglieder der US-Automobilarbeiter-Gewerkschaft UAW erreichten ein Lohn- und Anerkennungsabkommen bei Freightliner, einem Mercedes-Benz-Betrieb in Nordkarolina, USA. Nach 16-tägigem Streik, in dem die UAW-Mitglieder mit Plakaten in Deutsch und Englisch Streikposten standen, wurde eine Einigung erzielt. Neben Lohnhöhungen sieht das Abkommen feste Produktionsnormen, zwei volle Freistellungen für Belegschaftsvertreter, einen siebenköpfigen Betriebsrat, einen paritätischen Arbeitsschutzausschuß und einen paritätischen Ergonomieausschuß vor. Während bei Mercedes-Benz dieses Abkommen erzielt werden konnte, hat Caterpillar 6.000 UAW-Mitglieder ausgesperrt und versucht damit eine Lohnsenkung und Arbeitsintensivierung durchzusetzen. Quelle: IMB-Nachrichten Nr. 1/1992 — (ros/AGM)

Ausländische Gläubiger nach FIS-Verbot beruhigt

Das Verwaltungsgericht in Algier entsprach einem Antrag des Innenministers und hat die Islamische Heilsfront (FIS) verboten; 30.000 FIS-Anhänger sollen allein im Februar verhaftet worden sein. Unmittelbar vor dem Verbot hatte in Frankreich eine Konferenz von über 200 Gläubigerbanken hauptsächlich aus Frankreich, USA und Japan über ein Umschuldungsabkommen getagt. Die französische Regierung, Außenminister Rocard und Präsident Mitterrand, haben dabei dem algerischen Außenminister politische Rückendeckung versprochen: Paris wird den neuen algerischen Staatsrat in dieser schweren Periode unterstützen. Die Kreditzusage der Gläubigerbanken ist wie bereits zuvor zugesagte Kredite des IWF und der Weltbank an wirtschaftspolitische Auflagen gebunden, die die sozialen Spannungen in Algerien noch verschärfen werden.

Kölner Stadt-Anzeiger, 7.3.; NZZ, 29.2. — (alk)

Irland: Richter stützen sich nicht auf EG-Recht

Interessant an dem Urteil des Obersten Gerichtshofes Irlands, das einem 14-jährigen Vergewaltigungsoffer doch endlich einen Schwangerschaftsabbruch im Ausland erlaubte, ist die Begründung: Die Mehrheit der Richter stützte sich nicht, wie vielfach erwartet worden war, auf das Freizügigkeitsgebot der EG, um das Ausreiseverbot nach Großbritannien, das die Behörden verhängt hatten, aufzuheben. Die Richter interpretierten vielmehr die irische Verfassung jetzt so, daß das Leben der Mutter als mindestens gleichwertig zu betrachten sei mit dem Schutz des werdenden Lebens. Einer der Richter sprach in diesem Zusammenhang davon, daß die Mutter ein Recht auf Leben in Glück und Wohlbefinden habe. Damit ist das bisherige katholisch-fundamentalistische Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in Irland zumindest etwas angeweicht. Neue Zürcher Zeitung, 7.3. — (alk)

Kongresspartei siegt im Punjab

Am 19. Februar 1992 konnte sich die Kongresspartei im indischen Unionsstaat Punjab bei Wahlen durchsetzen. Nach fast fünf Jahren *president's rule* (Direktverwaltung durch die Zentralregierung in Delhi) wurde am 25. Februar der Sikh Beant Singh zum neuen Regierungschef gewählt. Die Wahlbeteiligung lag weit unter 50 Prozent, da militante Sikhs mit Morddrohungen Wähler am Urnengang gehindert hatten. Das Wahlergebnis ist soweit betrachtet beachtlich, weil es der Kongresspartei gelungen ist, 87 von 117 Sitzen im Staatsparlament und zwölf von 13 Wahlkreisen für das Bundesparlament zu gewinnen. Tatsächlich dürfte es eher zur Verschärfung der Widersprüche beitragen, weil die Sikhmehrheit, in der Regel kleine Bauern, nun keine rechte Vertretung haben.

Neue Zürcher Zeitung, 27. Februar 1992 — (cog)

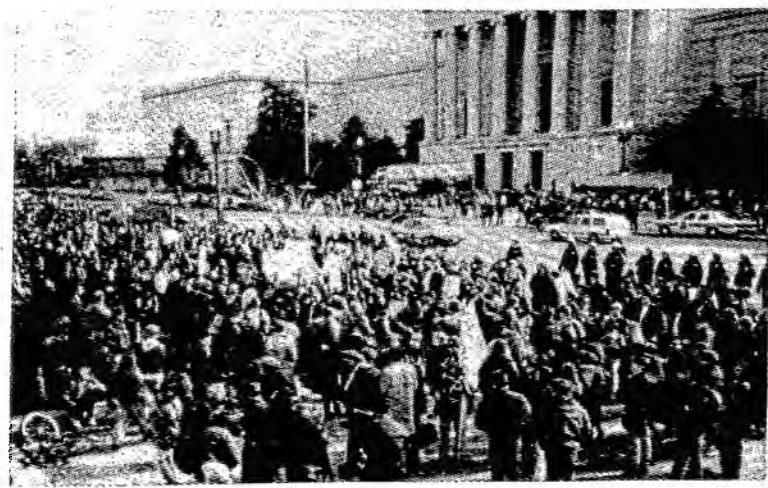
Spanien: Strafrechtsreform gegen die Opposition

Spaniens Regierung unter Felipe González hat Mitte Februar Einzelheiten zur Strafrechtsreform veröffentlicht. Danach werden Journalisten von ihrer Berufsausübung durch Richterspruch suspendiert, wenn sie der „Verleumdung“ für schuldig befunden werden. Dieselbe Sanktion trifft sie im Fall der „öffentlichen Beunruhigung“ (alarma social). Dagegen kam von der spanischen Presse heftiger Protest. Der Repräsentant der spanischen Verleger, Pedro Crespo de Lara, verwarf den Gesetzentwurf, da er die journalistische Arbeit noch schwieriger mache und der Pressefreiheit Schaden zufüge. Die Vorschläge der spanischen Regierung zielen unmittelbar auf die Ausschaltung der politischen Opposition und hier besonders gegen die baskischen Organisationen ETA und Herri Batasuna (HB). ETA und HB finden im Baskenland (Euskadi) breitere Unterstützung. Die Rechtfertigung des bewaffneten Kampfes als Reaktion auf die staatliche Unterdrückung ist in Euskadis Presse keine Ausnahme. Mit der Kronzeugenregelung will der spanische Staat „reumütigen“ ETA-Mitgliedern im Austausch gegen nützliche Aussagen die Strafe verringern. Verschiedene, auch bürgerliche Parteien haben Widerstand gegen die Strafrechtsreform angekündigt, so im Baskenland die bürgerliche Regierungspartei Partido Nacionalista Vasco (PNV), in der Region Navarra hat sich ein Bündnis gegen den Gesetzentwurf gebildet, das von der Union des Volkes von Navarra (UPN-PP) bis zu Herri Batasuna reicht.

Außerdem hat die Regierung in Vorbereitung es EG-Binnenmarkts ein Streikgesetz in Vorbereitung, das die Gewerkschaften zähmen soll. So sieht das geplante Streikgesetz Strafmaßnahmen bis zu Massentlassungen vor für den Fall des „Mißbrauchs“ von Streiks. Selbst eine Verständigung mit den Gewerkschaften darüber, was unter Notdiensten zu verstehen ist, lehnt die Regierung ab. Die Gewerkschaften arbeiten ihrerseits einen Alternativ-Gesetzentwurf aus, in dem sie jegliche staatliche Bevormundung ablehnen. Die Parlamentsfraktion der Regierungspartei der Sozialisten hat die Regierung aufgefordert, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. — (ros)

ETA-Militanter erschossen, Polizist freigesprochen

Das Provinzgericht von Nafarroa in Iruñea-Pamplona (Euskadi) sprach am 26.2.92 den Polizisten Rafael Navarro Vacas von der Anklage des Mordes und Totschlags an Mikel Castillo frei. Der ETA-Militante Mikel Castillo wurde am 18. September 1990 in der Altstadt Iruñeas von hinten erschossen, als er zu Fuß vor einer Personenkontrolle flüchtete. Das Gericht erachtete es als erwiesen, daß Castillo während seiner Flucht mit einer Pistole mehrmals auf den ihn verfolgenden Polizisten zielte. Nach Aussagen von Anwohnerinnen und Zeitungsberichten flüchtete Castillo unbewaffnet. Der angeklagte Polizist war selbst der einzige Zeuge, daß Castillo bewaffnet gewesen sein soll. Die Privatankläger haben bereits angekündigt, daß sie notfalls bis vor den Europäischen Menschenrechtshof in Straßburg ziehen werden. Euskadi Pressedienst, 2.3. — (alk)



Mehr als tausend Demonstranten (Bild) protestierten am 21. Januar in der US-Hauptstadt Washington gegen die zunehmenden Angriffe von Gerichten, Kirchen und reaktionären Verbänden auf das Recht auf Abtreibung. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit von linken Gruppen und Frauenorganisationen. In San Francisco beteiligten sich 500 Menschen an einer ähnlichen Demonstration, in Cleveland 300 Menschen, in Philadelphia 200, in Honolulu knapp 100. Vor 19 Jahren hatte das Oberste Bundesgericht der USA erstmals einer Frau das Recht auf Abtreibung zugestanden. Seitdem hatten zumeist Anti-Abtreibungsorganisationen an diesem Jahrestag gegen das Urteil protestiert. Dieses Jahr hatten landesweit Gruppen, die für das Recht auf Abtreibung eintreten, zu Gegenaktionen mobilisiert. — (rül)

Demonstration für Streichung des § 218

Stuttgart. Zu einem Aktionstag mit landesweiter Demonstration für die ersatzlose Streichung des § 218 am 7.3.1992 hatten etwa 20 Organisationen — vor allem Frauengruppen aus dem Raum Mittlerer Neckar — anlässlich des internationalen Frauentags aufgerufen. Mehr als 1 000 Menschen, insbesondere viele jüngere Frauen, nahmen daran teil. Zahlreiche Reden wurden zu Beginn, bei einer Zwischenkundgebung und zum Abschluß gehalten. Im folgenden wird über drei Beiträge berichtet.

Heidi Scharf von der IG Metall Stuttgart, deren Rede stellenweise zur SPD-Wahlkampfrede wurde, stellte die Gesetzesentwürfe der Parteien zur Neuordnung des § 218 vor und griff die besonders restriktive Anwendung des § 218 in Baden-Württemberg an. Sie forderte u.a. das alleinige Entscheidungsrecht der Frauen, ein Beratungsrecht auf freierwilliger Basis, keine amtliche Erfassung der Betroffenen und die ersatzlose Streichung des § 218.

Eine Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbeauftragten Baden-Württembergs trug deren Stellungnahme zum § 218 vom April letzten Jahres vor. Darin heißt es u.a.: „Wir fordern, daß die §§ 218 und 219 ersatzlos aus dem Strafrechtsgesetz gestrichen werden, mindestens aber,

daß ein Recht der Frau auf einen Abbruch der Schwangerschaft innerhalb der ersten 12 Wochen geschaffen wird.“ Die Kosten des Abbruchs und auch von Verhütungsmitteln sollen von den Krankenkassen und Beihilfen übernommen werden. Eine Zwangsberatung lehnen die Frauenbeauftragten ab.

Bei der Zwischenkundgebung vor dem Haus, in dem die Ärztin Else Kienle 1928 bis 1931 ihre Praxis hatte, sprach eine Vertreterin vom AK StudentInnen gegen § 218. Sie berichtete, daß damals nur die medizinische Indikation existierte, ansonsten Abtreibung mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus bestraft wurde. Else Kienle wurde 1931 zusammen mit ihrem Kollegen Friedrich Wolf verhaftet und der „gewerksmäßigen Abtreibung“ angeklagt. Nach einem Hungerstreik wurde sie wegen Haftunfähigkeit entlassen. Durch die Verhaftung und den Hungerstreik erreichte der Protest gegen den § 218 einen Höhepunkt. Hunderttausende demonstrierten; der Prozeß mußte eingestellt werden. Eine Ärztin von der Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte wies in ihrer Rede darauf hin, daß nach dem Urteil des Bundesgerichtshof vom Dezember 1991 gegen Dr. Theissen die Bescheinigung einer Notlagenindikation für jeden Arzt zum rechtlichen Risiko geworden ist. — (evo)

Neues Schulgesetz für Niedersachsen

Hannover. Ein wesentlicher Programmpunkt der rot-grünen Landesregierung war die Reformierung des Bildungswesens. Nun liegt mit dem Entwurf für ein Schulgesetz ein Kern dieser bildungspolitischen Vorstellungen vor. 1980 war von der CDU-Regierung die letzte Novellierung des Schulgesetzes vorgenommen worden, heftig kritisiert von der SPD-Landtagsfraktion. Große Teile der damaligen Kritik — 10. Schuljahr für alle, Mitbestimmung bei der Besetzung von Schulleiterstellen — werden nun von ihnen selbst nicht eingelöst. Bis Mitte Februar 1992 können die verschiedenen Verbände, Eltern- und Schülervertretungen dazu Stellung nehmen. Vorgesehen ist die erste Lesung im Landtag für Juni 1992, das Inkrafttreten des Gesetzes wird zum 1.1.93 erwartet.

Zu begrüßen sind ansatzweise Reformbestrebungen in folgenden Bereichen: eine Erweiterung des Bildungsauftrags der Schule, die integrierte Gesamtschule (IGS) als gleichgestellte Schulform, Ansätze zur Demokratisierung in der Schulverfassung sowie einige redaktionelle Änderungen.

Nach dem Entwurf soll der Bildungsauftrag der Schule erweitert werden. Gesellschaftliche Entwicklungen, an denen die Schule nicht vorbeigehen darf, wie die Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter, nach dem Zusammenleben mit Menschen anderer Nationen und Kulturkreise und nach dem Erfassen ökologischer Zusammenhänge und umweltbewußtem Verhalten werden im § 2 neu aufgenommen.

Die Gliederung des Schulwesens in Regelschulformen und schulische Angebote entfällt; damit werden die IGS, KGS, die 10. Klasse an der Haupt- und Sonderschule, das Abendgymnasium und das Kolleg den anderen Schulformen gleichgestellt, und die sie benachteiligenden Regelungen werden aufgehoben. Der Schwerpunkt der Gliederung des Schulwesens liegt aber immer noch bei den Schulformen wie Primarbereich und Sekundarbereich I und II. Dies führt zu einer Festigung der alten Formen und einer Tendenz zu kooperativen anstelle von integrativen Systemen.

Eine Einführung des 10. Schuljahres für alle ist auch im neuen Entwurf nicht vorgesehen. Damit bleibt der Schulabschluß im Sekundarbereich I weiterhin unterschiedlich, je nachdem, welche Schulform gewählt wurde.

Der Sonderschule werden Möglichkeiten als Förderzentrum für Unterricht und Erziehung von Schülerinnen und Schülern, die andere Schulen besuchen, zugestanden, z.B. durch mobile Dienste. Dies ist immerhin ein Schritt in die Richtung, Schüler möglichst nicht in

Sonderschulen abzuschieben.

Volle Halbtagschulen und Integrationsklassen bleiben nur eine „besondere Organisationsform“. Die damit verbundenen bildungspolitischen Ziele stellen damit eine Ausnahmeform dar und werden nicht zur Regel.

Dem Ziel einer Demokratisierung der Schule dient die Erweiterung des Aufgabenkatalogs für Konferenzen von bisher 25 auf jetzt 35 Einzelpunkte, z.B. die Festlegung von pädagogischen Schwerpunkten. Diese Stärkung der Gesamtkonferenz ist zu begrüßen, besser wäre aber eine Streichung der vielen Einzelpunkte zugunsten einer Allzuständigkeit in pädagogischen Fragen gewesen.

In § 25 ist jetzt auch ein Stimmrecht für die der Schule zur Ausbildung zugewiesenen Referendare/innen und Anwärter/innen vorgesehen. Auch das Stimmrecht für Schüler und Eltern ist erweitert worden: nicht mehr nur in den Gesamtkonferenzen, sondern auch in Teilkonferenzen (Fach- und Klassenkonferenzen) sind sie stimmberechtigt. Ausgenommen sind allerdings Entscheidungen über Zeugnisse, Versetzungen, Abschlüsse und Übergänge.

Die Stellung des Schulleiters bleibt im Grundsatz unverändert (§ 30). § 30a ermöglicht eine kollegiale Schulleitung auch für andere Schulen als Gesamtschulen. Dabei bleibt aber die Gesamtverantwortung, die Vertretung der Schule nach außen und der Vorsitz im Leitungskollegium in der Hand des Schulleiters und seines ständigen Vertreters. Dies steht einer grundsätzlichen Demokratisierung im Wege.

Bei der Besetzung von Lehrerstellen bleibt nach wie vor die letzte Entscheidung bei der Schulbehörde. Allerdings ist die Schule insofern mehr beteiligt, als sie Vorschläge machen und, wenn die Schulbehörde nicht entspricht, eine mündliche Erörterung und Begründung der Ablehnung verlangen kann.

Bei der Verbreitung von Schülerzeitungen und -flugblättern entfällt die bisherige Zensur durch die Schulleitung.

Der neue Schulgesetzentwurf enthält einige Möglichkeiten, Reformen im Schulwesen einzuleiten. Er bleibt aber auf halbem Weg stecken und führt nicht zu einer grundsätzlichen Reform und Demokratisierung der Schule. Bei der augenblicklichen Spar-Politik des Landesministers besteht allerdings die Gefahr, daß nicht einmal die Ansätze, die der neue Entwurf enthält, umgesetzt werden können, denn eine Reform gibt es nicht zum Nulltarif. Streichung von Anrechnungsstunden und Einsparen von Lehrerstunden führen mit Sicherheit nicht zur Einführung neuer Gesamtschulen, neuer Unterrichtsformen und Förderung der Integration! — (sch)

ÖTV-Kundgebung gegen 3,5%-Provokation

Essen. 8000 Leute kamen am 7.3. zu einer zentralen Kundgebung der ÖTV und anderer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in die Essener Gruga-Halle. Großen Applaus bekam die ÖTV-Vorsitzende, Frau Wulf-Mathies, als sie die Dienstherren angriff: Wenn sie bei dem provokativen 3,5%-Angebot bleiben, könne es nur eine Antwort geben, Urabstimmung und Streik. Bei der nächsten Verhandlung, am 20.3., müsse eine „Entscheidung“ fallen. Die Tarifforderung begründete Frau Wulf-Mathies jedoch vorwiegend mit der Herstellung der „Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes“. Ihre angekündigte Kompromißbereitschaft — „Jedes Angebot unter 5% bedeutet Reallohnverlust und ist für uns indiskutabel.“ — stieß auf Unmut und erhebliche Unruhe. — (syb)

Bosch: Gesamtbetriebsrat fordert Beschäftigungsplan

Stuttgart. Im Jahr 1991 hat die Robert Bosch GmbH im Inland den Umsatz um 11,5 Prozent gesteigert und die Zahl der Beschäftigten um 3700 (3,1 Prozent) abgebaut. Weiteren Personalabbau für das laufende Jahr hat die Geschäftsführung angekündigt bei sechs Prozent erwartetem Umsatzanstieg. Laut Vorstand reichen „herkömmliche Methoden zur Kostensenkung nicht mehr aus“. Deshalb setzt Bosch auf „schlanke Produktion“, sprich bewußte Rationalisierung auf allen Ebenen ohne größere Investitionen. Die Geschäftsführung will dafür die Mitarbeit aller Beschäftigten und der Betriebsräte. Nachdem erkennbar wird, welches Ausmaß an Arbeitsplatzabbau und auch Lohnsenkung auf die Beschäftigten zukommt, hat der Gesamtbetriebsrat seine weitere Mitarbeit an der

„schlanken Produktion“ davon abhängig gemacht, daß Bosch in einer Betriebsvereinbarung eine Beschäftigungs- und Lohngarantie gibt. — (rkW)

NGG: Nachtarbeit generell verbieten

Lüneburg. Für ein generelles Verbot der Nachtarbeit sprach sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Verwaltungsstelle Nordheide, auf ihrer Jahreshauptversammlung aus. Damit kritisiert die NGG das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, durch welches das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben wurde. NGG-Geschäftsführer Twesten: Bei der Einführung der Nachtarbeit für Frauen gehe es nicht um die Gleichberechtigung, sondern darum, rund um die Uhr über billige Arbeitskräfte verfügen zu können. Nach wie vor würden Frauen, die die gleiche Arbeit wie Männer verrichten, schlechter bezahlt. Nachtarbeit bedeute eine zusätzliche Belastung, die zu schweren gesundheitlichen Schäden führe. — (ulb)

Tarifabschluß Bergbau: 4,7% sind Lohnsenkung

Essen. Die Tarifaufeinandersetzung im Ruhrbergbau ist nach mehr als zweimonatigen Verhandlungen abgeschlossen. Für Februar erhalten die rund 100 000 Beschäftigten eine Einmalzahlung von 200 DM, ab 1.3.1992 steigen die Löhne und Gehälter um 4,7% für 12 Monate. Außerdem wurden — zusätzlich zu den bisher 13 Freischichten pro Jahr — ab 1992 eine und ab 1993 zwei weitere Freischichten vereinbart. Die Ausbildungsvergütungen steigen um 50 DM. Nach Angaben der Kapitalisten beträgt das Volumen 4,9%. Dies liegt im Rah-

men dessen, was bürgerliche Wirtschaftsexperten für möglich halten und bedeutet für die Beschäftigten weiteren Reallohnabbau. Obnehin sind die Bergbau-Löhne im Branchenvergleich von der früheren Spitzenstellung längst auf den achten Platz der Lohnskala gedrückt. Die IG Bergbau ist trotzdem der Ansicht, daß erreicht wurde, was erreichbar war. Immerhin betonte sie, daß der Abschluß nicht auf andere Branchen übertragbar sei. Unter Verweis auf die Ergebnisse der Kohlerunde und die staatlichen Subventionszahlungen für die Steinkohle hatten die Kapitalisten die Tarifaufeinandersetzung von Anfang an heruntergerechnet. Im Gegenzug hatte die IG Bergbau keine Forderung beziffert, sondern lediglich von einem „Inflationsausgleich“ als Ziel gesprochen. Zwei Gegenforderungen, die die Kapitalisten eingebracht hatten, konnten verhindert werden: Sie hatten auf eine Laufzeit von 36 Monaten gedrängt und auf die Verlängerung der Sieben-Stunden-Schichten in Heißbetrieben. — (wof)

Karosseriebau: 7% nach drei Wochen Streik

Hannover. Die Urabstimmung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff am 24.2.92 im Bereich Karosseriebau Niedersachsen ergab mit 51,6% die Annahme des durch Schlichtung zustandekommenen Tarifergebnisses. Nach drei Wochen Streik setzten die Karosseriebauer eine Lohnerhöhung von 7 Prozent durch, wobei die unteren Lohngruppen um 7,3 bis 8,1 Prozent angehoben wurden. Bei der hannoverschen Firma Stolle streikten alle 49 gewerblichen Beschäftigten, die Firma war praktisch drei Wochen lahmgelegt. Bei der Urabstimmung über das Tarifergebnis lag hier die Zustimmung nur bei 29%. — (rec)

Bankentarifkampf: Demonstration

Beim Bankenstreik sind am 5.3.92 etwa 1 500 Beschäftigte hannoverscher Banken, vor allem der unteren Tarifgruppen, auf die Straße gegangen. In einigen Bankfilialen wurde der Geschäftsbetrieb nur mit Notbesetzungen aufrechterhalten. Vor allem betroffen waren die Deutsche Bank, Dresdner Bank und die Commerzbank: Bei der Commerzbank wurde der Postversand komplett lahmgelegt. Die Nord-LB hatte den Beschäftigten eine Sonderzahlung von 1 200 DM zukommen lassen, offenbar, um einen Streik zu verhindern, dennoch beteiligten diese sich mit einem mehrstündigen Warnstreik an den Aktionen. — (rec)



Das Boot ist voll — aber Büros stehen leer

München. „Leerstände drücken auf Büromieten“, lautet eine Überschrift im Februarheft des Mitteilungsblattes der IHK. „Die Region München geht mit einem Leerstand von 100 000 qm Bürofläche in das Jahr 1992.“ In Unterschleißheim stehen 40 000 qm leer, 1992 werden weitere 50 000 qm auf den Markt kommen. Insgesamt werden in der Region München 1992 und 1993 rund 900 000 qm Bürofläche fertiggestellt. Das Westend, so heißt es, sei ein attraktiver Bürostandort geworden, und „weitere Projekte können von Investoren entwickelt werden, da noch ausreichend Grundstücke vorhanden sind.“ (!)

Platz und Geld zum Bauen sind also im Überfluß vorhanden. Sozialbindung des Eigentums? Wer vergibt die Bebauungsgenehmigungen und wer konstruiert Steuergesetze, die zunehmend mehr Geld in Unternehmerhänden lassen und eine künstliche Verarmung der Kommunen schaffen? Flüchtlinge werden in Containern zusammengepfercht. Kaum vorstellbar, aber wahr: Diese Menschen werden von anderen beneidet, die noch schlechter dran sind. Ein Obdachloser namens Detlef, der im Stachus-Untergeschoss kampiert: „Den Asylanten baut man Wohnkontainer, an uns denkt niemand“ (lt. AZ). Sogar Frauen mit Kleinkindern in Kinderwagen „hausen“ dort unten. Und nicht einmal das bleibt ihnen, denn Hubert Striegel vom Kom-

munalreferat verspricht den geschädigten Ladenbesitzern, daß Tore vor den Passagen angebracht werden. Damit hätte die Stadt über das Hausrecht eine Handhabe, die Obdachlosen zu vertreiben. In der BRD fehlen 1,2 Mio. Wohnungen, manche sprechen von 2 Mio. Auf der anderen Seite gibt es in der BRD 600 000 Ferienwohnungen und in den nächsten fünf Jahren sind laut Umfrage weitere 600 000 Ferienwohnungen oder -häuser geplant. Zweitwohnungen in den Städten sind hier nicht mitgezählt. Wer einmal im Olympiazentrum Zettel verteilt hat, weiß, wieviele Briefkästen überquellen, weil die Besitzer, auch außerhalb der Hauptreisezeit, offenbar nicht dort wohnen. Und dann sah ich einmal, daß eine Hausmeisterin mehrere Briefkästen aufschloß und die Post ansich nahm. Also waren auch das offensichtlich Zweitwohnungen, deren Besitzer um Nachsendung der Post gebeten hatten. Frau Schwätzer von der FDP fordert neuerdings sogar die Förderung von Drittwohnungen aus öffentlichen Mitteln (!). Wahrscheinlich rechnet sie mit dem Sickerseffekt vom Sickerseffekt. Im Gespräch mit konservativen Mitbürgern kann Frau dann zu hören bekommen, daß der Sickerseffekt nur wegen der rigiden Mieterschutzgesetze nicht funktionieren würde. Das ist die Forderung nach einem weiteren Abbau der Rechte für weniger Begüterte. Recht hat, wer Geld hat. Die anderen sollen auf das vertrau-

en, was übrig bleibt (zu ihnen durchsickert). Wohin das führt, sehen wir auf der Theresienwiese, unter dem Stachus und unter den Brücken. Die Ladenbesitzer unter dem Stachus fordern ihr Recht, weil sie teure Mieten bezahlen. Die Stadt beruft sich auf ihr Hausrecht, um den Ladenbesitzern entgegenkommen zu können. Die Büroraumplaner üben auch nur ihr Recht aus und auch die Reichen, die zwei und mehr Wohnsitze haben. Durch diese Art von Recht und Rechtsauslegung wird jeder Spielraum für soziale Maßnahmen zubetoniert, dem Bürger aber wird gesagt, es gäbe absolut keine andere Möglichkeit und an den Engpässen seien die vielen Ausländer schuld. Dieser Staat macht die Armen ärmer und die Reichen reicher und benutzt dann seine Gesetze (im Namen des Volkes) und seine Staatsgewalt, um die Reichen vor den zahlreichen werdenden Verelendenden zu schützen. Und das wird von einer rosa-grünen Stadtregierung getragen, von der wir zwar nicht angenommen haben, daß sie „die Verhältnisse“ ändern kann, aber doch, daß sie kämpferisch bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geht und diese Grenzen anklagend öffentlich macht, statt stillschweigend (denn von den Büroflächen haben sie doch gewußt) und möglichst reibungsarm mitzumachen. Wie sagte die grüne Bürgermeisterin Sabine Csapai unlängst: „Massenquartiere sind inhuman, aber notwendig.“ — (tip)



Berlin. Etwa 5000 Lehrer und Lehrerinnen beteiligten sich am 4. März an verschiedenen Aktionen außerhalb der Unterrichtszeit, zu denen die GEW aufgerufen hatte. Sie wehren sich mit diesen Maßnahmen gegen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde, mit der Schulsenator Klemann (CDU) 1500 Stellen einsparen will. Für den 31. März ruft die GEW zu Warnstreiks auf. — (har)

Sozialarbeit in neuen Sammellagern abgelehnt

Karlsruhe. Der Hauptausschuß der Liga der freien Wohlfahrtspflege hat am 6.2.92 beschlossen, in den neuen Sammellagern für Flüchtlinge keine Sozialarbeit und auch keine Kinderbetreuung zu übernehmen, da beides weder leistbar noch verantwortlich sei. Bereits Anfang Januar hatte das Diakonische Werk Baden-Württemberg die Sozialarbeit in der ZAST Karlsruhe eingestellt, weil die mit der Landesregierung vor 10 Jahren vereinbarten Tätigkeiten wie Rechtsberatung, Hilfe bei Behördengängen, Sprachkurse etc. von vier Sozialarbeitern bei einer Belegung mit 2000 Flüchtlingen gar nicht geleistet werden könnten. Die ultimative Forderung nach einer Verdoppelung der Sozialarbeiterstellen hatte die Landesregierung einfach ignoriert. Jetzt gibt es im Lager nur noch Vertreter der Staatsgewalt — zur Freude der Landesregierung, hatten doch die Sozialarbeiter immer den Kontakt zu den Flüchtlingsinitiativen gesucht. Der Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg hat die Liga aufgefordert, zumindest eine „Not-Sozialarbeit“ im Umfeld der Großlager anzubieten. — (bab)

Urteile in Prozessen wegen Strobl-Demonstration

Essen. Vor drei Jahren wurde in Essen eine große Demonstration für die Freilassung der Journalistin Ingrid Strobl von SEKs der Polizei überfallen. Fünf Leute standen wegen der folgenden Auseinandersetzung inzwischen vor Gericht. Während das Verfahren gegen drei Angeklagte mit Freispruch bzw. Einstellung endete, wurde ein Ange-

klagter jetzt zu 800 DM Geldstrafe verurteilt, u.a. wegen Widerstand, ein anderer zu einhalb Jahren Haft ohne Bewährung, u.a. wegen schwerem Landfriedensbruch. Beide haben Berufung eingelegt. Selbst das Gericht mußte zugestehen, daß die im Verfahren aufgetretenen Polizeizeugen „beeinflusst“ sind. — (wof)

Tätigkeit der NS-Sondergerichte in Niedersachsen

Hannover. In einer Kleinen Anfrage eines SPD-Abgeordneten an den Landtag will dieser Auskunft zur „Tätigkeit der NS-Sondergerichte auf dem Gebiet des heutigen Niedersachsens“. In der Einleitung wird ausgeführt: „Nach § 1 des Gesetzes zur Beseitigung nationalsozialistischer Unrechtsurteile vom 23. Mai 1990 sind zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 ergangene Urteile in Strafsachen auf Antrag insoweit aufzuheben, als ihnen Taten zugrunde liegen, die überwiegend aus der Gegnerschaft zum Nationalsozialismus oder um sich oder andere der Verfolgung durch den Nationalsozialismus zu entziehen, begangen worden sind oder die allein nach nationalsozialistischer Auffassung strafbar waren. Ein großer Teil dieser Unrechtsurteile wurde von den sogenannten Standgerichten der inneren Front gefällt.“ Von der Landesregierung will der Abgeordnete konkret u.a. wissen: „Wie viele Sondergerichte waren während der Nazidiktatur auf dem Gebiet des später gebildeten Landes Niedersachsen tätig?“ „Wie viele Richter und Staatsanwälte, die an Sondergerichten tätig waren, sind nach dem Krieg von der niedersächsischen Justiz oder von der öffentlichen Verwaltung übernommen worden?“ — (bee)

Kinderleukämie in der Elbmarsch

Geesthacht/Norderstedt. 1990 starben in der niedersächsischen Gemeinde Rönne und Anfang Januar dieses Jahres in der Elbmarsch gegenüber dem schleswig-holsteinischen Atomkraftwerk Krümmel zwei neunjährige Kinder an Blutkrebs. Weitere sechs Kinder und ein 20-jähriger Mann sind seit 1989 in dem ebenfalls in der Nähe liegenden Ort Tespe an Leukämie erkrankt. Nun streiten sich wieder einmal die Experten, ob radioaktive Strahlung die unmittelbare Ursache dafür ist.

Die Bremer Professorin für medizinische Physik, Inge Schmitz-Feuerhake, die im Auftrag einer niedersächsischen Expertenkommission Zellgewebsuntersuchungen bei Kindern aus der betroffenen Region vorgenommen hat, kommt zu dem Schluß, daß die von ihr festgestellten Veränderungen des Erbgutes „ausschließlich durch radioaktive Einwirkung“ entstanden seien. „Leukämie ist eine typische Strahlenkrankheit. Normalerweise ist Leukämie eine extrem seltene Erkrankung und bei Kindern besonders selten.“

Zur Zeit schätze sie, daß die Erhöhung 30 bis 50 mal höher als normal sei, und da komme als Auslöser nur ionisierende Strahlung in Frage. Zweites Indiz sei die Tatsache, „daß diese Leukämiefälle in unmittelbarer Nähe zweier kerntechnischer Anlagen — gemeint sind das Atomkraftwerk in Krümmel und die Großforschungseinrichtung GKSS bei

Geesthacht — mit viel Radioaktivität auftreten.“

Ständige (erhöhte) Strahlenbelastung oder auch ein möglicher radioaktiver Unfall — allerdings nicht vor dem Jahr 1983 — könnten die unmittelbare Ursache sein.

Auf der Gegenseite, d.h. auf der Betreiberseite, deren Daten einen solchen schweren Unfall ausschließen, empören sich der Sprecher der Betriebsärzte der Preußen Elektra, Günter Heidemann, und der Leitende Betriebsarzt der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW), Eberhard Maintz. Bei so ungeheuerlichen Behauptungen müsse die Bremer Professorin das Material sofort offenlegen und wissenschaftliche Redlichkeit beweisen.

Sozialminister Jansen (SPD) aus Schleswig-Holstein ordnete mal wieder eine Untersuchung an und forderte die Bundesregierung auf, sich an der Suche nach den Leukämieursachen zu beteiligen. Die Landesregierung in Hannover benannte bereits im letzten Jahr eine Expertenkommission zur Untersuchung der Leukämiefälle in Tespe/Niedersachsen. Ihr Bericht steht noch aus.

Die Grünen, Umweltschutzverbände, örtliche Initiativen und Robin Wood forderten die sofortige Stilllegung des 1260 Megawatt starken größten deutschen Siedewasserreaktors in Krümmel und bauten am 22. Januar dieses Jahres eine Mauer direkt vor den Eingang. — (edl)

Trotz Streiks bei den Banken ist noch kein Tarifabschluß in Sicht

Hamburg, Frankfurt. Vor gut drei Wochen sind die Tarifverhandlungen im privaten Bankgewerbe gescheitert. Seitdem wurden von den Gewerkschaften HBV und DAG viele Streikaktionen organisiert, da sie sich nicht mit dem Angebot von 5 % abspesen lassen wollen. Die Gewerkschaften haben zwar in der 4. Verhandlungsrunde angedeutet, die 10,5 %-Forderung zu reduzieren, das Gesamtvolumen des Abschlusses dürfe aber nicht unter 6,5 % liegen. Die 5 % scheinen für die Bankarbeitgeber jedoch die magische Grenze zu sein.

Um den Geschäftsleitungen vor Ort den Rücken zu stärken, ging am 21. Februar — direkt nach dem Streikbeschluß von HBV und DAG — ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes des privaten Bankgewerbes an die Direktionen bzw. Herren Geschäftsinhaber. Zwei Argumentationsblöcke stehen dabei im Mittelpunkt: Die für 1992 erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der hohe Personalkostenanteil im Bankgewerbe im Vergleich zur Industrie.

In den letzten 10 Jahren hat es im privaten Bankgewerbe einen Personalzuwachs von ca. 100 000 Beschäftigten gegeben, und — „mit Schwerpunkt in Ost-Deutschland“ — sind auch für die kommenden Jahre weitere Personalaufstokungen geplant, die aber einschl. der dazu notwendigen Arbeitsplatzinvestitionen verdient werden müssen.“ (Seite 2) Gemäß dieser Argumentation sollen also die Bankangestellten gleich dreimal zur Kasse gebeten werden: Sie sollen das Geld „verdienen“, das die Banken für ihre kolonialen Pläne in der ehemaligen

DDR brauchen; Sie leisten Mehrarbeit, da viele ihrer Kollegen in die neuen Bundesländer versetzt wurden und sie deren Arbeit mitmachen müssen; die Preissteigerung durch Anhebung indirekter Steuern und das verminderte Einkommen durch den Solidaritätszuschlag darf auch nicht eingefordert werden. Dies diene „der Finanzierung der Lasten der Wiedervereinigung“ und könne dann nicht als Teilungssopfer vom Arbeitgeber zurückgefordert und damit auf die Unternehmen abgewälzt werden (Seite 4).

Unter Berufung auf die beginnende Konjunkturabschwächung wird erklärt, daß auch für die Banken 1992 ein schwieriges Jahr würde. Als besondere Herausforderung wird wiederum das Geschäft mit Ost-Europa und der Aufbau eines funktionsfähigen Banksystems in Ost-Deutschland angeführt. Hinzu käme ein internationaler Wettbewerb des Kreditgewerbes, der — auf internationaler Ebene — von zum Teil drastischen Gewinneinbrüchen und Eigenkapitalproblemen begleitet sei. Allerdings wird gleichzeitig festgestellt: „Wir selbst sind von Gewinneinbrüchen zum Glück verschont worden. ... Bei uns waren die Erträge 1991 absolut höher als 1990.“ (Seite 8)

Als letzter Trumpf wird dann ausgespielt, daß das Einkommen der Bankangestellten ja so niedrig gar nicht sei. Dieser Vergleich hinkt jedoch doppelt. Es wäre eine völlig neue Richtung in der Tarifpolitik, würden z.B. die Einzelhandelskapitalisten bei den Tarifverhandlungen darauf Rücksicht nehmen, daß ihre Beschäftigten am unteren Rand

der Einkommensskala liegen. In der Bank-Tarifaufeinanderstimmung soll das aber auf einmal ganz anders sein. Es war ja immer tarifpolitisches Ziel der Gewerkschaften, den jeweiligen Besitzstand in den Branchen zu wahren bzw. zu verbessern.

Die zweite Problematik ist der Vergleich des Durchschnittseinkommens. Hierbei wird die Schere zwischen den unteren und oberen Gehaltsgruppen und die unterschiedliche Belegung der einzelnen Tarifgruppen unter den Tisch gewischt. 84,26 % aller Bankangestellten sind Tarifangestellte, Auszubildende etc. Für diese machen die Personalaufwendungen inkl. Zulagen etc. 66,75 % der gesamten Personalausgaben aus.

In den Tarifgruppen 4 bis 6 sind 56,8 % aller Tarifangestellten eingruppiert. Deren Gehälter bewegen sich zwischen DM 2203 (Einstiegstufe für Bankkaufleute) und DM 4141 (z.B. Gruppenleiter mit 11-jähriger Berufserfahrung). Gerade in diesem Bereich käme die aufgestellte Mindestforderung von DM 350 zur Geltung. Sie entspräche Erhöhungen zwischen 10,3 % und 8,4 %. Wahrscheinlicher als ein derartiger Abschluß — auch bei einem verringerten Betrag — ist jedoch der tariflose Zustand. Die Gewerkschaften werden die Streiks nicht bis in den Sommer hinein durchhalten können. Das ist nicht nur eine Frage der Kräfte und der Mobilisierung. Die HBV kann auch nicht ihren gesamten Streikfond im Bankenstreik einsetzen, so daß dann bei den Einzelhandels-Verhandlungen die Kasse leer ist. — (jub)



Streik bei der Nassauischen Sparkasse an der Frankfurter Hauptwache. (Bild: gst)

Ausländer „sorgen für Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt

Karlsruhe. „Das neue Ausländerrecht hat vor allem bei den Hilfskräften zu einer gewissen Entspannung beigetragen“, berichtete der Arbeitsamtsvertreter vor dem Karlsruher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA). Meist kurzfristig werden in der Landwirtschaft, dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie auf dem Bau Arbeitskräfte gesucht, in der Mehrheit für Hilfsfunktionen. Legal angeworben werden seit einem Jahr Asylbewerber, Saisonarbeiter und seit einem halben Jahr Leute aus Kroatien.

Für die Anwerbung ausländischer Leute hat die Bundes- und Landesregierung eine ganze Reihe von Gesetzen, internationalen Verträgen und Verordnungen in den letzten zwei bis drei Jahren geschaffen. Besonders die zeitlich befristete Arbeitsaufnahme von Nicht-EG-Bürgern ermöglicht den bundesdeutschen Unternehmen, kurzfristige Produktions- oder Saisonschäftsspitzen abzufangen. Gesetzliche Verpflichtungen, tarifliche Schranken o.ä. brauchen schier nicht beachtet werden. Die Anwerbemaßnahmen — abgewickelt über Arbeitsämter, halbstaatliche oder private Vermittlungen — der Menschen aus den osteuropäischen Staaten erinnern in Form und auch Sprachgebrauch stark an die Richtlinien zur Anforderung von Fremdarbeitern im Faschismus.

Das neue Ausländergesetz erlaubt Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme, für Kroaten gilt eine Sonderregelung

über eine auf sechs Monate befristete Arbeitsaufnahme, Saisonarbeit ist seit Januar 1991 für drei Monate für Bürger außerhalb der EG-Staaten und für 12 bzw. 18 Monaten nach den sog. „Gastarbeiterabkommen“ mit östlichen Ländern möglich.

Asylbewerber müssen sich selbst einen Arbeitsplatz suchen, kommt für diesen keine als arbeitssuchend gemeldete Person in Frage, erhalten sie die Arbeitserlaubnis. Tarifliche Arbeitsbedingungen spielen dabei für das Arbeitsamt kaum eine Rolle. Leute aus Kroatien werden mittlerweile direkt in Jugoslawien angeworben — viele für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Diese vermittelt die Baden-Badener Fachvermittlung für Hotels und Gaststätten.

Nahezu reibungslos können Unternehmen bei den Arbeitsämtern Saisonarbeitskräfte für drei Monate aus Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und der CSFR „anfordern“. Die Unternehmen müssen Zahlung des tariflichen Mindestlohns und eine angemessene Unterkunft garantieren. Die Unterkunft kann dann aber gleich wieder von der Lohnzahlung abgezogen werden. Besonders hierauf verwies der Karlsruher Berater des Arbeitsamtes.

Für den Erstantrag empfiehlt das Arbeitsamt, dem Antrag ein „Anforderungsprofil“ (z.B. deutsche Sprachkenntnisse) beizulegen — die „Auswahl“ sei groß. Von den Unternehmen

würden aber schon nach einem Jahr 90 % der Saisonarbeitskräfte namentlich angefordert. Vollkommen reibungslos geht die Anwerbung von Jugoslawen, dort stempeln in wenigen Minuten die deutschen Konsulate in Österreich den Paß. Bundesweit wurden 123 303 Saisonarbeitskräfte 1991 über die Arbeitsämter vermittelt — davon über 70 000 in Baden-Württemberg und 3 000 in Karlsruhe. Arbeitskräfte für zwölf bis 18 Monate vermittelt die Baden-Badener Fachvermittlung aus den östlichen Ländern für Hotels und Gaststätten. Aus den „Gastarbeiterabkommen“ stehen der Fachvermittlung „Kontingente“, „zur Verfügung“. Dahinter verborgen sich Abkommen mit Ungarn (1989), Polen (1990), der CSFR (1991), Rußland (Jan. 1992) sowie in Vorbereitung mit Albanien, Bulgarien, Jugoslawien. Allgemein 1 000 (Rußland 2 000) Arbeitssuchende können pro Jahr in die BRD vermittelt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit konstatiert: Es fehlen genügend Arbeitsplätze! Die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen-Arbeitsgruppen „Fremdenverkehr und Tourismus“ und „Arbeit und Soziales“ der CDU/CSU erklärten, daß sie nach den guten Erfahrungen an einer gesetzlichen Regelung über die Ausdehnung der Saisonarbeit auf sechs Monate arbeiten.

Quelle: Allgemeine Hotel- und Gaststättenzeitung, 15.2.92 — (rub)

Im Sommer dieses Jahres werden in München die HERRScher dieser Welt der neuen Großmacht Deutschland huldigen. Aber nicht nur das. Die USA, Japan und die Rest-EG werden versuchen, den Großmachtdrang der BRD zu zügeln und sie in EG oder anderen internationalen Institutionen einzubinden.

Die Alleingänge der BRD (Bulldozer-Taktik nennt sie der „Guardian“) wecken allenthalben Ängste und rufen bei den anderen „Partnern“ böse Erinnerungen wach. „Ist Bonn Wilhelminen?“ fragt die SZ. „Niemand aber wird neuerdings heftiger verdächtigt, den Alleingang zum Prinzip zu machen als das „größere Deutschland“. Und wer eine Eurowährung will, darf als Defacto-Manager nicht die anderen unterpflegen“ (SZ Nr. 19). Der Chefredakteur der SZ nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er „von Machtdemonstration, Erpressung“ ... „vom Pochen auf einen deutschen Führungsanspruch“ spricht. Er fragt, ob „hinter diesem Europa-Eifer ein Masterplan zur Erringung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft in Europa“ stecke (SZ Nr. 294). Die „One World“, als einziger imperialistischer Block gegen den Rest der Welt, ist schon wieder out. Oder tritt diese Stelle wieder einmal Deutschland an?

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich das strategische Gleichgewicht nach Europa verlagert. Hier ist ein Machtvakuum entstanden, und wer anders als Deutschland beansprucht, dieses „Vakuum“ zu besetzen? Deutschland ist auf dem Gipfel seiner Macht, und niemand weiß, ob ihm — im 3. Anlauf in diesem Jahrhundert — die Unterwerfung des Ostens und die uneingeschränkte Führungsrolle bei der Neuordnung dieses Raums gelingen wird. So ist es mehr als voreilig, zu behaupten, die deutsche Frage sei mit der Wiedervereinigung gelöst und die „demokratische“ Einbindung in die EG oder in die NATO gebengt. Wenn eine Neuordnung der Welt ansteht, dann sicher doch in allererster Linie die Neuordnung der zerbröckelnden SU und des ehemaligen Ostblocks. Weder die USA, noch Japan, noch die Rest-EG werden mit der absoluten Führungsrolle Deutschlands in diesem Raum einverstanden sein, und sie werden alles daransetzen, die Verwirklichung dieser Horrervision einer „unheiligen Allianz“ mit Rußland zu verhindern.

Was sagt die Linke dazu?

„Europa ist groß geworden und darin das imperialistische Deutschland. Viele GenossInnen aus anderen Ländern schätzen die Entwicklung so ein, daß „die BRD im Jahre 2000 die stärkste Macht in der Welt ist“ (aus „kein Frieden“). Die Frankfurter Gruppe schreibt auch: „Obwohl wir hier leben und den Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten näher erleben konnten, scheint es so, daß den ausländischen GenossInnen die einschneidenden Folgen viel bewußter sind als uns“ (S. 8). Das ist leider so. Man ist zu sehr mit sich selbst oder mit den traditionellen Politikfeldern (Trikont, Flüchtlingspolitik) beschäftigt, oder man beugt sich gleich dem main stream. Letztes Beispiel: Die Unterstützung der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens von Grünen und Teilen des AK. Den Vogel hat Cl. Legewie abgeschossen. Die Hegemonie-rolle der BRD ist unser Schicksal — naturgegeben und unveränderbar. Wir sind also zur „Dominanz verurteilt“. Daraus ergibt sich die Verantwortung für das Chaos in der Welt und das Recht, ja die Notwendigkeit sich überall ein und dann aufzumischen. „Modell Deutschland“!

Die Debatte hinkt auch daran, daß der frühere Ostblock schon immer ein blinder Fleck auf der politischen Landkarte der Linken war. Entweder wurde er als allein seligmachender Weg gepriesen (wie von der DKP), als sozialimperialistisch oder stalinistisch verteuelt (Maoisten, Trotzkisten), gar nicht beachtet (Spontis) oder als Gegengewicht zum Weltimperialismus gesehen, den dieser auf keinen Fall kriegen dürfte. Auch drei Jahre nach dem Fall der Mauer hat sich die Linke nicht groß mit dem untergehenden Sowjet-Reich und dem daraus folgenden Machtzuwachs der BRD beschäftigt. Noch immer kennt sich ein gestandener Linker besser in El Salvador, Cuba oder mit der ETA etc. aus, als mit der DDR, Polen oder der CSFR. Natürlich soll das nicht gegeneinander gestellt werden, aber immer noch würde gelten, „Klassenkampf im eigenen Land“ ist die beste internationale Solidarität. An-

Die Deutsche Frage — kein Thema mehr?

gesichts der Machtfülle der BRD kein leichtes Unterfangen — fürwahr! Das anfängliche Interesse für die Verhältnisse in der DDR und anderswo hat sich schnell verflüchtigt, als klar wurde, daß von da nicht die leisesten Impulse in Richtung Alternativen zum Modell Deutschland kommen konnten.

Fragen wie, was ist los mit der DDR, was mit der CSSR, was mit Jugoslawien, werden kaum öffentlich diskutiert. Wie wollen wir aber eine Gegenstrategie zum herrschenden Deutschlandblock entwickeln, wenn uns die Frage, wohin Deutschland geht, kaum groß berührt? Eine Analyse dazu kann sich auch nicht in erster Linie daran festmachen, ob und wie sich da Widerstandslinien entwickeln lassen.

DDR-Kolonie oder was?

Die DDR war ja kein unterentwickeltes 3. Weltland. Insofern kann man schlecht von Kolonie sprechen. Andererseits ist die Gleichschaltung mit dem politischen System der BRD so total, daß sie einer Unterwerfung, ähnlich der Besetzung Österreichs im 3. Reich, gleichzusetzen ist. Das berührt nicht die Frage, ob es denen im Osten jetzt besser geht, oder ob sie jetzt vielleicht mehr Rechte haben. Diese totale Entrechtung und Entmündigung wurde ohne Gewalt von Seiten der BRD durchgeführt — eine reife Herrschaftsleistung. Die Identität mit 40 Jahren eigener Geschichte wurde zerstört. Die soziale Ruhe wurde mit Milliardensummen sichergestellt. Der innere Konsens mit Ausländerhaß, Stasi-Hetzjagd und dem Glauben, auf Seiten der Sieger zu stehen, weitgehend erreicht. Von nennenswerten Unruhen kann leider nicht gesprochen werden.

Diese soziale Sicherstellung und totale Vergangenheitsbewältigung im Sinne der BRD macht eigentlich nur dann einen Sinn, wenn man stabile Verhältnisse drüben braucht, weil man noch Großes vorhat — nämlich die Neuordnung Osteuropas unter BRD-Führung. Dann ist auch die panische Angst zu verstehen, die in der ehemaligen DDR keinen Stein auf dem anderen stehen lassen kann. Es könnte ja vielleicht aus den Trümmern der DDR ein neuer Funke entstehen. Die Gleichschaltung ist so gnadenlos, daß selbst die letzten Statthalter (= Quislinge) durch sichere Gefolgsleute aus der Kohl-Mannschaft ersetzt werden müssen. Der Widerspruch zwischen Ideologie und tatsächlicher Unterwerfung unter die BRD Werte ist kraß: Sind es doch die früher so hochgelobten eigenen Brüder und Schwestern, die dran glauben müssen und mit der BRD Herrschaft beglückt werden. In Österreich, das sich ja jetzt auch für den teutonischen Block stark macht und den Anschluß nicht verlieren möchte, ist solche Gleichschaltung nicht (noch nicht) möglich. Die ehemalige DDR hat — immer im Vergleich zu eigener Geschichte und Identität — einen Abhängigkeitsstatus, demgegenüber die CSFR oder Polen fast als freie Staaten bezeichnet werden müssen. Und das, obwohl in der CSFR die Schlüsselindustrien wieder einmal fest in deutscher Hand sind. Blüht diesen ein ähnliches Los? Oder beläßt man sie gnädigst in gewisser Eigenständigkeit, weil es zu teuer kommt, man sich übernimmt, oder aus Rücksicht vor der Welt? Vielleicht Warten auf später? Fragen über Fragen.

Aber niemand wirft zur Zeit die deutsche Frage auf. Und das ist schon verdächtig. Berlin, Hauptstadt der DDR, 100 km von der polnischen Grenze entfernt, Drehscheibe Mitteleuropas, kann das auf die Dauer gut gehen?

Sind VW, Mercedes deutsch?

Kann es den transnationalen Konzernen egal sein, in welchem großen oder kleinen staatlichen Rahmen sie agieren? Sind sie sozusagen wertneutral und nicht nationalistisch infiziert? Wie wird aber dann die Rolle von Siemens, Mercedes, oder IG-Farben etwa im 2. Weltkrieg verständlich?

Der Staat sorgt für die seinen und das nicht schlecht. Es sind dies nicht nur Subventionen, Steuererleichterungen, Gesetze zu ihren Gunsten, sondern auch die politischen und militärischen Rahmenbedingungen. War es nur ein Wirtschaftskampf, der Phillips gegenüber Siemens den kürzeren ziehen ließ?

So wird Mercedes-Boß E. Reuter zum

Beweis angeführt, daß „die Zeiten vorbei sind ... wo es „geschäftsführende Ausschüsse des Kapitals“ gab, ein steuerndes und kontrollierendes politisches Subjekt des politischen Gesamtprozesses ... Wir sind nicht Pioniere einer nationalen oder nationalistischen Sache, sondern Unternehmer. Wenn in Ostdeutschland Gewinne zu machen sind, investieren wir. Aber nicht, um einigen Politikern Gefallen zu tun.“ Daraus wird gefolgert: „Der kapitalistische Gesamtprozeß ist in seiner dominanten Strömung schon längst international, bürgerliche Politik aber noch immer im Nationalen zuhause, mit nationalen Instrumenten operierend“ (AK 337, aus einem Gespräch zwischen Luis Rosadilla von den Tupamaros und Lutz Tauber). Also etwas vereinfacht: das Kapital ist nicht national gesinnt, aber die bürgerlichen Politiker. Demnach müßte die Fra-

wenn der Staat die nötige Drecksarbeit (sprich Bereitstellung von Infrastruktur, soziale Absicherung der zigtausend Entlassenen etc. etc.) gemacht hat? Kurzum die Rahmenbedingungen von Staats wegen müssen stimmen. Dafür werden wir schon zur Kasse gebeten — und das reichlich. Und diese Summen könnte selbst ein noch so liquider und finanzkräftiger Multi wie Siemens mit 20 Milliarden DM in der Kriegskasse nicht allein aufbringen. Und selbst wenn unsere deutschen Konzerne nicht groß investieren würden, haben sie erstmal ganz brutal den Markt abgesteckt (Absatz und Produktion), damit ja kein anderer hinkommt. Wenn VW in den nächsten 5 Jahren die gigantische Summe von 82 Mrd. DM investieren will, dann sicher auch, um Skoda für den ganzen Ostmarkt fit zu machen. Wäre wirtschaftliche und finanzielle Stärke das Kriterium für die Ostexpansion, die Japaner hätten doch das Rennen machen müssen. Oder? Da dem so nicht ist, muß der nationalen Frage trotz treuherziger anderslautender Unschuldsbeteuerungen unserer deutschen Multis und „linker“ Schreiber die nötige Beachtung gezollt werden.



Foto: af/mz

ge territorialer Zugewinne auch und vor allem zum Nutz und Frommen von Mercedes und Co. ... längst vom Tisch sein. Genau das Gegenteil findet statt.

Es ist doch klar, daß ohne den politischen Zusammenbruch des Ostens und ohne die Macht der BRD Siemens, Mercedes oder VW trotz schärfster Konkurrenz von Renault-Volvo und ABB (Asean-BBC) nicht die Schlüsselindustrien in der CSFR hätte aufkaufen können. Das ist in erster Linie politisch entschieden worden. Und kann sich die CSFR überhaupt erlauben, ihren großen Nachbarn zu brüskieren und ein solches Angebot auszuschilagen?

Der Staat macht den Weg frei

Wenn sich die Multis in erster Linie international betätigen und sich als supranationale Manager keinem bestimmten Land gegenüber verpflichtet fühlen (Harvardmanager 4/91 aus AK 337), warum hat man es nicht bei der Zweistaatlichkeit der DDR belassen? Das wäre auf jeden Fall billiger geworden. Herr Herhausen-selig hat als Chef der Deutschen Bank und als direkter Berater von Kohl auf einen schnellen Anschluß der DDR gesetzt. Wenn es nicht um nationale Belange ginge, warum hat man da trotz der großen Sprüche vom freien Markt diesen — wie in der DDR und der CSFR geschehen — höchst exklusiv unter sich verteilt? Die Mercedes und Co. haben da weder die Japaner noch die Franzosen rangelassen, obwohl diese gern gewollt hätten. Und wer sagt denn, daß Mercedes nicht investieren wird,

dran. Warum wagt niemand der Großen, Sanktionen, Importstops gegen deutsche Waren überhaupt ins Auge zu fassen? Das würde doch dem Weltexportmeister ganz schön was vor den Latz knallen. Hat man dergleichen schon gehört? Nein, tote Hose. Ist also Deutschland schon wieder so groß und mächtig, daß sich niemand der Großen was zu sagen, geschweige denn was zu tun traut? Appeasement 1992 und nichts dazugelernt! Die Anerkennung des Baltikums, wie jetzt von Slovenien und Kroatien, ist gegen den Willen von EG und USA vom teutonischen Block BRD und Österreich-(Ungarn?) vollstreckt worden. Sie hat keinen Frieden gebracht. Warum auch? Dann kann ja die Bundeswehr nicht — als UNO-Blauhelme verkleidet — Frieden stiften. War das Ganze nicht auch ein Versuchsballon, wie weit wir gehen können, wenn die anderen nicht wollen. Wann ist deren Schmerzgrenze erreicht? Wie lange ziehen sie noch zähneknirschend nach, beugen sich dem Machtkartell?

Plumpe Machthuberei

Und nochmal. Was macht diese plumpe Machthuberei gegen den Rest der Welt für einen Sinn, wenn nicht, klar vor aller Welt den Anspruch auf den Osten lautstark zu bekräftigen? Das lassen wir uns von niemandem streitig machen. So oder ähnlich die Botschaft an die Welt. Und daraus die unüberhörbare Warnung: Störe meine Kreise nicht! 40 Jahre nach Kriegsende werden wir in den ehemals besetzten Gebieten als Retter in der Not (gegen die bösen Serben), als Befreier abgefeiert. Wir sind doch keine Besetzer, sondern Friedensstifter und DM-Bringer. Warum nicht ebenso in der Slowakei, die als nächstes geschlachtet wird. Polen steht ja auch noch auf der Tages- und Raumordnung. Und Königsmberg und und und ... Deutschland in den Grenzen von 1937 ...

Alles übertrieben?

... Schnee von gestern! Die Parolen der unverbesslichen, ewig Gestrigen!

Die Argumente von links bis liberal gegen die Möglichkeit einer solch unverschämten Wiederholung der Geschichte gibts en masse. Die inter- und transnational agierenden Multis, die jede territoriale Eroberung überflüssig machen würden, die Einbindung in die EG, die Westorientierung der BRD-Konzerne, ihre strategische Allianz mit IBM oder Mitsubishi, das totale Chaos da drüben, die geringe Kaufkraft etc. etc. Da ist überall was Wahres dran. Aber, das sind alles keine hinreichenden Gründe, jemanden davon abzuhalten, den Griff zur Weltherrschaft sein zu lassen, wenn er das unbedingt vorhat. Und waren die Verhältnisse im Baltikum oder in Polen vor dem 1. und 2. Weltkrieg wesentlich anders als heute? Haben sie Deutschland ernsthaft daran gehindert, nicht in den Krieg zu ziehen und diese bettelarmen Länder des Ostens zu erobern?? Es ist nicht etwa die Frage: „Warum sollte Deutschland zur Weltherrschaft greifen?“, sondern vielmehr: „Warum sollte Deutschland es nicht tun? Wer kann es daran und wie hindern?“ Ist es denn total ausgeschlossen, daß Rußland mit Deutschland und Österreich eine Neuauflage des berüchtigten Dreierbunds, der „Heiligen Allianz“ ins Auge faßt? Eine Schreckensvision: Rußland in der NATO, Deutschland der starke europäische Pfeiler in der NATO und die herumvagabundierenden Atomwaffen unter der Kontrolle von Herrn Obergeneral Wörner. Auf jeden Fall hat es US-Verteidigungsminister Cheney auf seiner Blitz- und Geheimreise ins CSU-Hauptquartier nach Kreuth sehr eilig gehabt mit der Bekräftigung: US-Truppen bleiben weiter in Grafenwöhr stationiert. Aus der Traum der grünen Friedensfreunde von unbegrenzter deutscher Souveränität! Und sicher gilt die Angst vor dem Verbleib der russischen Atomwaffen nicht nur den Saddams und Kaddhafis dieser Erde?

Ich hör schon massive Kritik an diesem Artikel. Er parallelisiert zu sehr die Geschichte (Wiederholung des 3. Reichs), er spricht nur von denen da oben, Widersprüche, wenn überhaupt, sind innerimperialistisch festgemacht. Die Völker, wir als handelnde Subjekte kommen überhaupt nicht vor, auch nicht als Opfer. Das ist alles richtig. Und es ist genau unsere Aufgabe, bis zum WWG und darüber hinaus in die Debatte zu steigen, Widerstandslinien aufzubauen und zu versuchen, mit internationaler Solidarität den Lauf der Geschichte in diese Richtung aufzuhalten und zu verhindern. Eine große Aufgabe! Rein in die Vollen! — (wih)

Der Alleingang Deutschlands

Wer glaubt und geglaubt hat, Deutschland würde nach der Einheit Ruhe geben, Maß halten, der irrt gewaltig. Es ist ja mitnichten so, daß man den zerfallenden Ostraum sich selbst oder den anderen (Rest-EG) selbstlos überlassen würde. Hat nicht z. B. die BRD mit der zugesicherten Anerkennung auf Lostrennung Sloweniens das Feuer des Kriegs geschürt und Serbien zum Eingreifen provoziert? (dazu ausführlich hr aus dem letzten AK 338) War nicht die EG nahezu geschlossen mit der USA gegen eine Anerkennung, nicht zuletzt aus der Furcht vor einem weiteren Machtzuwachs des teutonischen Blocks? Die BRD hätte doch die Sache cooler angehen können und nicht die bösen Geister eines 3. Reichs heraufbeschwören müssen. Warum so eilig, so ungestüm? Niemand nimmt dir ja was weg, wär man versucht auszurufen. Daher die warnenden Stimmen in der bürgerlichen Presse, es nicht — oder noch nicht — zu weit zu treiben.

Appeasement '92?

Wer will denn im Ernst der BRD die historisch angestammten Gebiete der k. u. k. Monarchie, des Baltikums groß streitig machen? Die „balance of power“ des old Great Britain, die unentwegten Demarchen der „grande nation“, die zügellosen Deutschen in die EG und damit in den Westen einzubinden, haben erstmal nicht viel gebracht. Die USA vielleicht? Die ist kotzüber

Macht Österreich gegen Nazis mobil? Forcierte Strafverfolgung von Nazis

Ende Februar erregte auch in einigen deutschen Medien die Verabschiedung eines österreichischen Gesetzes Aufsehen, das die Konsequenzen aus einer Kette von Ereignissen zieht, die der Alpenrepublik auch international negative Schlagzeilen eingebracht hatte. Die Liste der Skandale, die die große Koalition in Wien letztlich zu diesem Schritt gezwungen hat, ist lang: Angefangen von der Wahl des an partieller Amnesie zu leidenden Waldheims zum Bundespräsidenten über den steilen Aufstieg von Haider, der jeden internationalen Vergleich aushält, wenn es um erfolgreiche rassistisch-rechtspopulistische Politik geht, bis hin zu der zufälligen Aufdeckung einer bewaffneten, neonazistischen Wehrsportgruppe, die den gewaltsamen Umsturz plante.

Nach dem Willen der Mehrheit der Parlamentarier soll ein bis zehn Jahre hinter Gitter, ... wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder einem anderen Medium oder sonst öffentlich in einer vielen Menschen zugänglichen Weise den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, grüßlichst verharmlost, guthält oder zu rechtfertigen sucht. „Mit zehn bis zwanzig Jahren oder lebenslanglich wird bestraft, wer versucht, nationalsozialistische Organisationen aufrechtzuerhalten oder wiederzuerichten, bzw. wer zu

von den „zwei- bis dreihundert nicht ernstzunehmenden Verrückten“ ebenso leicht, wie er seine bekannten Äußerungen über die „vorbildliche Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich wieder zurücknahm, „wenn das für Sie eine Beruhigung ist.“

Umgekehrt ist das natürlich anders. Das Kampfblatt der österreichischen Faschisten „Halt“, und dessen Herausgeber Gerd Honsik feierten den Wiener Wahlsieg der FPÖ Haider, als wär's der eigene: „Obwohl seine Wahlplakate von wütenden Gegnern mit Hakenkreuzen verunstaltet wurden“, habe es seit 1945 „einen solchen Erdrutschsieg nicht gegeben. Grundlage des Erfolges war der von Haider klar geforderte Einwanderungsstopp, wobei er Wortwahl und Zielsetzung von unserer rechtswidrig verbotenen „Liste Nein zur Ausländerflut“ fast wortgetreu übernahm.“ Aber zu Honsiks Leidwesen hat es diesmal noch nicht ganz gereicht: „Da der Freimaurer und Einbürgerungsmeister Zilk (Wiener Bürgermeister, SPÖ; d. Verf.) eine knappe Mehrheit behält, wird das Verbrechen des Völkermordes durch Einwanderung wohl fortgesetzt werden.“ Wie im „Altreich“ ist der Rassismus, der militante Fremdenhaß und die Deutschtümelei auch in Österreich ein wesentliches Bindeglied zwischen Alt- und Neonazis und der „Neuen Rechten“.

Regierung geht gegen Erstarken der Nazis vor

Es sind offensichtlich zwei weitere Phänomene, die das rasche Handeln in den Augen der Regierung und einflussreicher Kreise der Justiz erforderlich machten. Zum einen ist spätestens seit dem Untergang der DDR ein verstärktes Auftreten der militanten österreichischen Neonazis in Deutschland und in internationalen Medien zu beobachten und zum anderen nahm in den letzten Jahren die Propagierung des „Revisionismus“ ein Ausmaß an, das nicht länger ignoriert werden konnte. Insbesondere die Leugnung der Existenz der Gaskammern in den KZs ist ein Steckbrief dieser Protagonisten. Auch hier gab es einen Fall, der international Beachtung fand und der auch für die Bundesrepublik von Bedeutung ist: Der Prozeß um den „Siege“-Herausgeber Ochsensberger vom Dezember vergangenen Jahres. Die Anklage lautete auf Verstoß gegen das Wiederbetätigungsverbot in 38 Fällen. Der Staatsanwalt warf ihm antisemitische Hetze vor und forderte: „Die einseitige Verherrlichung des Deutschtums bei gleichzeitiger Abwertung fremder Rassen darf nicht ungestraft bleiben.“ In 22 von 37 Anklagepunkten wurde Ochsensberger jedoch freigesprochen, die 15 übriggeliebenen reichten immer noch für eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren aus.

„Halt“ ein „Mauthausen-Gas-Betrugs-Rätsel-Poster ... nach dem Mauthausen Gutachten des vorzeitig pensionierten Religionslehrers Ing. Emil Lachout“ an. Gezielt wenden sich die Geschichts-„Revisionisten“ an ein jugendliches Publikum und nutzen das allgemeine Informationsdefizit. So findet sich im oben erwähnten Blatt „Gäck“ dieses: „Wie die meisten Schüler, habe auch ich das KZ Mauthausen gesehen und es steht ja groß zu lesen, wo vergast wurde. Mein Gegenüber, eine Chemie-Studentin ratet mir, das nächste Mal mit meinem Chemie-Lehrer das KZ zu besuchen, da schon Grundkenntnisse über das Zyklon B ausreichen würden, um die Unmöglichkeit von Vergasungen in den gezeigten Räumlichkeiten zu erkennen. Sie meint, dies sei technisch und chemisch bereits längst erwiesen und drückt mir ein Schriftstück namens „Leuchter-Bericht“ in die Hand.“

Aber die Zeiten, wo man Solches in jedem Falle vom Staat unbeachtet und unbehelligt unter die Leute bringen konnte, sind seit einigen Monaten vorbei. So hatten die Nazis im Oktober in Graz Stunk gemacht, weil einer der ihren inhaftiert wurde, als er Flugblätter verteilte, in denen die Gaskammern als miserable Attrappen bezeichnet wurden. Ein Kärntner Lehrer, der bei diesem Krawall gegen Polizisten tödlich geworden sein soll, wurde vom Dienst suspendiert.

Organisieren konnte diese Demonstration („Solche Aktionen erlebt's jetzt jede Woche!“) noch einer, den man hier nicht erst vorstellen muß: Gottfried Küssel. Am Verhalten der österreichischen Justizbehörden zu diesem Gottfried Küssel ist die Veränderung im politischen Klima am deutlichsten abzulesen. Noch im November 1991 wurde Küssel zu lächerlichen 17 Tagen Haft auf Bewährung verurteilt, weil er nachweislich an einem (allerdings mißglückten) Brandanschlag auf ein Wiener Jugendzentrum beteiligt gewesen war, obwohl er schon einmal eine Bewährungsstrafe von einem Jahr erhalten hatte. Nach eigenen Angaben waren zu diesem Zeitpunkt gegen ihn 37 Verfahren nach dem Wiederbetätigungsparagrafen des Verbotsgesetzes anhängig. Verhaftet wurde Küssel endlich, als er Interviews im deutschen Privat-Sender „Tele 5“ und im amerikanischen Fernsehen „ABC“ gab, in denen er die Zulassung der NSDAP als Wahlpartei forderte, ausdrücklich Hitlers Ideologie würdigte und „natürlich“ die organisierte Massenvernichtung von Menschen in den KZs der Nazis leugnete.

Dann ging es in Österreich Schlag auf Schlag.

Am 16. Januar wurde im oberösterreichischen Traunkirchen eine Asylunterkunft angegriffen, wobei zum Glück niemand verletzt wurde und relativ geringer Sachschaden entstand; eine Aktion, die in der Bundesrepublik kaum noch Beachtung finden würde. Hier griff die Polizei hart durch. Die vier Täter, Mitglieder von Küssels VAPO, wurden rasch ausgeforscht und in Untersuchungshaft genommen, ihr Anführer war der wegen Körperverletzung verurteilte Alexander Forsterpointner (23); bei Hausdurchsuchungen konnten Bajo-

nette, Stahlhelme und Propagandamaterial sichergestellt werden.

„Wehrsportgruppe Trenck“ von der Polizei zerschlagen

Eine weitere aufsehenerregende Affaire war die Zerschlagung der sogenannten „Wehrsportgruppe Trenck“ durch die Wiener Staatspolizei Mitte Januar. Hakenkreuzfahnen, 23 teilweise auch scharfe Schußwaffen, 2 Rohrbomben und haufenweise Material, das unter anderem von Ernst Zündel, Garry Laucks NSDAP/AO und Gerd Honsik stammt, wurden beschlagnahmt. Die ca. 20 Mann starke Gruppe von 16- bis 30-jährigen hatte Verbindung zu Küssel, in die USA, nach Kanada und, was besondere Aufmerksamkeit erregte, zu den ungarischen Neofaschisten. Nach Polizeiangaben gab es handfeste Pläne zum Sturz der Regierung und Attentatspläne gegen verschiedene Minister, aber auch gegen Waldheim. Der Anführer Hermann Ussner (49) ist ein alter Bekannter der Szene, er führte schon früher Schießübungen im Keller der rechtsextremen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ in Wien durch.

Ende Januar wurde auch Hans-Jörg Schimanek (29) inhaftiert, Chef des mittlerweile aus Presse und Fernsehen bekannten Wehrsportgeländes im niederösterreichischen Langenlois, das auch von Kameraden aus dem „Altreich“ genutzt wurde. Was sich bei der „Kameradschaft Niederösterreich“ abgespielt, war seit langem ein offenes Geheimnis, hier wurde für den Ernstfall geübt, für die Jagd auf Linke und „Tschuschen“.

(österreichisches Schimpfwort für Menschen aus Ost- und Südosteuropa), in der Wiener Zeitschrift „Basta“ konnte man schon im Herbst 1990 einen ausführlichen Bericht darüber lesen. An diesem Fall wird deutlich, daß Öffentlichkeit eine wichtige Rolle beim Kampf gegen die Neonazis spielt. Natürlich waren die zuständigen Behörden informiert, aber erst als die publicity-geilen Braunen ihre Spielchen vor ausländischen Kameras vorführten, wurde es offensichtlich zu peinlich.

Man hat es in Österreich nicht gerne, wenn man im Ausland schlecht über einen redet, speziell in der EG, wo man gerne dazu gehören will — und daß das „Mozart-Jahr“ 1991 bei den Landtagswahlen unversehens zum „Haider-Jahr“ geriet, hat das rotweißbrote Image international doch deutlich beschädigt. Das soll die Verdienste der antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen Rechts außen nicht schmälern, wobei besondere Erwähnung das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ verdient. Einen wichtigen Beitrag zum Umdenken leistete auch ein Teil der österreichischen Medien, die anfangen, umfangreich und detailliert über die Nazi-Szene zu berichten und aufzuklären, ohne Furcht, man könnte diese Typen damit vielleicht aufwerten.

Im vergangenen Jahr kam die Diskussion über die „kommunistischen Insignien“ Hammer und Sichel in den Klauen des österreichischen Wappentiers wieder auf; manche meinen, man könne darauf verzichten. 1945 hatte man dem Adler auch noch gesprengte Fesseln hinzugefügt, Symbol für die Befreiung vom Faschismus, Zeichen für den antifaschistischen Konsens als Basis für die 2. Republik. Es scheint, daß es hoch an der Zeit war, sich auch daran zu erinnern.

— (wf; dokumentiert aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 6/92)



Verkündung des österreichischen Staatsvertrages 1956.

diesem Zweck Geld oder Waffen beschafft“. Braune Biertisch-Politiker kommen ungeschoren davon, das hat die grüne Opposition zurecht bemängelt, doch im Prinzip wurde die Neufassung des sogenannten „Verbotsgesetzes“ vom 8. Mai 1945 einhellig begrüßt — ausgenommen von Haider's FPÖ natürlich.

Haider für Aufhebung des Staatsvertrages

Waldheims Amtszeit geht in diesem Jahr zu Ende, er kandidiert nicht mehr — dieses Kapitel kann zu den Akten gelegt werden. Aber Jörg Haider ist jung und hat noch viel vor, er denkt nicht daran, sich zurückzuziehen. So forderte er kürzlich in der „Deutschen Rundschau“ die Außerkraftsetzung des österreichischen Staatsvertrages (1955 mit den vier Großmächten geschlossen) und stellt damit existenzielle Grundlagen der Republik wie das Anschluß-Verbot und die Verpflichtung zum Minderheitenschutz in Frage. Ebenso hält seine rassistische Hetze und die seiner Partei unvermindert an. Der Chef des „Freiheitlichen Bildungswerkes“ und Mitglied des österreichischen Bundesrates Andreas Mölzer (einst Redakteur des rechtsextremen Blattes „Aula“), tat sich z.B. unlängst mit der Feststellung hervor, durch die Zuwanderung aus dem Osten drohe eine „Umvölkerung“ (sic!), bei der das deutsche Volkstum verloren ginge. Aber selbstverständlich hat Haider nichts mit den Neonazis zu tun, er distanziert sich

Faschistische Umtriebe unter Jugendlichen

Aus den vielfältigen Beispielen, wie in Österreich rassistische Propaganda betrieben wird, noch eine Kostprobe aus der einschlägigen Schülerzeitung „Gäck“, die in Kärnten, der Hochburg Haider's erscheint. Neben einem Comic, der dem Leser klar macht, daß die weiße Entwicklungshilfe nur den Kannibalismus der Neger fördert, finden wir folgende Top Ten auf der „Seite für den Gastarbeiter“: „1. Kü-Mel-Türk, Last Train to Istanbul, 2. Kesim Osman, Der Knoblauch-Funk (Herschele Ostropoler), 3. Bimbo Boys, Gebt den Affen Zucker ... 6. Sinti Quartett, Wir kommen arm und gehen reich ... 8. Die glorreichen Habbis, Kann denn Schälkel Sünde sein ... 10. Die originalen fidele Athiopier, Schön ist es auf der Welt zu sein“. Kein Klischee wird ausgelassen. Hier muß nun leider klargestellt werden, daß das neue Gesetz sich mit dieser Art von Rassismus überhaupt nicht beschäftigt. (Das wäre denn auch sehr erstaunlich, sind doch bei der österreichischen Bundesregierung durchaus nicht unbekannte Züge einer Wagenburgmentalität zu beobachten. Hier sollte der Hinweis auf den Einsatz des Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn zur „Abwehr“ rumänischer Flüchtlinge genügen.) Nach dem österreichischen Strafrecht greift hier der „Verhetzungs-Paragraf“, der aber in den letzten Jahren nur selten zur Anwendung kam.

Den Anklagepunkt „Leugnung der Gaskammern“ hatte die Staatsanwaltschaft fallen gelassen, obwohl es in Österreich ein höchst richterliches Urteil gibt, in welchem die Existenz von Gaskammern und die Tötung von Menschen darin als erwiesen angesehen wird — aber der Abgeklagte war wegen den selben Delikten schon dreimal freigesprochen worden. Nach dem letzten Freispruch im April 1989 hatte er triumphiert: „Nun kann in Österreich niemand mehr verurteilt werden, der die Existenz von Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern öffentlich bezweifelt.“

In der Folge tauchten solche Stories praktisch in jeder Nummer aller Publikationsorgane entsprechender Couleur auf. Eine besondere Rolle spielt dabei das sogenannte „Lachout-Dokument“, die Fälschung eines wahrscheinlich paranoiden Hochstaplers, längst entlarvt, aber immer noch wirksam. Danach hätte ein „militär-polizeilicher Dienst“ (eine solche Institution hat es nie gegeben) 1948 festgestellt, daß in den KZs Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg, Groß-Rosen, Mauthausen, Natzweiler, Neuengamme, Niederhagen, Ravensbrück, Sachsenhausen, Stutthof und Theresienstadt keine Menschen in Gaskammern umgebracht worden wären.

Gegen Geschichtsfälschung und „Revisionismus“

Gerd Honsik bietet denn auch den „lieben Schülerinnen und Schülern“ in sei-



Antifaschistische Kundgebung im März 1947 in Kärnten. Holzschnitt aus: Jelka, aus dem Leben einer Kärntner Partisanin.

Am 12. Februar hat der Landeswahlausschuss einstimmig allen Parteien die Kandidatur ermöglicht. Der Vertreter der PDS stimmte auch der Kandidatur der „Republikaner“ und der „Nationalistischen Front“ (NF) zu. Dies hat in unterschiedlichen linken Kreisen zu teilweise heftigen Protesten geführt. Eine Stellungnahme des PDS-Vertreters im Landeswahlausschuss ist uns bislang nicht bekannt. Seine Zustimmung wird aber nicht zustande gekommen sein, weil er wohlwollend gegenüber faschistischen Kandidaturen und Parteien eingestellt ist. Der PDS-Landesvorstand „distanziert“ sich in einer Erklärung vom 20. 2. 92 „von der Zulassung faschistischer Parteien . . . , die zu unserem Entsetzen auch mit der Stimme des Vertreters der PDS im Landeswahlausschuss Berlin beschlossen wurde“.

Die Auseinandersetzung in diesen Wahlzulassungsgremien ist alt. Die bürgerlichen Vertreter beziehen sich darauf, daß diese Ausschüsse nur die formellen Voraussetzungen zu prüfen hätten. Demgegenüber steht der Standpunkt, daß gegenüber faschistischer Politik auf allen Ebenen eine gesellschaftliche Achtung erfolgen muß. Denn es ist unerträglich, wenn sie ihre Hetze durch ihre Wahlzulassung auch noch über die öffentlichen Medien verbreiten können — hier sei an den Rep-Fernsehsport 1989 in Berlin erinnert — oder dadurch Rückgriff auf Melderegister erhalten und wie die DVU Massenhauseinsendungen verschicken können. Organisationen wie die NF stehen in der Kontinuität derer, die für den Tod und das Elend von zig Millionen Menschen verantwortlich sind. Der NF-Generalsekretär Schönborn schreibt zum Beispiel unter der Überschrift „Die Waffen-SS“: „Der Soldat der SS ist der bisherige Höhepunkt in unserer deutschen Geschichte. Allen Schmähungen, Verleumdungen und Lügen zum Trotz — er war der beste Soldat der Welt!“ (BZ, 27. 2. 92).

Die NF zählt mit zu den Organisatoren der rassistischen Übergriffe und Morde. Am 6. April letzten Jahres fand im hessi-

Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Berlin: Faschisten dürfen kandidieren

schen Niederaula ein Bundestreffen der NF mit ca. 300 „Aktivisten“ statt, auf dem der Nazi-Staranwalt Rieger ausführte: „Wir müssen den Ausländern den Aufenthalt so unangenehm wie möglich machen.“ Wie dies zu geschehen habe, führte er auch aus, z. B. durch Brandanschläge auf Flüchtlingsheime (Antifaschistische Nachrichten, Nr. 10/91). Zur Zeit baut die NF eine spezielle Terrororganisation auf. Dieses „Nationale Einsatzkommando“ soll dazu dienen, den „Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können“ (AN, Nr. 2/92).

Allein aus diesem Grund und den Erfahrungen des letzten Jahres und des bis heute noch fortgeführten rassistischen Terrors ist eine Zustimmung der Wahlzulassung für die NF oder die Rechtfertigung dieser eine Mißachtung der Opfer dieser faschistischen Organisationen.

Die Fürsprechung für die Wahlzulassung von Faschisten ist dementsprechend. Der dafür schon wohlbekannte Taz-Redakteur Nowakowski kommentiert im Berlin-Teil vom 25. 2. 92: „Einen Gesinnungs-TUV — in der einen oder anderen Richtung — darf es nicht geben.“ Deswegen nehmen wir die Propaganda der Faschisten hin, wie sie beispielsweise mit dem sogenannten Leuchter-Gutachten betrieben wird, das pseudowissenschaftlich behauptet, die Massenvergasung gerade von jüdischen Menschen hätte nie stattgefunden. Besonders interessant ist seine Aussage, weil er staatliche Politik zum Neutrum erklärt — „in der einen oder anderen Richtung“. So kann uneingeschränkt festgestellt werden, daß faschistische Politik eine immer ausufernde staatliche Akzeptanz und politische Förderung er-

fährt. So sind die Tätigkeiten der Kühn-Organisation „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA), die 1983 vom Innenminister Zimmermann verboten wurde, im Gesamtumfang lächerlich zu dem, was die Faschisten mit ihren ausgebauten Strukturen und ihrer größeren Anhängererschaft gerade im letzten Jahr und auch zukünftig veranstalten können. Dabei ging es Zimmermann nicht um die Zerschlagung dieser Organisation, denn die Mitglieder der ANS/NA konnten ihre Reorganisation in der bis zu diesem Zeitpunkt relativ bedeutungslosen

„Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP) betreiben. So soll noch angemerkt werden, daß dem Verfassungsschutz der Aufbau der NF-Einsatzkommandos „durchaus bekannt“ ist und diese als „nicht ungefährlich“ eingestuft werden, aber man werde, wie gehabt, nichts unternehmen (BZ, 27. 2. 92).

Des weiteren wiederholt Nowakowski in der taz die gleichen Begründungen, wie sie seinerzeit bei der Auseinandersetzung um die Wahlzulassung der Reps vorgebracht wurden: „Eine rot-grüne Koalition hat es nur geben können, weil die ‚Republikaner‘ zur Wahl antreten

durften und der CDU die entscheidenden Stimmen wegnahmen.“ Den Gruppen, die im „Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus“ die Anti-Rep Kampagne organisiert hatten, wurde entweder gerade aus Taz-Kreisen vorgehalten, durch ihre Aktionen die Reps erst richtig bekannt gemacht zu haben, oder man kalkulierte wie Nowakowski in Kenntnis der Prozentrechnung die Reps als Mehrheitsbeschaffer für rotgrüne Koalitionen ein. Wie solche Rechnungen mittelfristig aufgehen können, zeigte sich in Bremen oder in Österreich und Frankreich. — (hga)



Polizeiübergriffe bei der Demonstration gegen Rassismus am 3. 10. 91

Am 24. Mai finden in den Berliner Bezirken Wahlen statt. Die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sind weitgehend rechtlos gegenüber dem Senat. Es sind keine echten Parlamente, sondern lediglich Verwaltungseinheiten. Sie sind nahezu ohne Kompetenzen, und ihre finanzielle Verfügungshoheit ist geradezu lächerlich. Dennoch sind die Wirkungsmöglichkeiten der Bezirksstadträte nicht zu unterschätzen, bedenkt man, daß in einigen Berliner Bezirken 300 000 Menschen leben. Die Bezirksstadtratsfunktionen werden entsprechend den von den Parteien erzielten Mandaten verteilt. Es gibt also keine Regierung oder Opposition auf Ebene der Bezirke. Dies hat in der Vergangenheit auch kleineren Parteien ermöglicht, Stadtratsfunktionen wahrzunehmen. Interessant werden die Wahlen vor allem hinsichtlich der erwarteten Stimmergebnisse in den Ostberliner Bezirken und der damit verbundenen Aufteilung der Stadtratsfunktionen. Wenn die PDS auch nur einigermaßen an ihren letzten Wahlergebnissen anknüpfen kann, werden die Bezirksverordnetenversammlungen alles andere als „sozialistenfrei“. Dies wurmt die Große Koalition des Berliner Senats außerordentlich. Hauptstadt, Regierungssitz und Olympiastadt scheint schlechterdings unerreichbar mit einer Schar von PDS-Stadträten. Um das „Schlimmste“ im Sinne der CDU/SPD-Koalition zu verhüten, hat der Berliner Senat flugs per Gesetz dafür gesorgt, daß in Zukunft der Bezirksbürgermeister nicht mehr von der stärksten Fraktion gestellt wird, sondern per Abstimmung von der Mehrheit der Bezirksverordneten gewählt sein muß. Es hätte sonst durchaus für die PDS die Chance bestanden, nicht nur Stadträte, sondern auch Bezirksbürgermeister zu stellen.

Zur Situation der PDS

In der Berliner PDS sind über 30 000 Mitglieder organisiert, davon ca. 400 in Westberlin. Trotz der hohen Gesamtmitgliederzahl sind die Probleme immens. Die seit einigen Wochen innerhalb der Partei geführte Auseinandersetzung über den Stellenwert von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit hat eher von wichtigen Fragen abgelenkt als neue Erkenntnisse gebracht. Ausdruck davon ist das Rahmenprogramm für die Bezirksverordnetenwahlen. Unter dem Titel „Die offene Li-

PDS-Rahmenprogramm „mit Mut zum Träumen“, aber wenig Kritik

ste für die offene Stadt“ beginnt es folgendermaßen:

„Wir wollen, daß Berlin offen ist.“

— Offen für mehr Demokratie, für eine tatsächliche Mitentscheidung der Menschen in allen Angelegenheiten, für die kompromißlose Durchsetzung der Menschen- und BürgerInnenrechte — und das dies für alle gilt.

— Offen für eine Politik im BürgerInneninteresse, eine Politik für die BürgerInnen und vor allem mit ihnen.

— Offen für die Sicherung der sozialen Grundrechte und vor allem für das einklagbare Recht auf Arbeit.

— Offen für den menschen- und naturfreundlichen Umbau unserer Stadt, für eine solidarische Lebensweise gegenüber der jetzigen und den kommenden Generationen.

— Offen für ein friedliches, gewaltfreies und kreatives Neben- und Miteinander unterschiedlicher Lebensformen und Kulturen, gegen Neofaschismus und Rassismus.

— Offen für Menschen, die in Not sind oder vor Verfolgung zu uns flüchten.

— Offen für die weltweite Begegnung — daß von einem entmilitarisierten Berlin Impulse für das friedliche und gleichberechtigte Miteinander von Ost und West, von Nord und Süd ausgehen.

Das verlangt eine grundsätzliche politische Wende in dieser Stadt — eine Wende sowohl in den Zielen der Politik als auch in der Art und Weise, wie Politik gemacht wird.“ (1)

Dieser nahezu paradiesischen Beschreibung einer offenen, durch und durch humanen Gesellschaft folgt nun nicht etwa die Beschreibung der Realität und Begründung der Notwendigkeit einer sozialistischen Opposition. Das folgende Rahmenprogramm verläßt vielmehr den Rahmen der Einleitung nicht. Es bleibt, fast möchte man sagen, schöngeistig und verklärt, fern von der Wirklichkeit. Das Ganze wirkt wie ein einziges großes Versprechen einer übermächtigen Staatspartei. Es ist durchweg kein Programm für wirkungsvolle Oppositionsarbeit.

Auch 30 000 Mitglieder machen eben noch keine „große Regierungspartei.“

Können die Mitglieder der PDS in Berlin dies nicht erkennen? Ist die Realität nach dem 3. Oktober 1990 bis heute noch nicht Realität genug? „Wer nicht den Mut hat zum Träumen, der hat auch keinen Mut zum Kämpfen“, lautet (wie passend) die Überschrift eines jüngst erschienenen PDS-Flugblattes. Es klingt boshaft, und doch ist es so. Die Arbeiterbewegung hat mit sozialistischen Träumen Erfahrungen genug sammeln können. Woran es mangelt, ist nicht die Fähigkeit zum Träumen, sondern die Fähigkeit zur Kritik, und zwar der wirklichen Verhältnisse. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Die Bezirksorganisationen der PDS sind der Wirklichkeit näher als der Parteivorstand. In beiden Teilen der Stadt bemühen sie sich um Verbindung mit anderen Widerstandskräften und Entfaltung der Kritik vor Ort als Voraussetzung glaubwürdigen politischen Widerstandes.

Doch nochmal zurück zum Rahmenprogramm. Zitieren wir Peter Zotl aus einer Schrift des Berliner Landesvorstands über die Schwerpunktsetzung:

„Wir schlagen vor, die Idee von der offenen Stadt Berlin zum zentralen Orientierungspunkt unseres Wahlkampfes zu machen. Dabei entsprechen wir der globalen Problem- und Analyse, zu der wir uns als PDS bereits mehrfach entschieden haben und die auch im Referat von André Brie eine entscheidende Rolle spielte. Wir wollen keine lediglich ‚sanftere‘ Politik (so der Wahlslogan der Berliner SPD, die auf eine ‚sanftere Metropole‘ setzen, was in der Ausdeutung lediglich eine ‚sanftere Gangart‘ des Kapitalismus bedeutet). Wir wollen eine grundlegende Wende in der bisherigen Politik, und das zielt auf eine radikalere Änderung in der bisherigen Produktions- und Konsumtions-, ja, der gesamten Lebensweise. Solange unser gesellschaftlicher Lebensstandard vor allem auf der gnadenlosen Ausbeutung der 3. Welt basiert, solange kann es keine politische und keine moralische Alternation (Wechsel zwischen zwei Möglichkeiten — Red.) zu der Forderung geben, unsere Grenzen und eben unsere Stadt für alle Menschen, die wegen ihrer Not und/oder politischer Ver-

folgung zu uns fliehen, zu öffnen.“ (2)

Wenn dies als Plädoyer für den Kampf für das Recht auf politisches Asyl gelten soll, kann dem gefolgt werden. Nur dazu ist es zu wenig präzise und leider wieder zu fern von der Wirklichkeit. Die Forderung nach der offenen Stadt mit offenen Grenzen zu proklamieren, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die Kapitalisten seit Jahren Arbeitskräfte, vor allem aus Osteuropa, anwerben, um sie hier einer gnadenlosen Ausbeutung unter den tariflichen Mindestbedingungen zu unterwerfen, ist unbegreiflich. Gerade in Berlin ist nicht zu übersehen, daß die Kapitalisten seit Jahren offene Grenzen im Sinne der unbeschränkten Verfügungsgewalt über Arbeitskräfte aus dem gesamten europäischen, insbesondere osteuropäischen Kontinent erstreben. Die Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt

sind in Berlin eigentlich nicht zu übersehen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, die Forderung nach Schließung der Grenzen ist nicht die Alternative. Doch auch die Mitglieder des Landesvorstandes der PDS müssen ihnen schon begegnet sein, jenen eilfertigen „Ausländerfreunden“, die stetig von Ausländerfreundlichkeit daherreden, ein hohes Gehalt oder Pension beziehen und es völlig normal und in Ordnung finden, bei sich zu Hause eine polnische Putzfrau für 3,— DM die Stunde zu beschäftigen. Von solcher Heuchelei sollte auch der PDS-Landesvorstand sich abgrenzen.

Verbot entwürdigender ungeschützter Beschäftigungsbedingungen, gesetzlicher Mindestlohn ohne Ausnahmen, Gleichheit der Menschen! Weniger Träume — mehr Kritik!

Quellenhinweise: (1) Die offene Liste für die offene Stadt, Rahmenorientierungen der Berliner PDS für die kommunalen Wahlprogramme; (2) Dr. sc. Zotl, Begründung des Entwurfs der Rahmenaussagen; Texte zur Strategie und Politik der Berliner PDS, Januar 1992. — (brr)

Kommentiert

Quo vadis, Bündnis 90/Grüne?

Nachdem der Abgeordnete Dr. Ralf Donner von Bündnis 90/Grüne in Sachsen schon einmal im Landtag versichert hatte, daß ihm bei der Überprüfung der Mitarbeiter der Abgeordneten auf Kontakte zum MfS/AfNS die öffentliche Meinung vor Recht gehe, gerät Bündnis 90/Grüne jetzt mit einem Gesetzentwurf „zur persönlichen, politischen und historischen Aufarbeitung der Repression in der ehemaligen DDR“ endgültig in die Nähe der Befürwortung oder doch zumindest Begünstigung von Selbstjustiz.

Der Gesetzentwurf sieht einen „Landesbeauftragten für die Aufarbeitung des DDR-Repressionssystems“ vor (Paragraph 1, Abs. 2). Nach Paragraph 4, Abs. 5 schafft der Landesbeauftragte „Möglichkeiten der Begegnung und des Dialogs zwischen Betroffenen und Mitarbeitern von Einrichtungen der DDR-Repression sowie sonstigen beteiligten Personen insbe-

sondere durch die Vermittlung der Wohnadressen von Mitarbeitern und Begünstigte an Betroffene und Dritte.“ (Hervorhebung von mir, Deutsch original — P. P.)

Begründet wird das so: „Die politisch-historische Aufarbeitung kann durch staatliche Stellen nicht alleine geleistet werden. Persönliche Aufarbeitung kann nur durch die Betroffenen erfolgen. Hier ist die Eigeninitiative der Beteiligten („Täter“ wie „Opfer“) gefragt. Deshalb wird hier der Vorrang der privaten Initiative gegeben.“

Weiß Bündnis 90/Grüne wirklich nicht, was daraus außer Dialog und Begegnung noch entstehen kann? Werden hier Menschen für vogelfrei (ein mittelalterlicher Rechtsbegriff) erklärt? So weit kann doch eine Bewegung, die sich Datenschutz auf die Fahnen geschrieben hat, nicht herunterkommen sein?

Um das Ganze in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken, sollte Bündnis 90/Grüne wenigstens noch einen Gesetzentwurf „Zur Regelung von Duellen“ einbringen!

(P. Porsch, aus: Informationsdienst der PDS Sachsen, Nr. 5)

Versuchter Rufmord an ostdeutscher Geburtshilfe

Ungeheuerliche, aus der Luft gegriffene Beschuldigungen des Spiegel

Am 17.2.92 hat der *Spiegel* behauptet, zu DDR-Zeiten seien in der Erfurter Frauenklinik Frühgeborene, die entweder keinen Pulsschlag oder keine Atmung zeigten und weniger als 1000 Gramm wogen, in einem Wassereimer ertränkt worden und hätten als Fehlgeburt gegolten. Eine Hebamme hätte dies berichtet. Damit hätten die Statistiken über die Säuglingssterblichkeit geschönt werden sollen.

Ein Aufruhr der Entrüstung ging durch die Republik. Im Westen hieß es: „wie schrecklich“, und einem Frankfurter Neonatologen (1), von Loewenich, erschien der Bericht „plausibel“, und wenn das Benützen von Wassereimern vom Klinikpersonal allgemein akzeptiert werde, dann sei, so seine Schlussfolgerung, „der Schritt, Leben zu unterbinden, nicht mehr weit“.

Die Ärzte im Osten dagegen sind fassungslos über den unglaublichen Mangel an menschlichem Anstand, der dazu führt, daß ungeprüfte und juristisch unhaltbare Vorwürfe über angebliche Tötungspraktiken in der DDR in die Welt hinausposaunt werden, wo sie um jedes Frühchen mit allen Mitteln gerungen haben.

Die Kronzeugin ist zu keiner Zeit Hebamme im Kreißsaal der Erfurter Frauenklinik gewesen. Sie berichtet von einem „Fall“, der vor etwa 30 Jahren in ihrer Ausbildungszeit vorgefallen sein soll. Die Leichenschauanordnung der DDR hatte aber keinerlei gesetzlichen Spielraum gelassen. Frühgeborene zu töten. Aussagen von Ärzten in dem *Spiegel*-Artikel sind verfälscht worden. So hat der Leiter der Frauenklinik, Dr. Wagner, mitgeteilt, daß es die Anweisung gab, die toten Frühgeburten nicht in einen Schieber (= Bettschüssel) zu legen, sondern in einen Wassereimer. Diese Aussage wurde dahingehend verdreht, daß es eine Anweisung gegeben haben soll, Frühgeborene mit nur einem Lebenszeichen in einem Wassereimer zu ertränken. Ein Oberarzt der Klinik wurde am 18.2.92, als er Journalisten den Kreißsaal fotografieren ließ, mit einem Eimer in der Hand fotografiert, den er zuvor von der Treppe genommen hatte, um diese Gefahrenquelle zu beseitigen. Der als „Kronzeuge“ angeführte Charité-Oberarzt Dr. Halle teilt mit, er habe zu keiner Zeit auch nur sinngemäß eine entsprechende Äußerung getan. Von dieser Sorte sind die „Beweise“. In Wirklichkeit geht es um die Diffamierung

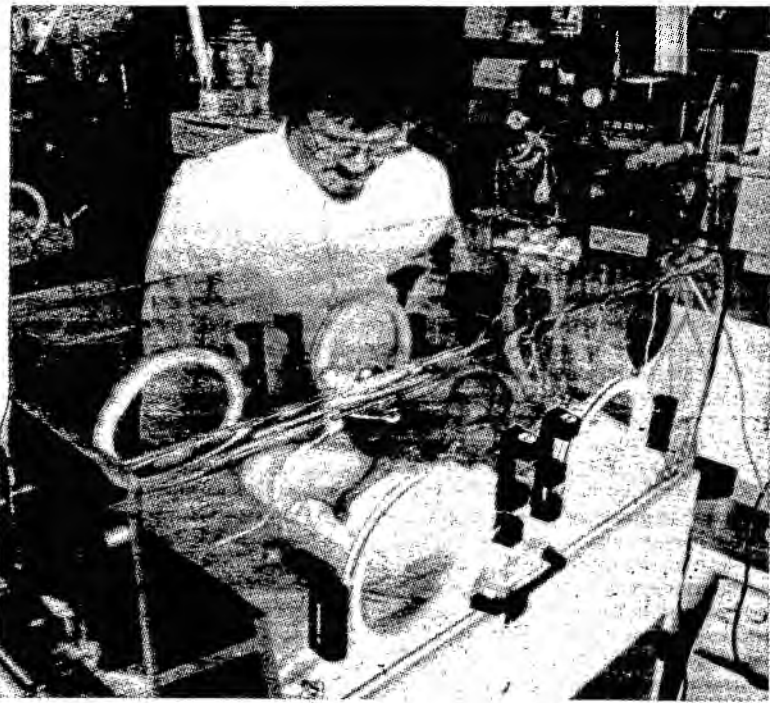
der gesamten Kinderheilkunde in der ehemaligen DDR, um den Widerstand gegen die Absenkung des dort erreichten Standards zu lähmen. Die DDR hatte als eines der ersten Länder in Europa Frühgeborenen-Stationen eingerichtet. 21 neonatologische Zentren sind errichtet worden, um kleine Frühchen optimal zu versorgen. Die Ärzte wehren sich daher mit Recht dagegen, daß ihnen Erfolge, die sie errungen haben, wie bei der Absenkung der Säuglingssterblichkeit, durch schmutzige Diffamierungen streitig gemacht werden. Insgesamt war die Versorgung der Kinder — was Vorsorge z. B. betrifft — auf einem international anerkannten hohen Standard. Die Versorgung und Betreuung krebserkrankter Kinder war besser als in den Alt-Bundesländern.

In den Alt-Bundesländern wurden noch in den 60er Jahren bei Frühgeborenen mit einem Geburtsgewicht unter 1500 Gramm keinerlei Intensivmaßnahmen versucht, teilt der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. Dr. Dieter Krebs, mit. Tatsache ist weiter, daß die BRD nunmehr der einzige Staat in Europa ist, der sich weigert, seine Vorschrift

ten denen der WHO (2) der Vereinten Nationen anzupassen. Demnach müssen Frühgeborene nicht erst ab 1000 Gramm, sondern schon ab 500 Gramm als Geburt anerkannt und registriert werden. Damit würde die BRD ihren Spitzenplatz bei der Säuglingssterblichkeit verlieren. Bei der zunehmenden Zahl von Fehlgeburten, u. a. wegen schlechten Gesundheitszustands der Mütter, wäre das ziemlich sicher. Wenn Frühgeborene unter 1000 Gramm weder Herzschlag noch Nabelschnurpulsation noch Atmung aufweisen, gelten sie in der BRD nicht als Totgeburten, sondern als Fehlgeburt. Sie werden zusammen mit Operationsrückständen in Kliniköfen verbrannt. Etwa 1000 bis 2000 Mal im Jahr kommt das vor.

Das Verschweigen dieser westdeutschen Tatbestände spricht dafür, daß es dem *Spiegel* tatsächlich nur um Rufmord an ostdeutschen Kliniken und Ärzten zu tun ist.

(1) Kinderarzt, der besonders Neugeborene behandelt und medizinisch betreut; (2) Welt-Gesundheits-Organisation. Quelle: *AZ*, *ND*, *LVZ* und *JW*, verschiedene Ausgaben, FAZ 4.3. — (sul)



Frühgeborene müssen eingehend überwacht und betreut werden

Einschüchterung und Behinderung sozialistischer Opposition

Am 24.2. wurden in einer großangelegten Aktion die Räumlichkeiten des PDS-Bundesvorstandes in Berlin sowie die PDS-Landesgeschäftsstellen und andere Büros in Berlin, Rostock, Schwerin, Potsdam, Erfurt, Magdeburg und Dresden von der Polizei, dem Bundesgrenzschutz und Beamten der sogenannten Unabhängigen Kommission durchsucht. Wir veröffentlichen dazu exemplarisch die Erklärung der Berliner PDS-Fraktion, die aufführt, was beschlagnahmt wurde, und die damit die Zielsetzung der staatlichen Durchsuchungsaktion — Einschüchterung, Behinderung und Terrorisierung sozialistischer Opposition — erhellt. Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin verweigerte der PDS-Fraktion das durch die Geschäftsordnung garantierte Recht, die Erklärung abzugeben! — (scc)

„Am Montag dieser Woche wurden der Bundesvorstand und die Landesvorstände der PDS von Kriminalpolizei und „Unabhängiger Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Ministerium des Inneren“ besetzt.

Die „Unabhängige Kommission“ hatte mit falschen Angaben einen Beschluß des Amtsgerichts Tiergarten erwirkt. (1) Aber selbst entgegen dem Wortlaut dieses unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erwirkten Gerichtsbeschlusses wurde der Publikumsverkehr und die politische Tätigkeit der Partei blockiert. Die Polizei beschlagnahmte eine Viel-

zahl von Akten und ignorierte sowohl die Immunität der Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi und Hans Modrow, der Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann sowie des Mitglieds des Abgeordnetenhauses Karin Dörre.

Im Landesvorstand Berlin wurden folgende Unterlagen beschlagnahmt:

- Lohn- und Gehaltslisten vom 21.11.1991
- Übersicht über Urlaubs- und Krankentage der hauptamtlichen Mitarbeiter
- Bevölkerungsbriefe an Dr. Gregor Gysi
- Ordner der Schatzmeisterin mit Anwaltspost zu laufenden Verfahren
- Ordner mit aktuellen Arbeitsverträgen und Notizen mit persönlichen Gesprächen des Betriebsrates
- Aktenmaterial mit Listen von ehemaligen und jetzigen PDS-Mitgliedern aus Westberlin
- Aktenmaterial mit den Mitgliederlisten und -adressen des Landesrates der PDS Berlin
- jeder Zettel, der einen Namen trug, mit der Begründung, daß gerade Namen aus dem Ost- und Westteil Berlins für die Unabhängige Kommission von großer Bedeutung sind
- Aktenmaterial mit Anschriftenlisten von PDS-Mitgliedern und Sympathisanten aus Interessen- und Arbeitsgemeinschaften
- statistisches Material zum Mitgliederbestand, einschließlich aktueller Angaben von Anfang 1992
- Wahlabrechnungsunterlagen des

Bundestagsabgeordneten Ilja Seifert

— Wahlkampfunterlagen mit sämtlichen Listen von Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus sowie die Dokumente zu den Bündnisverhandlungen der PDS

— sämtliche aktuellen Mietunterlagen sowie die gegenwärtigen Verhandlungen mit der BB-Hausverwaltungs GmbH

— Bildungsangebote des Rosa-Luxemburg-Hauses Schöneiche-Fichtenau

— sämtliche aktuellen Rechnungen, die zur Bearbeitung vorlagen, so daß gegenwärtig keinerlei Begleichung erfolgen kann

— sämtliche Personalunterlagen und Stammdaten ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SED, SED/PDS und PDS und Rentenunterlagen, so daß im Landesverband Berlin bis auf weiteres keine Arbeitsbescheinigungen, Verdienstsachweise und Unterlagen zur Beantragung von Renten ausgestellt werden können.

Ich möchte von dieser Stelle aus gegenüber dem Hohen Haus sowie der Öffentlichkeit im Namen meiner Fraktion gegen dieses Vorgehen protestieren. Ich fordere im Namen meiner Fraktion die verantwortlichen Senatsmitglieder, insbesondere Herrn Senator Heckelmann, auf, umgehend Maßnahmen gegen die Kompetenzüberschreitung und Rechtsbeugung durch die Polizei zu ergreifen

(1) Sie behauptete, die PDS habe abgelehnt, der Kommission Dokumente und Auskünfte zum Parteivermögen von SED und PDS zu geben.

Kurz berichtet

3000 Rentner protestierten gegen RÜG

3000 Rentner aus ganz Thüringen versammelten sich am 12. Februar in der Thüringenhalle in Erfurt, um unter dem Motto „Das Rentenrecht darf nicht zur Strafe werden“ gegen das Rentenüberleitungsgesetz zu protestieren. Aufgerufen hatte der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen. Ein Redner führte aus, daß bei der Berechnung der Renten im Anschlußgebiet von der Regelung ausgegangen wurde: Wer 1950 mehr als 351, 1970 mehr als 824 und 1980 mehr als 1445 Mark brutto verdient hat, gilt als staatsnah und wird heute mit einer niedrigeren Rente bestraft. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob die Person Professor, Funktionär, Arzt, Direktor eines VEB oder Künstler war. Zu den so Bestrauten gehören auch Lehrer, NVA-Offiziere, Polizisten, Zöllner, Mitarbeiter des Staatsapparates, Richter etc. Der BRH trete für die Gleichbehandlung aller Rentner in den neuen Bundesländern ein. Ein weiterer Redner wies auf den unglaublichen Skandal hin, daß Witwen und Waisen ehemaliger „Funktionäre“ mit stark reduzierten Witwen- und Waisenrenten leben müßten. Die PDS-Landesvorsitzende Gabi Zimmer kritisierte die Streichung des Pflegegeldes und die niedrigen Renten für Frauen. Für sie sei Altersarmut vorprogrammiert. Die 3000 Versammelten verabschiedeten einstimmig eine Resolution mit ihren Forderungen. (Nach: unz, 2. Februar-Ausgabe — scc)

„Konzertierte Aktion“ gegen Konsumgenossenschaften?

Mit Demonstrationen und Kundgebungen machten Ende Februar Beschäftigte, Kunden, Bürgermeister und Abgeordnete aus ostdeutschen Gemeinden auf den drohenden Zusammenbruch der Konsumgenossenschaften aufmerksam. Innerhalb von zwei Jahren reduzierte sich die Zahl der Konsumgenossenschaften von 198 auf 53, die Zahl der von ihnen betriebenen Läden und Gaststätten schmolz von 35000 auf 11750, 140000 von 200000 Beschäftigten wurden entlassen. Obwohl die Konsumgenossenschaften also auf dem besten Wege sind, sich „westdeutsche Maßstäbe“ anzueignen (so hat sich die durchschnittliche Ladenfläche bereits verdoppelt), wird ihnen von westdeutscher interessierter Seite das Wasser abgegraben: Die Bundesregierung verzögert die Übertragung der früher volkseigenen Grundstücke auf die Konsumgenossenschaften; dadurch können diese weder den Boden noch die darauf stehenden Gebäude beleihen. Die Banken und Kreditversicherungen weigern sich, Lieferantenforderungen zu decken, obwohl die Konsumgenossenschaften nicht überschuldet sind, sondern gegenwärtig zahlungsunfähig, was mit einer Bürgschaft des Bundes behoben werden könnte. Zu guter Letzt stoppen die westdeutschen Handelskonzerne vorschnell ihre Lieferungen und tragen so zum Niedergang der Konsumgenossenschaften bei. Heraus kommen dann „Übernahmeangebote“ wie beispielsweise bei der Konsumge-

nossenschaft Halle, wo der Kölner Rewe-Konzern sich bereiterklärt hat, die lukrativen Großkaufhallen plus etwa 120 kleinere Einrichtungen zu übernehmen bei gleichzeitigem Personalabbau von 10000 auf 3000 Stellen. Neben den Beschäftigten ist besonders auch die Landbevölkerung betroffen, da deren Versorgung durch die massenhafte Schließung von Läden gefährdet ist. Die Gewerkschaft HBV hat am 5. März mit Streiks gedroht und die Bundesregierung aufgefordert, als Bürgе einzuspringen, da ansonsten weitere 30000 Arbeitsplätze akut bedroht seien. (Der Tagesspiegel v. 27.2., 2.3., 6.3.92 — har)

Chemietarife: Keine Angleichung in Stufenplan

Die IG Chemie-Papier-Keramik hat mit dem Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien Ost (AVCO) Ende Januar 1992 die Tarife für die etwa 100000 Beschäftigten der chemischen Industrie ausgehandelt. Dabei hat die IG Chemie ihr erklärtes Ziel nicht erreicht, eine Angleichung der Ost- an die Westtarife in einem Stufenplan zu vereinbaren und durch die prozentuale Anbindung der Ost- an die West-Tarife zur Verbindung der mit der Tarifpolitik verfolgten sozialen Interessen in der Alt-BRD und im Anschlußgebiet beizutragen (wie bereits u. a. in der Metall- und Druckindustrie bis 1994 festgelegt). Die vereinbarten Erhöhungen betragen 17,9 Prozent rückwirkend ab 1.1.1992 und 7,7 Prozent ab 1.10.1992. Die Chemietarife Ost werden dann etwa 65 Prozent der bisher geltenden vergleichbaren Westtarife erreichen. Die Entgeltsätze liegen ab 1.10.92 zwischen 1695 DM (Entgeltgruppe 1) und 3899 DM (Entgeltgruppe 13). Die vergleichbaren Einkommen liegen in den westlichen Tarifbezirken zwischen 2600 und 6000 DM. Während die IG Chemie auch nach dem nicht erfolgreichen Abschluß ihre Tarifpolitik an den Festlegungen des Einigungsvertrages orientieren will, nach denen bis 1994 gleiche soziale Voraussetzungen gewährt sein sollen, brüsten sich die Chemiearbeitgeber damit, keinen mehrjährigen Stufenplan vereinbart, starre Terminfestlegungen vermeiden und die weitere Tarifpolitik in Ostdeutschland flexibel gehalten zu haben. — (mio)

Berufsverbote und Eingriff in die Hochschulautonomie

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern will auf der nächsten Kultusministerkonferenz die Initiative ergreifen und durchsetzen, daß die Ergebnisse der Ehrenverfahren an den Hochschulen des Landes bei berufs- oder berufsähnlichen Verfahren berücksichtigt werden müssen. Das heißt, wer sich der verlangten Prozedur nicht unterzog und keine Ehrenkommission über sich urteilen ließ oder wer keine positive Entscheidung der Kommission vorweisen kann, soll an keiner Hochschule in der BRD jemals die Chance bekommen, Lehre und Forschung zu betreiben. Die PDS-Fraktion im Landtag kritisiert dies als Neubelebung des Radikalerlasses und Eingriff in die Hochschulautonomie.

Quelle: Offenes Blatt, Zeitung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Februar 1992 — (scc)



Berlin. Im Dezember letzten Jahres vereinbarten ÖTV und Senatsgesundheitsverwaltung, daß die rund 3000 gekündigten Beschäftigten aus den Polikliniken und ambulanten Einrichtungen Ostberlins Abfindungen zwischen 4000 und 9000 DM erhalten. Vor wenigen Tagen erließ die Senatsverwaltung Ausführungsvorschriften, die ganz anders aussahen. Wer eine neue Arbeit aufgenommen hat, eine ABM-Stelle angetreten hat oder an einer Umschulungsmaßnahme teilnimmt, erhält keine Abfindung. Ebenso ausgeschlossen sind Invalidenrentner. Am 3. März führten die Betroffenen eine Kundgebung vor dem Roten Rathaus durch (s. Bild). Der Senatsbeauftragte für die Polikliniken sagte daraufhin eine Überprüfung der von der ÖTV erstellten Liste über Benachteiligungen zu. — (har)

Berlin/Stuttgart. Am 1. März fand in Magdeburg das erste bundesweite Treffen gegen Berufsverbote nach dem Anschluß statt, an dem etwa 150 Leute teilnahmen. Eingeladen hatten die »Initiativen für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote«, die in Berlin und den neuen Bundesländern tätig sind, sowie der Hamburger Arbeitsausschuß der »Initiative gegen Berufsverbote«, der seit fast 20 Jahren die Arbeit der Berufsverbotskomitees in der BRD-West koordiniert. Unterstützt wurde die Tagung von der »Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde« (GBM).

Von den Gewerkschaften waren vertreten GdED, GEW, ÖTV und die französische CGT; von den Parteien BWK, DKP, GAL Hamburg, PDS-Parteivorstand, Partei der Arbeit (Niederlande), Neues Forum, SPD; desweiteren Pierre Caldor (frz. Komitee gegen Berufsverbote), Solidos, ISOR. Seitens der Medien nahmen teil: dpa, Mitteldeutscher Rundfunk, Rundfunk Sachsen-Anhalt, Junge Welt, Neues Deutschland, Volksstimme.

Nach einer Bestimmung des Begriffs »Radikalerlaß« stellen wir im folgenden uns wichtig erscheinende Aussagen aus den auf der Tagung gehaltenen Beiträgen vor. — (har, zem)

Der »Radikalerlaß«

Auf Vorschlag der Ständigen Konferenz der Länder bekräftigten unter Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) die Regierungschefs der Länder am 28. Januar 1972 in Hamburg die in den Beamtengesetzen enthaltene Bestimmung, daß zum einen nur in das Beamtenverhältnis berufen werden dürfe, »wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes« eintrete, zum anderen Beamte verpflichtet seien, sich »aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen«.

Zur Sicherung einer einheitlichen Verwaltungspraxis beschloß die Konferenz, »daß ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt wird. Gehört ein Bewerber einer Organisation an,

20 Jahre Radikalerlaß in der BRD: Bundesweites Berufsverbotetreffen

die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel die Ablehnung des Einstellungsantrags.«

Für bereits im Dienst befindliche Beamte wurde festgelegt, daß der Dienstherr auf Grund des jeweils ermittelten Sachverhalts die gebotenen Konsequenzen zu ziehen und zu prüfen habe, ob die Entfernung des Beamten aus dem Dienst anzustreben ist. Zugleich einigte man sich auf eine entsprechende Anwendung dieser Grundsätze für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst.

Mit diesem Beschluß setzte die in der politischen Diskussion als Berufsverbote bezeichnete Entwicklung ein, die zu einer weitreichenden Disziplinierung und Verfolgung Andersdenkender innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes führte.

Erfahrungen und Bilanz im Westen

Zu diesem Thema äußerten sich vor allem der Journalist Eckart Spoo (Hannover) und Horst Bethge vom Arbeitsausschuß der »Initiative gegen Berufsverbote«. Nach Recherchen des Arbeitsausschusses läßt sich die Berufsverbotspraxis in der BRD-West seit 1972 folgendermaßen quantifizieren:

- * 4 Mio. Regelanfragen beim Inlandsgeheimdienst (Ämter für »Verfassungs- besser Staatschutz)
- * 11 000 Berufsverbotsverfahren
- * 136 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst
- * 2 200 Disziplinarverfahren
- * eine unbekannte Zahl von abgewiesenen Bewerbern
- * 18,5 Mio. Eintragungen und Anlage von 30 000 Dossiers über Berufsverbotsbetroffene durch die Geheimdienste, v.a. die Staatsschutzämter.

Hunderttausende, v.a. im Bildungsbereich, wurden bespitzelt, ihre Post geöffnet, ihre Telefone abgehört, sie wurden auf Demonstrationen und Kundgebungen abgeleitet, von V-Leuten wurden ihre Äußerungen auf Versammlungen protokolliert, ihre Tätigkeit in legalen Vereinigungen erfaßt, ihre schriftlichen Äußerungen in Büchern, Zeitungen, Zeitungen, Flugblättern gesammelt. Auf diese Weise wurden die Dossiers für NADIS (Nachrichtendienstliches Informationssystem der Verfassungsschutzämter) angelegt, deren Registraturnummer mit den persönlichen Daten der Bespitzelten verknüpft. Auf Anfrage von Behörden und Konzernen — (manchmal auch eigeninitiativ wie im Falle der Verfolgung von Mitgliedern der Marxistischen Gruppe; d.Verf.) — teilten die Staatsschutzämter sogenannte »Erkenntnisse« mit, welche die Betroffenen als »Verfassungs-

feinde« denunzieren sollten. Keiner der Verfolgten hatte sich strafrechtliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Die Berufsverbote waren ein politisches Kampfinstrument gegen die linke, kritische Opposition, die behördlichen wie gerichtlichen Verfahren waren willkürlich. Die Teilnahme an Aktionen gegen den Vietnamkrieg, die Verwendung des Begriffs »friedliche Koexistenz« in einer Seminararbeit, die Kandidatur auf mißliebigen Listen, ein Leserbrief an eine kommunistische Zeitung erregten bei den Einstellungsbehörden Zweifel an der Eignung zur Lehrkraft, zum Fernmeldehandwerker, Lokführer etc.

Viele auf diese Weise verfolgte Menschen wurden in ihrer sozialen Existenz vernichtet, materiell (Einkommen, Rentenansprüche) schwer geschädigt, wurden krank, z.T. so schwer, daß sie sehr früh starben; bei vielen gingen wichtige persönliche Beziehungen im Verlaufe der bis zu 17 Jahre andauernden Berufsverbotsverfahren in die Brüche.

Ende der 70er Jahre setzte sich die SPD von der rigiden Verfolgungspraxis ab. In jüngerer Zeit wurden eine Reihe von ehemals Abgelehnten oder Entlassenen wieder eingestellt, v.a. in den Schuldienst. Rehabilitiert und materiell entschädigt haben auch die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten niemanden.

Die internationale Kritik an dieser Diskriminierungspolitik fand ihren Ausdruck im Bericht der ILO vom Februar 1987, in der diese UNO-Organisation feststellte, daß die Berufsverbotspraxis der BRD gegen die Bestimmungen des Antidiskriminierungs-Abkommens Nr. 111 verstößt. Im Juli 1992 wird die ILO zum fünften Male die Bundesregierung auffordern, ihre Berufsverbotspraxis einzustellen.

In den westlichen Bundesländern gibt es derzeit nicht mehr viele »klassische« Berufsverbote. Zwar ist die Regelanfrage bei den Staatsschutzämtern in den letzten Jahren nach und nach aufgehoben worden, nicht aber der Radikalerlaß selbst! Horst Bethge berichtete, daß etliche westliche Bundesländer wie Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz dazu übergehen, wie im Gebiet der früheren DDR verfassungswidrige Selbstbezeichnungsfragebögen von Bewerbern ausfüllen zu lassen. So wird im bayerischen Fragebogen auch nach der Zugehörigkeit zu Organisationen/Vereinen gefragt wie dem Anti-Strauß-Komitee, der Deutschen Friedensunion, dem FDGB, der PDS, der VVN/BdA u.a.m. Sowohl Horst Bethge als auch Eckart Spoo wiesen auf die Gefahr hin, daß die BRD ihre durch den Anschluß wiedergewonnene Großmachtrolle dazu benutzen wird, die genannten Repressionsmethoden europaweit einzuführen, weshalb die

internationale Kritik zunehmend wichtiger werde, aber auch von der hiesigen Opposition registriert und gefördert werden müsse, v.a. durch sachkundige, öffentliche Information.

Situation in der BRD-Ost

I. »Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig, sondern an den sozialen Rand drängen«, sagte mir im Frühjahr 91 in der Pause einer Beratung über Osteuropa im Franz-Josef-Strauß-Domizil Wildbad-Kreuth ein nicht einflußloser Mann über den geplanten Umgang mit den ehemaligen »Eliten« der DDR — unter Zeugen. (Neues Deutschland, 11.2.92)

II. Veranstalter der Tagung mit dem Themenschwerpunkt »Rumänien« war die Hanns-Seidel-Stiftung. Der Verfasser des im ND abgedruckten Berichts war Prof. Wolfgang Richter, Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM). In einem Diskussionsbeitrag auf der Tagung wies Richter zu Recht darauf hin, daß sich die Berufsverbotspraxis in der BRD-Ost quantitativ und qualitativ von derjenigen in der BRD-West unterscheidet: Bisher gebe es 600 000 »Berufsverbote« in der ehemaligen DDR, vermutlich allein 11 000 in Magdeburg. Die GBM erhalte jeden Tag 100 Briefe aus allen Sektoren der Gesellschaft, in denen über Diskriminierungen berichtet wird. Das entscheidende Wort in diesen Briefen ist: Selbstachtung. Kamen vor einem Jahr die Briefe vor allem von Staatsapparatsangehörigen, aus den Militärorganen und der Stasi, kommen sie heute vor allem von Bürgern, die schreiben »nie in der SED gewesen«. Richter kritisierte, daß es bei den Westlern sehr viel Unkenntnis über die Lage im Osten gibt. So taue der Begriff Berufsverbote aus mehreren Gründen nicht für die Beschreibung der Vorgänge im Osten:

1) Der Begriff verharmlost, was passiert, nämlich die Verletzung der Menschenwürde, die Erniedrigung und Ausgrenzung von Millionen.

2) Der Begriff trifft nicht den Fakt, es geht nicht um Einzelfälle, sondern darum, daß im Zuge der Kolonisierungspolitik des Westens Millionen von Menschen aus ihrem Lebensprozeß gerissen und mit lebenslangem Arbeitsentzug abgestraft werden dafür, daß sie in der DDR gelebt, gearbeitet, sich eingesetzt haben.

3) Der Begriff enthält eine gewisse Häme, daß es schon die Richtigen treffe.

Die Vorgehensweise der West-Initiativen, über Einzelfälle Betroffenen herzustellen, gehe im Osten ins Leere. Im übrigen sei er nicht prinzipiell gegen Berufsverbote, sondern bei Nazi-Größen dafür, nicht aber für einen Arbeitsentzug. Richter sprach sich für eine Bestrafung der »wirklich Schuldigen« aus, bisher finde aber in diesen Fällen eine »Rechtsverweigerung von allen Seiten« statt.

III. Dagmar Havemeister, wegen ihrer Funktion als Stadtbezirksschulrätin in der DDR vom Berliner Senat entlassen, stellte in ihrem Redebeitrag drei Funktionen der »Berufsverbote« im Osten fest:

— Abrechnung der Sieger mit den Besiegten,

— Versuchsfeld, was in Europa mit Mißliebigem alles gemacht werden kann,

— Mittel des Westens zur Vergangenheitsbewältigung, nämlich die Aufarbeitung des Faschismus zu verhindern.

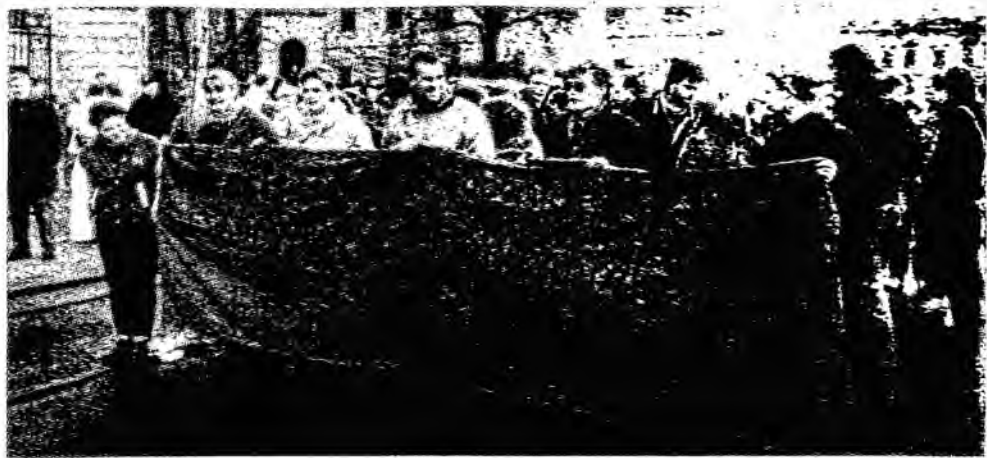
Sie berichtete über die zunehmende Zahl von Selbstmorden der Verfolgten, u.a. des PDS-Bundestagsabgeordneten Gerhard Riege oder der Tochter des Generalsuperintendenten Kruische. Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit werde eine breite Entsolidarisierung begünstigt. Aus Berliner Sicht beginne die GEW nun, den Widerstand zu unterstützen. Bisher konnte die Mehrzahl der Prozesse (Klageverfahren gegen Entlassungen aus dem öff. Dienst) in Berlin gewonnen werden (allerdings in der Mehrheit der Fälle durch den Abschluß eines Vergleichs; d. Verf.).

IV. Klaus Dammann, Rechtsan-

walt und Mitherausgeber des 1987 im prv-Verlag erschienenen Buches Berufsverbote und Menschenrechte äußerte erhebliche Vorbehalte, Mitarbeiter des MfS in den Berufsverbots-Initiativen zu vertreten. Originalton: »Mit Herrn Mielke Solidarität zu entwickeln, ist nicht möglich.« Diese Position war in der Diskussion allerdings umstritten. Was die im Osten ausgesprochenen Kündigungen angeht, sind nach den Erfahrungen Dammanns 99,9 % schlicht rechtswidrig.

V. Klaus Eichner, selbst 32 Jahre beim MfS tätig, u.a. in der Hauptverwaltung Aufklärung, resümierte seine Überlegungen der letzten beiden Jahre. Das MfS verfolgte seiner Ansicht nach in Anlehnung an den KGB eine extensive Sicherheitsdoktrin. Aus einem legitimen Sicherheitsorgan, über das alle Staaten verfügen, wurde mit der Zeit ein Repressivorgan gegen die eigene Bevölkerung entwickelt. Das MfS zentralisierte die Macht der Nachrichtendienste, der politischen Polizei und exekutive Befugnisse in einer Hand. Bestehendes DDR-Recht wurde immer umfangreicher gebrochen. Eichner wies darauf hin, daß die Mehrheit der MfS-Mitarbeiter der Forderung des Volkes »Stasi in die Produktion« nachgekommen ist und Berufe einfacher, körperlicher Arbeit ausübte. Eichner kritisierte die besondere Diskriminierung von MfS-Mitarbeitern, u.a. die durch ein aus dem Einigungsvertrag abgeleitetes Einführungsgesetz mögliche Prozeßführung gegen Quellen des MfS und gegen Führungsoffiziere sowie die im Einigungsvertrag enthaltene spezielle Kündigungsformel für MfS-Leute, mit der sie weitgehend dem Rechtsschutz entkleidet werden.

Vermerkt werden muß noch, daß die im Osten tätigen Pfarrer derzeit aufgefordert werden zu erklären, was sie in DDR-Zeiten gemacht haben. Die Richter der Arbeits- und Verwaltungsgerichte sind von oben aufgefordert worden, für ihre Mandanten sich besonders einsetzende Rechtsanwälte zu melden. Hintergrund dieser Maßnahme ist, daß bis 1996 alle Rechtsanwälte auf ihre Systemtauglichkeit überprüft werden, nachdem sie vorerst mit dem Einigungsvertrag pauschal zugelassen worden sind.



Gegen das »Plattmachen« der Hochschulen der DDR demonstrierten im vergangenen Jahr mehrfach die Studierenden der Humboldt-Universität Berlin (auf dem Bild vor der HUB).

Adressen, über die Materialien, Dokumentationen zur Berufsverbotspraxis Ost/West bezogen werden können:

Initiative »Weg mit den Berufsverbots-« — Arbeitsausschuß — Postfach 32 33 16 2000 Hamburg 13 Tel.: 040 — 601 52 12 (Bethge)

Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote — Kontaktbüro — Oberwasserstr. 12 O-1020 Berlin

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM Postfach 627 O-1026 Berlin Tel.: 662 48 61 (Kossakowski)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

Name:

o Im Halbjahres-/ Jahresabo (26- bzw. 52- DM je Einzelabo)

Straße:

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

o Halb-/ Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zöllicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

6/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zöllicher Straße 7, Postfach 260 226. Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Kommunistisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schleuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikowskistr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zöllicher Str. 7, Tel. 0221/21 64 42, Datenfern: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 38 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26- DM (Förderabo 39- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52- DM (Förderabo 78- DM). Für Bezahler aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljen; für Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGME, der NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGU, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volkfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zöllicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zöllicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezahler aus Ostdeutschland GNN, Badeweg 1, O-7144 Schleuditz